

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik



**„Trotz aller
Emanzipation
sind unsere
Frauen
wunderbar weiblich
geblieben“**

(Helmut Kohl)



Titelbild: entnommen aus dem "Frauen-BilderLeseBuch" (Elefanten Press)

nachdrucksachen: Aufruf der Friedensbewegung Seite 8

Friedensbewegung: Organisationshickhack lähmt die Aktivitäten Seite 9

Rüstung: Die Bundesregierung will den Waffenexport ausweiten Seite 11

Arbeitszeit: Die Wirtschaft verteidigt eisern die 40-Std.-Woche Seite 13

Nicaragua: Ost-West-Denken beherrscht die Medienberichterstattung Seite 16

Personalausweis: Hanspeter Knirsch warnt vor Datenmißbrauch Seite 17

Staatsbürgerschaft: Thilo Schelling verfolgt die Diskussion in der Deutschlandpolitik Seite 18

Bildung: Kongreß der Liberalen Demokraten in Bremen Seite 19

Frauen I: Haben die Frauen Hitler zur Macht verholfen? Seite 20

Frauen II: Ingrid Matthäus-Maier resümiert Erfolge der sozialliberalen Koalition Seite 23

Hessen: Die Parteien bereiten den Wahlkampf vor Seite 25

Schnellbahn: Umweltschützer kämpfen gegen Bundesbahnkonzept Seite 27

Europa: Letzter Teil der Serie über die liberalen Parteien Seite 29

Homosexuelle: Neues Kommunikationszentrum in Hamburg Seite 29

vorgestellt: Liberales Zentrum Hamburg Seite 32

Rubriken:

drucksachen-herausgeber	Seite 3
brief-drucksachen	Seite 4
bundestags-drucksachen	Seite 5
nachrichtliches — in kürze	Seite 6
in eigener Sache	Seite 33
personelles	Seite 34
der-die-das-letzte	Seite 35

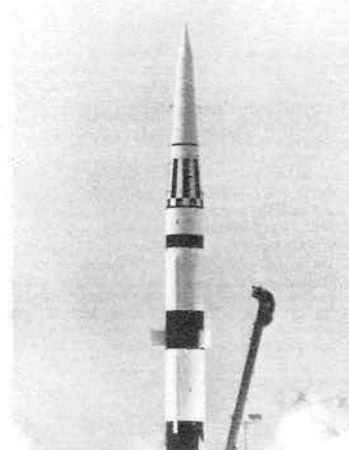
drucksachen-inhalte

Spaltpilz

Der Termin für die Aufstellung der neuen Atomraketen Pershing II und Cruise Missiles rückt immer näher. In Bonn und Washington werden bereits detaillierte Zeitpläne für die Stationierung ausgearbeitet. Die westdeutsche Friedensbewegung verfügt in dieser wichtigen Phase nicht über ihre volle Schlagkraft: Organisationshickhack lähmt ihre Aktivitäten.

Eine aktuelle Lageeinschätzung und der jüngste Aufruf der Friedensbewegung auf den

Seiten 8 - 10



Hilfe nötig

Die liberalen drucksachen arbeiten finanziell nach wie vor mit Verlust. Wenn es nicht gelingt, die Zahl der Abonnenten zu erhöhen, Anzeigenaufträge zu erhalten oder weitere Kapitalbeteiligung am Verlag zu finden, wird die Zeitschrift eingestellt werden müssen.

Der gute Ruf der drucksachen-Verantwortlichen erlaubt es nicht, Risiken einzugehen, die über den Rahmen des zur Verfügung gestellten Kapitals hinausgehen.

Die Hilfsanleitung befindet sich auf Seite 33.

Arbeit verteilen

Angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit, die auch im Falle eines wirtschaftlichen Aufschwungs nicht abgebaut werden könnte, wächst die Einsicht in die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen. Die Gewerkschaften wollen diese Frage zum Kernthema der nächsten Tarifrunde machen.

Seite 14



Frauengeschichte

Während der Nazi-Zeit wurden die Frauen aus dem öffentlichen Leben fast völlig verdrängt. Emanzipationsansätze aus der Zeit der Weimarer Republik wurden planmäßig zurückgedreht. Den Frauen blieb nur die ideologisch verklärte Funktion als Mutter und Bewahrerin von Heim und Herd.

Seite 20

25 Jahre nach dem Ende des Faschismus ging die sozial-liberale Koalition daran, mit einer Fülle von gesetzlichen Regelungen die Verfassungsforderung nach der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau zu verwirklichen. Ingrid Matthäus-Maier zieht ein Resümee dieser Reformpolitik.

Seite 23

Jürgen Koppelin

Wenn Wortbruch zum Programm wird



Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Kohl ist gehalten, das Ergebnis der Koalitionsvereinbarungen zwischen CSU, FDP und CDU liegt vor.

Für die Liberalen, die bei der Bundestagswahl noch einmal ihr Kreuz bei der FDP machten, muß es ein furchtbares Erwachen gegeben haben. Hat doch der Bundesvorsitzende der FDP, Hans-Dietrich Genscher, erneut sein Wort gebrochen:

"Halten Sie sich und dem Wähler vor Augen, was aus Deutschland wird ohne die Liberalen. Ein Aus für die Liberalen bedeutet ein Aus für die liberale Politik in Deutschland."

Die FDP kam zwar in den Bundestag, aber trotz Regierungsbeteiligung wurde es ein Aus für liberale Politik.

Nicht ein Hauch des Wahlprogramms von 1980 befindet sich in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Und auf dieses Wahlprogramm beruft sich die FDP noch immer. So die Generalsekretärin in der Neuen Bonner Depesche vom Januar 1983: "Die FDP wird solche Themen in den Vordergrund rücken, die ihre eigenständige Position gegenüber SPD und CDU/CSU herausstellt. Die Wahlaussage 1983, die auf dem unverändert gültigen Wahlprogramm '80 aufbaut, erfüllt diese Bedingungen in besonderem Maße."

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Da führte mehr die CSU die Feder für die Regierungserklärung.

Nur ein paar Beispiele aus der Innen-

politik:

Wollte die FDP sich nicht für eine konsequente Anwendung des Datenschutzes, insbesondere im Bereich der Polizei und des Verfassungsschutzes einsetzen?

In der Regierungserklärung heißt es: Wir werden das Datenschutzgesetz novellieren. Die Erhebung von Daten dient dem Bürger und seinen Bedürfnissen.

Schrieb nicht die Generalsekretärin der FDP in einem Musterbrief an die Jungwähler: "Die CSU fordert die Einschränkung des Demonstrationsrechts und die Rücknahme weiterer rechtspolitischer Reformen. Dazu sagen wir: Rückwärts-Marsch in der Rechtspolitik gibt es nicht."

In der Wirklichkeit der Regierungserklärung liest sich dieses Versprechen so: Die Bundesregierung wird zur Sicherung des inneren Friedens und des Demonstrationsrechts den strafrechtlichen Schutz gegen Landfriedensbruch verstärken und prüfen, ob weitere Maßnahmen, zum Beispiel gegen Vermummung, erforderlich sind. Das Kontaktsperregesetz werden wir weiterentwickeln.

Hat nicht die FDP im Wahlkampf versprochen, daß keine Änderungen beim § 218 erfolgen?

Regierungserklärung dazu: Es ist umstritten, Schwangerschaftsabbrüche wegen einer Notlagenindikation mit Steuergeldern zu finanzieren.

Und wo blieben die Forderungen der FDP nach

- menschenwürdiger Behandlung von Asylsuchenden, insbesondere die Abschaffung von Sammellagern,
- die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer,
- der Abbau von Diskriminierungen gegenüber Homosexuellen,
- die Förderung von Initiativen im sozialen und Wohnbereich,
- die Reform des Strafvollzugs?

Und wer geglaubt hat, zumindest den Rhein-Main-Donau-Kanal könnte die FDP verhindern, wurde auch eines besseren belehrt.

Wer so wenig Glaubwürdigkeit demonstriert, wie es die FDP wieder einmal geschafft hat, hat der wirklich noch Anspruch, in der Politik ernstgenommen zu werden?

Wie lange werden es sich die Mitglieder der FDP noch gefallen lassen, daß die FDP zu einer Partei der Bange-Gatter-Möller Männer und Schwätzer degradiert bleibt.

Wie geht es weiter?

Die Antwort hierzu hat die FDP bereits selbst im Wahlprogramm 1980 gegeben. Dort heißt es in der Einleitung:

"Wo es keine liberale Kraft der Mitte gibt, werden die Bürger gefährlichen Wechselbädern der Politik ausgesetzt - oder aber die politischen Verhältnisse erstarren und die aufgestauten Probleme sammeln sich, bis sie sich revolution entladen."

Einäugige Vertreter

Der Artikel über die französischen Liberalen scheint mir, von einigen Ungenauigkeiten abgesehen, ein wenig zu kurz gegriffen. Wichtig ist, bei Betrachtung des Liberalismus in Frankreich auch die Vorkriegszeit miteinzubeziehen und daraus die Lehre zu ziehen: Auch eine "links-liberale", in eher revolutionärer als reformistischer Tradition stehende Partei nutzt sich durch fast ununterbrochene Regierungsbeteiligung ab und zieht das Augenmerk einäugiger Vertreter wirtschaftlicher Interessen auf sich, um von ihnen majorisiert zu werden und anschließend in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Nach 1945 stützte sich die parti radical fast nur noch auf lokale Honoratioren. Mendes-France war sicher kein Programmatiker des sozialen Liberalismus, aber er erneuerte die jakobinische Tradition, was der Partei eine Verdoppelung der Mitgliederzahl und 1956 auch der Wählerstimmen einbrachte. Das nun machte die Liberalen wiederum attraktiv für konservative Interessengruppen: erneute Majorisierung, erneute Bedeutungslosigkeit.

Die Radicaux de Gauche haben diese verschiedenen "Wenden" beim Wähler nicht vergessen machen können. Immerhin verfügen sie im Südwesten des Landes doch über eine Reihe von Bastionen, von denen deutsche Linksliberale nur träumen können, erst recht angesichts des französischen Mehrheitswahlrechts.

*Dr. Franz-Josef Kunert
1000 Berlin*

Liberalismus schnuppern

Ich kann sie nicht mehr lesen, diese Artikel, in denen die "FDP-Liberalen" ihre Rechtfertigungsleier zum 1001. Male wiederholen. Ich gehe nicht mehr zu den Sitzungen der Liberalen Vereinigung, um das Gewissen einiger Ex-Parteifreunde beruhigen zu helfen, die dort vielleicht das in der FDP abhanden gekommene Klima eines fortschrittlichen Liberalismus schnuppern möchten. Und zuletzt habe ich jedenfalls meine Vergangenheit soweit bewältigt, daß ich denen nicht mehr nachtrauere, die sich, wie ein überzeichneter deutscher Spießler an seinen Fußballverein, an seine Partei anhängen, um im Alter stolz die goldene Ehrennadel vorzuzeigen. Menschlich werde ich weiter mit ihnen gut auskommen. Aber politisch bin ich zu sehr beschäftigt, um mit dem ewigen Blick auf die Zurückgebliebenen mei-

ne Zeit zu vertun. Mit einem noch engagierteren Aufbau der Liberalen Demokraten werden wir mehr Menschen überzeugen, als mit jahrelangen tiefschürfenden Diskussionen. Jedes FDP Mitglied muß inzwischen erkannt haben, daß es letztlich die Kehrtwendung in allen Bereichen mitträgt. Liberale Demokraten werden diese Kehrtwende umkehren.

*Olaf Lezinsky
1000 Berlin 20*



typisches Beispiel, William Borm

Totale Hinwendung

Als gelegentlicher Bezieher Ihrer Zeitschrift fällt mir Ihr Artikel in eigener Sache in der März-Ausgabe auf. Sie beklagen sich u.a. darüber, daß es Ihnen schwer falle, Beiträge "aus dem in der FDP verbliebenen liberalen Lager" zu erhalten. Dies ist doch kein Wunder!

Ich kann zwar den Unmut vieler ehemaliger FDP-Mitglieder verstehen, die mit der Art des Wechsels in Bonn nicht einverstanden waren. In diesem Punkte sind sich viele Bürger innerhalb und außerhalb der FDP einig. Ich kann allerdings nicht verstehen, daß viele ehemalige FDP-Mitglieder sich auf Dauer und alle Ewigkeit nur eine Koalition mit der SPD vorstellen können. Als typisches Beispiel erkenne ich dies an der Äußerung von William Borm vor der letzten Bundestagswahl: "Die SPD schafft es nicht allein!"

Eine solche Einstellung ist weder liberal noch hat sie verdient, allgemeines Bewußtsein bei den Liberalen zu werden. Die einseitige, totale Hinwendung zur

SPD ist auch die Schwachstelle der Liberalen Demokraten, die nur solange von der SPD unterstützt werden, wie es dieser Partei nutzen wird. Ein ähnliches Schicksal wird der geplante Liberale Arbeitskreis innerhalb der SPD erleiden.

Ich stimme allerdings mit Ihnen überein, daß die FDP ein eigenes, unverwechselbares liberales Programm braucht, das nicht nach jedem Koalitionswechsel neu geschrieben werden müßte und ich stimme auch mit Ihnen überein, daß die Parteiführung sich an ein solches Programm zu halten hat! Wieviel Tonnen Papier wurden in der FDP schon produziert, ohne daß dies Eingang in die praktische Politik gefunden hätte! Ich stimme also mit vielen Ansichten Ihrerseits überein.

Deswegen werde ich aber nicht die FDP verlassen! Ich werde daran mitarbeiten, daß die FDP wieder auf den Kurs der Mitte kommt. Denn Schuld an der jetzigen Parteispaltung haben nicht nur diejenigen, die heute den Rechtskurs betreiben. Schuld haben auch die, die durch überzogene soziale Forderungen der anderen argumentativ die Möglichkeit gaben, die FDP so beklagenswert einseitig zu machen. Aber dies kann man ändern! Und das mit Sicherheit nur in der FDP!

*Walter Klein
5000 Köln*

Gunsterwerbung

Werte Mitliberale!

Ich sammle seit zehn Jahren politische (nicht unbedingt parteipolitische) Buttons (Meinungsknöpfe). Sechshundert verschiedene Prachtexemplare habe ich schon. Wer mir dabei helfen will und auf ewig meine Gunst erwerben möchte, wird gebeten, Buttons an mich zu schicken. Portokosten erstatte ich gern.

*Thilo Schelling
Am Rosengarten 45
5000 Köln 30*

Falsche Nummer

Im Leserbrief von Evelyne Schröder aus Bremen in der letzten Ausgabe der liberalen drucksachen, in dem sie um Helfer für den LD-Wahlkampf in Bremen bat, ist uns ein Fehler bei der Telefonnummer unterlaufen.

Von mindestens zwei Zeitgenossen ist bekannt, daß sie über die Auskunft die richtige Telefonnummer erfahren haben und jetzt bereits fest in Bremen verplant sind. Die richtige Telefonnummer für alle, die Zeit haben: täglich ab 17.30 Uhr: 0421/324429.

Koalitionen I

Die Gemengelage ist nicht leicht zu durchschauen: Die Diskussion um die Großfeuerungsanlagen-Verordnung (für Normalbürger: es geht um die Entgiftung der Abgase von Kohlekraftwerken, damit der Saure Regen etwas weniger sauer wird) brachte Koalitionsverwerfungen besonderer Güte ans Licht der Öffentlichkeit.

1. Akt: Das SPD-Kabinetts in Düsseldorf zerstreitet sich wegen einer Forderung des Umweltschützers (und Landwirtschaftsministers) Bäumer, Ausnahmeregelungen bei der Entgiftung enger zu fassen. Die NRW-Regierung hat nach eigener Einschätzung vor allem auch die Arbeitsplätze im Revier im Auge zu haben, denn gerade in Nordrhein-Westfalen gibt es viele Alt-Anlagen, deren Entschwefelung besonders aufwendig ist und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gefährdet. Bäumer denkt laut über seinen Rücktritt nach.

2. Akt: Die SPD-Bundestagsfraktion verabschiedet ein "Notprogramm zur Ret-

Der Vorhang fällt. Doch dem applaudierenden grün-orientierten Zeitgenossen sollte die Hand gelähmt bleiben: Die Herren Späth und Schmidhuber hatten neben dem Sauren Regen nämlich vor allem den Ausbau der Atomenergie im Sinn. Dies wird in christlich-unierten Kreisen neuerdings ungeniert als Kolumbus-Ei des Umweltschutzes gepriesen. Und Helmut Kohl weist auch hier den Weg.

In seiner Regierungserklärung findet sich der bemerkenswerte Satz: "Wir können auf diese umweltfreundliche Energiequelle nicht verzichten!".

Den Clou des Ganzen brachte dann eine Presseerklärung der Fernwärme-Betreiber. Diese – ansonsten aus Praktikabilitätsgründen nicht unbedingt an der Seite der Atomlobby – warnten vor einer Verschärfung der Grenzwerte für Luftverschmutzung, da ansonsten der Preis für die umweltfreundliche und energiesparende Wärme steigen könnte.

Es steht also ein Kompromiß ins Haus. Ob sich allerdings alle handelnden Personen in der Zielrichtung einig sind, ist zu bezweifeln. Umweltschutzpolitik nach dem Prinzip des "ja, wenn" konnte betrieben werden in besseren Zeiten, heute ist es nicht mehr möglich. Vielleicht ist es den Politikern auch egal: Der Wald ist nämlich schon tot.

Spießbürgerliches I

Daß mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag auch neue Themen ins Parlament kommen, war abzusehen. Wie die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien darauf reagierten, blieb abzuwarten.

Waltraud Schoppe (GRÜNE) hat es bei ihrer Antrittsrede erfahren, in der sie u.a. die "Einheitsmoral" kritisierte, die nach ihren Worten dazu geführt hat, daß Menschen "vor dem Einschlafen eine Einheitsübung vollführen, wobei der Mann meist eine fahrlässige Penetration durchführt, – (Zuruf von der CDU/CSU: Was ist das denn?) – fahrlässig, weil die meisten Männer keine Maßnahmen zur Empfängnisverhütung ergreifen." – (Zuruf von der CDU/CSU: Woher wissen Sie denn das?)

Stammtischadäquates Getöse erhob sich, als die Abgeordnete forderte, "den alltäglichen Sexismus im Parlament einzustellen." Das Protokoll vermerkt u.a.: "Zuruf von der CDU/CSU: Das Liebesparlament! – Bastian - Kelly! – Weitere Zurufe und anhaltendes Lachen."

Als Frau Schoppe gar forderte, über bessere Schwangerschaftsverhütung statt über eine Verschärfung des § 218 nachzu-

denken, und sich Politiker wünschte, die auch einmal darauf hinwiesen, "daß es Formen des Liebespiels gibt, die lustvoll sind und die die Möglichkeit einer Schwangerschaft gänzlich ausschließen", hielt es einen der Abgeordneten nicht mehr. Das Protokoll vermerkt: "Seiters (CDU/CSU): Werden Sie mal konkret!"

Koalitionen II

Bundestagsdrucksache 10/33 vom 27. 4.1983: Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Bundestagsdrucksache 10/34 vom 28. 4.1983: Antrag der Fraktion der SPD – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Forderung beider Anträge: Untersuchung der Flick-Affäre. Die Grünen waren also einen Tag schneller. Aber nicht nur hier liegt der Unterschied. Während die SPD geklärt haben will, "ob – und falls ja, in welcher Weise – es der Flick-Konzern unternommen hat, auf Entscheidungen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Regierung, der Verwaltung oder sonstiger Stellen der Bundesrepublik Deutschland Einfluß zu nehmen" und insbesondere festgestellt werden soll, "auf welcher Grundlage der Bundesminister für Wirtschaft die Entscheidung" in Sachen Flick-Steuerbefreiung getroffen hat, haben die Grünen noch ein spezielles Anliegen, welches die SPD für nicht so relevant hält. Die Grünen wollen auch geklärt sehen, ob und wie "den Parteien CDU, CSU, SPD und FDP Spenden auf dem Umweg über steuerlich privilegierte Organisationen (...parteinahe Stiftungen) zugeflossen" sind.

Anmerkung ein. Dem Reinen ist alles rein. Anmerkung zwei: Die Grünen haben noch keine parteinahe Stiftung. Der Antrag allerdings ist gestellt.

Spießbürgerliches II

Das gesunde Volksempfinden hat vehemente Verfechter. Als der Abgeordnete Hubert Kleinert (DIE GRÜNEN) das Podium betreten hatte, konnte er gerade einen Satz beenden, als christliche Demokraten schon Verabscheuungswürdiges bemängelten. Das Protokoll vermerkt: "Dr. Rose (CDU/CSU): Verzicht auf Krawatte! – Glos (CDU/CSU): Und Friseur!" – Im weiteren Verlauf beschlossen die Zwischenrufer, dem Debattenthema – Wirtschafts- und Finanzpolitik – gerecht zu werden: "Kolb (CDU/CSU): Der hat nie gearbeitet!" – "Glos (CDU/CSU): Haben Sie schon jemals gearbeitet?"



Der Wald ist schon tot

tung des Waldes", in dem neben der Verschärfung der Grenzwerte für Abgase auch eine Reduzierung der Ausnahmegenehmigungen für Alt-Anlagen gefordert wird. SPD-Sympathisanten sind verwirrt.

3. Akt: Diskussion im Bundesrat über die Großfeuerungsanlagen-Verordnung. NRW sieht sich vor allem mit Forderungen Badens (Lothar Späth) und Bayerns (Schmidhuber) konfrontiert, die sich für eine weitere Verschärfung der Grenzwerte aussprechen.

Berichtigung aus Id 4/83 „Besonders wichtig“

Besonders richtig

Die liberalen drucksachen haben ihre erste Gegendarstellung erhalten. Der Direktor der Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung schreibt:

GEGENDARSTELLUNG:

„Mit großer Verwunderung lese ich in Heft 4/83 auf Seite 6/7 die Ankündigung des „diesjährigen Bundeskongresses der Liberalen Vereinigungen - mit Sprecheratswahlen und Beschlußfassung über die Schwerpunkte des Arbeitsprogramms für das kommende Jahr...am Abend des 11. Juni 1983 in der Theodor-Heuss-Akademie“ Gumbach. Genauso erstaunt bin ich über die Behauptung, daß mein Kollege Dr. Hans Vorländer sein Seminar zum Thema „Am Ende des Sozialstaates?“ als Rahmenprogramm zu diesem Kongreß „in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Liberalen Vereinigungen“ anbietet.

Ich stelle dazu fest:

1. Der Bundeskongreß kann schon deswegen nicht in der Theodor-Heuss-Akademie stattfinden, weil der Termin mit uns nicht vereinbart wurde und Kapazität für diese Veranstaltung ohnehin nicht frei ist.
2. Das Seminar „Am Ende des Sozialstaates?“ hat mein Kollege Dr. Hans Vorländer entsprechend den Festlegungen im Jahresprogramm 1983 in eigener Verantwortung vorbereitet; er wird es auch ausschließlich als Veranstaltung der Theodor-Heuss-Akademie in eigener Verantwortung durchführen.
3. Ich erwarte, daß Sie die vorstehende Mitteilung als förmliches Berichtigungsbegehren nach § 11 Landespressegesez NW in der nächsterscheinenden Ausgabe Ihrer Zeitschrift an gleicher Stelle veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen
gez.: Wolfgang Heinz

Die Meldung der liberalen drucksachen basierte auf der offiziellen Einladung der Liberalen Vereinigung. Diese Nachricht führte unter einigen rechten Freidemokraten zu massiven Protesten. FDP-Präsidium und FNS-Vorstand beschäftigten sich eingehend mit dem Vorgang.

Wolfgang Heinz und der FNS-Vorsitzende Ralf Dahrendorf verhinderten dann, daß das Seminar abgesetzt wurde, bzw. daß Theo Schiller als Referent ausgeladen oder gar gänzlich von der Referentenliste der THA gestrichen wurde. Die Jahrestag-

ung der Liberalen Vereinigung darf allerdings nicht in der THA stattfinden, sondern muß am Samstagabend in ein Gumbacher Hotel ausweichen.

Die THA kann sich zur Zeit kaum einen Konflikt mit der FDP-Führung leisten, da der Nutzen der Einrichtung von etlichen Freidemokraten bezweifelt wird. Regelmäßige Besucher der THA sprechen von einem erheblichen Rückgang der Teilnehmerzahlen. Die nach wie vor treuen Besucher seien zwar die selben wie vor dem Koalitionsbruch, doch seien sie zu einem großen Teil nicht mehr in der FDP.



THA: Keine Kapazitäten

EINLADUNG

zur Bundeskonferenz der Liberalen Vereinigungen

Termin: Samstag, der 11. Juni 1983 um 19.30 Uhr
Ort: Theodor-Heuss-Akademie, Gumbach-Niedersachsen
Theodor-Heuss-Strasse 26 (Postfach 340129)
5270 Gumbach 31 Tel. 02261 / 65033

Als Tagesordnung schlage ich vor:

- TOP 1 Begrüßung - Regularien (Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführung; Feststellung der Beschlußfähigkeit)
- TOP 2 Berichte von der Arbeit des Bundesverbandes durch die Sprecheratsvorsitzenden - mit anssl. Diskussion
- TOP 3 Berichte aus den Landesverbänden - mit anssl. Diskussion
- TOP 4 Diskussion und Beschlußfassung eines Arbeitsprogramms (schriftliche Vorlage durch den Sprecherat)
- TOP 5 Wahlen zum Sprecherat
- TOP 6 Wahlen von 2 Rechnungsprüfern
- TOP 7 Anträge
- Satzungsänderungsanträge müssen 2 Wochen vor BK-Termin beim Sprecherat eingegangen sein
- TOP 8 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Helga Schuchardt
(Helga Schuchardt)
- Vorsitzende -

Einladung der Liberalen Vereinigung

Liberaler Spalter

Der Studentenverband der „Liberalen Partei Finnlands“ hat sich wie die Jungdemokraten von seiner bisherigen „Mutterpartei“ getrennt und arbeitet nun ebenfalls als unabhängiger Jugendverband weiter.

Die Partei hatte sich völlig der Zentrumsparlei angeschlossen und machte bei den Reichstagswahlen ähnliche Erfahrungen wie die FDP bei den letzten sechs Landtagswahlen. Sie holte keinen einzigen Parlamentssitz.

In Dänemark gibt es jetzt zwei linksliberale Jugendverbände. Die Radikal Ungdom haben sich gespalten. Die neu entstandene Gruppe nennt sich „Radix“.

Liberaler Arbeitnehmer

Am Rande des Kölner Kongresses „Noch eine Chance für die Liberalen“ Ende Februar letzten Jahres gegründet, lädt die „Vereinigung Liberaler Arbeitnehmer“ (LA) am 4. Juni zu ihrer zweiten bundesweiten Mitgliederversammlung ein. Die Tagung ist diesmal verbunden mit einem Wochenendseminar des Demokratischen Bildungswerks Niedersachsen e.V. am 4. und 5. Juni in Osnabrück unter dem Thema: „Nach der Wende in Bonn - Politische Perspektiven für Arbeitnehmer“.

Nach einem Grundsatzreferat des LA-Vorsitzenden Wolfgang Latendorf soll in drei Arbeitskreisen zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie zu Betriebsverfassung und Mitbestimmung diskutiert werden. Als Referenten haben u.a. Ex-MdB Friedrich Hölscher und Prof. Friedrich Neunhöffer zugesagt.

Die Liberalen Arbeitnehmer wollen künftig, so sieht es ein Satzungsändernder Antrag des bisherigen Bundesvorstandes vor, nach Jungdemokraten-Vorbild ohne direkte Parteienbindung ihre Tätigkeit fortsetzen. Aufgrund der gewachsenen Mitgliederzahl soll auf Bundesebene das Delegierten-System eingeführt werden. Auch ein neuer LA-Bundesvorstand wird in Osnabrück gewählt.

Mitglieder und Freunde der Liberalen Arbeitnehmer sind zu dieser Wochenendveranstaltung herzlich eingeladen. Programm, Anmeldungen und weitere Auskünfte erteilt das Demokratische Bildungswerk Niedersachsen e.V. (Hardo Naumann), Walter-Gieseke-Str. 21, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/812339 (wochentags 16 - 19 h).

PG Homosexualität

Auf dem III. Parteitag der Liberalen Demokraten in Kassel hat sich eine Projektgruppe Schwule und Lesben gegründet. Erstes Ziel soll es sein, regionale Projektgruppen zu initiieren. Ansprechpartner sind

Holger Lenz Bodo Zündorff
Am Rehsprung 10 Gerresheimer Str. 84
5300 Bonn 3 4000 Düsseldorf

Trägerverein

Anfang Mai hat sich im Forum Karl-Hermann Flach in Melsungen eine "Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen" (VSB) konstituiert. Dies muß als Konsequenz des Vorgehens der "Vereinigung Liberaler Bildungseinrichtungen" gesehen werden, die sich geweigert hatte,



Im Forum Karl Hermann Flach: neue Vereinigung gegründet

Bildungsträger aufzunehmen oder weiter an den öffentlichen Geldzuweisungen zu beteiligen, die nicht auf FDP-Parteilinie liegen.

Die acht anwesenden Bildungsträger vereinbarten einen verstärkten Informationsaustausch und eine engere Zusammenarbeit mit den liberalen drucksachen. Zum Vorsitzenden der VSB wurde der Kölner Regierungsrat Thilo Schelling gewählt.

Weiterbildungsveranstaltungen

Das Liberale Bildungswerk NRW führt vom 8. bis 15. Oktober eine 14-tägige Bildungs- und Begegnungsreise nach Bulgarien durch, für die Sonderurlaub gewährt werden kann. Mit Rücksicht auf Lehrer ist die Herbstferienzeit gewählt.

Das Programm bietet eine Mischung zwischen kulturellen Begegnungen, politischen Diskussionen und erholsamen Stunden.

Der Teilnehmerbeitrag wird sich auf ca. 450 DM belaufen. Anmeldungen und weitere Informationen über: LBW NRW, Kiehlstr. 25; Tel.: 0202/455054.

Sprachkurs

Die Jungdemokraten bieten einen Französisch-Sprachkurs in Rayon an. Dauer 4 Wochen (4.9. - 1.10.83) — je 4 Stunden Sprachkurs (morgens) pro Werktag — Unterbringung in Hotels (Doppelzimmer) mit Vollpension — Fahrtkosten-erstattung zum Kursort. Die Kursgebühr beträgt ca. 750,- DM (ohne Freizeitprogramm). Anmeldungen bis spätestens 15.6. an die Deutschen Jungdemokraten, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1.

Forum

Das Forum Karl-Hermann Flach e.V. — eine liberale Jugend- und Erwachsenenbildungsstätte — bietet folgende Seminare an:

16.-19.6.: "Saurer Regen in Ost und West"; Referent Egmont Koch, Journalist ("Seveso ist überall") aus Bremen. Bestandsaufnahme der Waldschädigung in der BRD und DDR und die Erarbeitung von Abwehrmaßnahmen sind die Inhalte dieser Veranstaltung.

24.-26.6.: "Parteien in Europa im Vergleich — LD/d 66"; Spitzenvertreter beider Parteien und Mitglieder der Organisationen berichten über ihre Erfahrungen und Mißerfolge, damit über einen Informationsaustausch voneinander gelernt werden kann. Als Abschluß wird ein Kooperationsvertrag angestrebt.

1.-5.7.: "Managementseminar für Verbandsaktive"; nur für Hessen: Mandatsträger erhalten eine intensive Schulung für ihre Aufgabe. Gelernt werden soll die freie Rede; Argumentationshilfen und Diskussionstechniken vertiefen die Ausbildung.

6.-8.7.: "Besuch des Europa-Parlaments in Straßburg"; der dritte "Forum Flying Circus" ist unterwegs. Teilnahme an einer EP-Plenarsitzung/Diskussion mit Abgeordneten/Gespräch im Europarat

zur europäischen Außenpolitik/Weinparty in Straßburg/Sightseeing usw.

9.-17.7.: "Europa der Regionen — Deutsch-Französische Woche"; eine Poliferienwoche im Forum mit Gästen aus Frankreich (MJRG). Einführung in die nationalen Strukturen/beispielhafte Problemgebiete wie Korsika/Baskenland/Bretagne/Ostfriesland/Saarland/"Zonenrandgebiete" werden behandelt/Lösungsansätze kultureller Eigenständigkeit eines Europa der Regionen.

18.-31.7.: "Projektarbeitswochen für Jugendliche"; junge Leute unter 18 Jahren treffen sich zwei Wochen lang, um ein Aktionswochenende für ein kleines Dorf ohne Jugendzentrum und -pfleger vorzubereiten und durchzuführen. In Zusammenarbeit mit der Jugendpflege Melsungen. Das Seminar soll am Ende verdeutlichen, daß man mit etwas Initiative und Ideen sehr wohl in einem kleinen Dorf einiges mit den und für die Jugendlichen machen kann.

Für alle Einzelmaßnahmen gibt es Informationsblätter vom

Forum Karl-Hermann Flach e.V.
Postfach 369
3508 Melsungen

Fahrten

Die Demokratische Gesellschaft ist eine in Hamburg tätige Einrichtung der Jugend- und Erwachsenenbildung, die sich dem liberalen Gedanken verpflichtet fühlt. Sie bietet jetzt zwei Studienreisen an, die als Bildungsurlaub anerkannt werden:

nach MOSKAU und LENINGRAD vom 18.-25.9.83; Flug ab Hamburg, Vollpension, Programm, Reiseleitung, Unterkunft in Doppelzimmern, Visum, Vorbereitungstreffen; Teilnehmerbeitrag: DM 874,-

nach BERLIN-MAGDEBURG-DRESDEN vom 2.-7.10.83 (Altersbegrenzung: 45 Jahre); Bahn- und Busreise ab Hamburg, Jugendtourist-Hotels mit 2 - 4 Zimmern, Vollpension, Begegnungsprogramm, Vorbereitungstreffen, Reiseleitung, Teilnehmerbeitrag: DM 390,-

Ferner wird ein "Entwicklungspolitisches Einführungsseminar vom 23.-25.9.83 im Freundschaftsheim Fresendelft bei Husum durchgeführt. Anfahrt ab Hamburg, Unterkunft, Vollpension, Programm; Teilnehmerbeitrag: Berufstätige 45,- DM, Schüler und Studenten 25,- DM.

Anmeldungen an: Demokratische Gesellschaft, Postfach 540571, 2000 Hamburg 54.

ES IST AN DER ZEIT: SAGT NEIN! KEINE NEUEN ATOMRAKETEN IN UNSER LAND!

Die Zeit drängt: Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile muß verhindert werden.

Geht es nach den Plänen der US-Regierung, der NATO und der Bundesregierung, wird es Ende dieses Jahres soweit sein: Pershing II - Raketen und Marschflugkörper sollen in unserem Land stationiert werden. Damit wird ein auf Europa begrenzter Atomkrieg denkbar. Das macht uns Angst.

Das Wettrüsten in Ost und West ist die größte Bedrohung für die Menschheit. Das System der gegenseitigen Abschreckung hat dazu entscheidend beigetragen. Jedes neue Waffensystem in Ost und West bedeutet nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Die Europäer sind in der Gefahr, wie die Bewohner von Hiroshima und Nagasaki, in einem atomaren Inferno vernichtet zu werden. Wir müssen aus der Geschichte lernen und uns rechtzeitig wehren.

Rüstung tötet schon jetzt – mit und auch ohne Krieg. Seit 1945 sind in über 150 Kriegen in der sogenannten Dritten Welt mehr Menschen getötet worden als im 2. Weltkrieg. Jede Minute werden weltweit 2,5 Millionen DM für die Rüstung ausgegeben; in der gleichen Zeit sterben 50 Menschen an Hunger. Während riesige Geldsummen in die Herstellung von Waffen gesteckt werden, fehlen diese Mittel zur Beseitigung der Armut, der Umweltzerstörung und der Arbeitslosigkeit.

Neue Atomraketen und Hochrüstung werden mit weiterem Sozial- und Bildungsabbau bezahlt. Rüstung schafft keine sicheren Arbeitsplätze. Im Gegenteil. Die Rüstungswirtschaft hat sich in der Vergangenheit als eine der größten Arbeitsplatzvernichter hervorgetan. Wir fordern den Stopp und die schrittweise Senkung des Rüstungshaushaltes, damit die freiwerdenden Mittel für soziale Zwecke und für ein umfassendes Beschäftigungsprogramm eingesetzt werden können.

Das Wettrüsten fördert in Ost und west, in Nord und Süd die Militarisierung der Gesellschaften. Frauen sind hiervon besonders betroffen. Sie sollen immer mehr in die Militarisierung – z.B. als Reservearmee – einbezogen werden. Dies widerspricht der Forderung der Frauen nach Selbstbestimmung, nach Wahrung ihrer sozialen und politischen Rechte und Erhaltung ihrer Würde gegen tägliche Diskriminierung.

Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg zwischen Staaten. Frieden ist ein Prozeß für Gerechtigkeit, für Verminderung und Beseitigung von Not, Elend und Gewalt, die Abschaffung rassistischer, wirtschaftlicher, sozialer und sexistischer Unterdrückung und Diskriminierung, die Gewährleistung der Menschenrechte und des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen.

Weltweit haben die Friedensbewegungen einen großen Einfluß gewonnen. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung wächst.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik weiß sich mit der amerikanischen Friedensbewegung einig in der Forderung, Herstellung, Tests und Stationierung von Atomwaffen einzufrieren und gemeinsam keine neuen Atomraketen in Europa zuzulassen, unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen. Alle Atomwaffen in und für Europa, einschließlich der sowjetischen SS 20, der französischen, britischen und amerikanischen Raketen müssen abgebaut werden. Die "Zwischenlösung" ist ein Trick, um die Aufrüstung in Raten durchzusetzen und die Öffentlichkeit zu täuschen. Jede "Zwischenlösung", die die Stationierung auch nur einer einzigen Pershing II oder Cruise Missile beinhaltet, lehnen wir ab.

Wir rufen die ganze Bevölkerung auf: Informiert Euch über die Gefahren! Werdet mit uns aktiv gegen die drohende atomare Vernichtung unseres Landes! Wehren wir uns gemeinsam gegen die Stationierung der neuen Atomraketen in unserem Land!

Wir appellieren, durch Aufklärung und vielfältige Aktionen zur Verbreiterung des Widerstandes beizutragen. Viele Menschen sind bereit, sich an gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams zu beteiligen. Ihr Handeln ist Ausdruck einer neuen Widerstandsbereitschaft in der Friedensbewegung.

Wir fordern von der Bundesregierung und den Regierungen der übrigen Mitgliedsländer der NATO:

1. Ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Massenvernichtungsmittel in West- und Ost-Europa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu bringen.

Jegliche Maßnahmen zur Vorbereitung der Stationierung müssen unverzüglich eingestellt werden.

2. Die Beseitigung aller in der Bundesrepublik gelagerten chemischen Waffen;

3. Die Schaffung regionaler atomwaffenfreier Zonen in Europa, bei gleichzeitiger Verringerung der konventionellen Rüstungen in Ost und West;

4. Eine Politik der Entspannung, die die politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen fördert und ein Klima für weitere Abrüstungsschritte schafft;

5. Sofortige Senkung der Rüstungsausgaben und Verwendung der Mittel für gesellschaftlich nützliche Produktion;

6. Keine Rüstungsexporte und Interventionen. Das Elend der Länder der sogenannten Dritten Welt ist auch ein Ergebnis zunehmender Militarisierung.

Die großen Militärmächte, insbesondere die USA und die Sowjetunion fordern wir auf:

1. Die Entwicklung, Erprobung, Herstellung und Stationierung aller Massenvernichtungswaffen sowie von Raketen, Flugzeugen und Schiffen einzufrieren, die als atomare Trägersysteme geeignet sind;

2. darauf zu verzichten, durch neue Waffen oder Kriegsführungsstrategien sowie den Ausbau von Erstschlagskapazitäten eine militärische Überlegenheit herzustellen;

3. alle Massenvernichtungsmittel, also auch die chemischen, biologisch-bakteriellen und Strahlenwaffen zu ächten und zu beseitigen;

4. jede militärische Einmischung und Intervention in der sogenannten Dritten Welt zu unterlassen und die Emanzipationsbestrebungen nicht unter dem Vorwand des Ost-West-Konflikts zu ersticken.

Die Gruppen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik rufen für die Woche vom 15. - 22. Oktober 1983, angesichts der drohenden Stationierung neuer Atomraketen und im Zusammenhang mit der UNO-Abrüstungswoche, zu vielfältigen und gewaltfreien Aktionen und Veranstaltungen auf. Während der ganzen Woche sollen verschiedene gewaltfreie Aktionen (wie z.B. Friedenscamps, Mahnwachen, Blockaden, Schweigestunden) stattfinden.

- Samstag, den 15.10.: dezentrale Auftaktaktionen in allen Städten und Gemeinden.
- Sonntag, den 16.10.: Widerstandstag der Kirchen
- Montag, den 17.10.: Widerstandstag der Frauen
- Dienstag, den 18.10.: Tag des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität
- Mittwoch, den 19.10.: Widerstandstag der Arbeiter, Betriebe, Landwirte und sozialen Einrichtungen
- Donnerstag, den 20.10.: Widerstandstag der Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen
- Freitag, den 21.10.: Widerstandstag der Parlamente, Stadträte, Verwaltungen und Parteigruppen.
- Am Samstag, den 22.10., finden parallel statt: 'Volksversammlungen für den Frieden' in Bonn, sowie in Nord- und Süddeutschland. Ähnliche Aktionen werden im Oktober 83 in den USA (8./9.10.), Belgien, Italien, Großbritannien, Dänemark, Österreich und Nicaragua (22./23.10.) und den Niederlanden (29.10.) stattfinden.

Während die Basis der Friedensbewegung immer stärker wird, lähmen Organisationsborniertheit und persönliche Eitelkeit die Vorbereitungen für die zentralen Auseinandersetzungen im Herbst.

Doch diese Schwierigkeiten werden kaum notiert. Neben Künstler für den Frieden (rechts 1982 in Bochum) meldet nun Gruppe für Gruppe ihre Initiative oder ihren Kongress an.



Wenn das die Basis wüßte...

"Ich glaube, wir sollten anfangen." BBU-Sprecher Josef Leinen eröffnet die Runde, die sich im Haus der Evangelischen Studentengemeinde versammelt hat, um die Friedensaktivitäten für den Herbst vorzubereiten. Während er noch Luft holt, nimmt ihm Andreas Zumach von der Aktion Sühnezeichen die Leitung der Sitzung bereits aus der Hand und fährt fort: "Gut, dann müssen wir uns zunächst über die Tagesordnung einigen."

Doch Einigung scheint für diesen Kreis von 26 Organisationen, die von der Aktionskonferenz der Friedensinitiativen Mitte April mit der Koordination der Herbstaktivitäten beauftragt wurde, das Abwegigste überhaupt zu sein. Man diskutiert fünf Stunden mit dem einzigen Ergebnis, daß eine Arbeitsgruppe gebildet wird, die zur nächsten Sitzung eine Vorlage über die Aufgaben und Kompetenzen des Kreises erarbeiten soll.

Dieses geschieht dann auch, doch auf der nächsten Sitzung am Pfingstfreitag gehen die Positionskämpfe munter weiter. Diesmal dient die Frage, welche Gruppen die Geschäftsführung des 26-er-Kreises übernehmen sollen, für stundenlanges Hickhack. Bei den bisherigen Bonner Friedensdemonstrationen waren Frauen für den Frieden, Vereinigte Deutsche Studenten-

schaften, Aktion Sühnezeichen, Deutsche Friedensgesellschaft, Dritte Welt-Gruppen und der BBU verantwortlich gewesen. Einige Anwesenden möchten diesen Kreis erweitern. Mitten in der Diskussion platzt Wolfgang Biermann, der als Vertreter des SPD-Spektrums fungiert, der Kragen: "Das

ist doch ein reiner Machtkampf hier."

Lukas Beckmann, noch Geschäftsführer der Grünen, läßt nicht locker und stellt die Beteiligung der VDS in Frage. Ihn stört offensichtlich, daß hierüber auch Kommunisten beteiligt sind.

Ulli Frey, von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, der diesmal die Diskussion leitet, kann nur schwer die Wogen glätten. Da ein Konsens nicht herstellbar scheint, wird abgestimmt, natürlich nicht ohne vorher noch ausdrücklich festzustellen, daß es keine Abstimmung sondern nur ein Meinungsbild sei. Ergebnis jedenfalls: Alles bleibt, wie es war. Die sechs Gruppen bleiben weiterhin verantwortlich. Der Kampf mit eigenen Profilneurosen scheint im 26-er-Kreis bei einigen Vertretern mehr im Vordergrund zu stehen als der eigentliche Kampfauftrag, den Widerstand gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen zu organisieren. Da hilft auch die Mahnung Josef Leinens wenig, daß man dringend zu Ergebnissen kommen müsse, 'sonst sei der Herbst schneller da als wir denken.' Viele der Anwesenden werden einfach nicht mit der enormen politischen Relevanz fertig, die ihnen die Friedensbewegung verliehen hat.

Wüßte die ständig von ihnen beschworene Basis, was ihre Vertreter in Bonn so anrich-



Jo Leinen: "Wir sollten anfangen"

ten, sie würden wahrscheinlich verzweifeln. Denn vor Ort läuft die Friedensarbeit erheblich reibungsloser. In fast jedem Flecken mit mehr als fünf Häusern existiert mittlerweile eine Friedensinitiative, die mit Elan und Ideen und vorallem ohne gruppenbornierte Auseinandersetzungen Aktionen startet. Schulen, Straßenzüge oder auch ganze Städte werden zu Atomwaffenfreien Zonen erklärt, Friedenswochen organisiert oder Unterschriften gesammelt. Hier auf örtlicher Ebene arbeiten auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter problemlos mit.

Seit dem Koalitionswechsel haben auch prominentere Sozialdemokraten rechts von Eppler und Lafontaine Interesse an der Friedensbewegung gezeigt. So erklärt sich denn auch die massive Beteiligung der SPD an der Berliner Konferenz für ein atomwaffenfreies Europa. Ursprünglich als 'gesamtdeutsche Veranstaltung' geplant, mit Fackelzügen dies- und jenseits der Mauer löste die Veranstaltung bei etlichen große Skepsis aus. Doch das starke Eingreifen einiger Sozialdemokraten konnte der Konferenz die entspannungsfeindliche Spitze nehmen. Die SPD konnte sich gleichzeitig friedenspolitisch profilieren. 'Wir werden in der Friedensbewegung wieder ernstgenommen', freuten sich denn auch die aus Berlin zurückgekehrten Abgeordneten in der Bonner Fraktion.

Und in der Tat, die Grünen, die sich selbst gerne als Alleinvertreter der Friedensbewegung im Bundestag verstehen, waren auf der Konferenz ziemlich abgemeldet. Hätten

treibt Wiedergutmachung bei ihren bisherigen Kritikern. Jochen Vogel verlieh den diesjährigen Gustav-Heinemann-Preis an die Aktion Sühnezeichen, die die Friedensdemonstration am 10. 10. 1981 gegen die Politik der damaligen Schmidt/Genscher Regierung mitorganisiert hatte.



Kritische Töne von Helmut Schmidt

Aber die Aktivitäten der SPD stoßen vielerorts noch auf Mißtrauen. Viele erinnern sich an die Rolle der SPD in der Friedensbewegung zu Adenauers Zeiten. Ihre Ausgrenzung bzw. Integrationspolitik hatte die Friedensbewegung, so viele Kritiker, erdrückt. Auch vom 'Rat der Hundert', der aus dem erweiterten Beirat der Berliner Konferenz gebildet werden soll, wird deshalb von diesen Kritikern befürchtet, daß er die Funktion haben soll, die Friedensbewegung unter sozialdemokratischen Ein-

wicht dazu benutzen, alle Versuche als spalterisch abzuwiegeln, die über die Frage der Verhinderung der Mittelstreckenraketen hinausgehen wollten. Andere Gruppen haben inzwischen dazugelernt, können mittlerweile eigene Aktionen durchführen, bei den sie nicht auf die Organisationskraft der Kommunisten angewiesen sind. So haben die Grünen im Bundestag und in den Landtagen eigene Apparate aufgebaut und zählen nun ca. 100 hauptamtliche Politiker in ihren Reihen, mit denen sie ebenfalls versuchen, die Friedensbewegung zu dominieren.

Doch trotz aller Machtkämpfe an der Spitze, wird der Druck der Basis auch weiterhin Gemeinsamkeit erzwingen. Immer wenn die Grünen-Funktionäre aus der Bewegung ausscheren wollten, sind sie von ihren Basisgremien zurückgepfiffen worden.

Im Vordergrund der Aktivitäten steht in den nächsten Monaten das Bemühen, weitere Bevölkerungskreise für die Friedensbewegung zu gewinnen. Naturwissenschaftler, Pädagogen, Angehörige psychosozialer Berufe, Ärzte und auch Sportler veranstalten z. B. Friedenskongresse. Der evangelische Kirchentag im Juni dürfte zu einer riesigen Friedenskundgebung werden. Künstler treten für den Frieden auf und auch die Aktionswochen im Herbst werden trotz aller Querelen das in den Schatten stellen, was die Friedensbewegung bisher auf die Beine gebracht hat.

Schließlich drängen Bundes- und US-Regierung die Friedensbewegung zur Gemeinsamkeit. Der Besuch von US-Vize-Präsident Bush am Geburtsort des Krefelder Appells mobilisiert die Rüstungsgegner zu Aktivitäten.

Da der Krefelder Appell noch nicht die gewünschte Wirkung auf die Bundesregierung erzielt hat, werden Initiativen zur Vorbereitung eines Volksentscheides gegen die Raketen geplant. Mit einer ähnlichen Aktion hatte die Anti-Atombewegung der fünfziger Jahre die damalige Bundesregierung unter erheblichen Legitimationsdruck gebracht.

Andere Überlegungen orientieren sich mehr an der Ära Brandt. Hier wird darüber nachgedacht, wie die Diskussion über die Frage der Raketenstationierung bzw. der Sicherheitspolitik wieder auf die gesamte Außenpolitik erweitert werden kann. Hiermit soll deutlich gemacht werden, daß die Frage der Raketen keine ausschließlich militärpolitisch Dimension hat. Das Ende der Entspannungspolitik steht auf dem Spiel. Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht (was kein Demoskop bezweifelt) eine Fortsetzung dieser auf Ausgleich mit dem Osten bedachten Politik. Wenn es gelänge, dieses Thema bis 1987 stärker als im März 1983 zum entscheidenden Politikbereich zu machen, wäre eine Ablösung der Rechtsregierung vorstellbar.



Jeder Fleck hat inzwischen seine eigene Friedensinitiative

sie sich nicht auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz verhaften lassen, sie wären ohne Presseresonanz geblieben.

Der Wandel in der SPD geht noch weiter. Sogar Helmut Schmidt, der sich früher als Erfinder des Doppelbeschlusses rühmte, findet kritische Worte zum Nato-Beschluß. Auch die übrige SPD Führung be-

fluß zu bringen.

Als eine Art Gegengewicht zu der Berliner Konferenz findet im Juni eine Weltkonferenz für Frieden und Abrüstung in Prag statt. Hier wollen vorallem die 'dogmatischen Gruppen' der Friedensbewegung verlorenes Terrain wiedergutmachen. Lange Zeit konnten sie ihr organisatorisches Ge-

Neue Konzepte für den Rüstungsexport

Sie fahren am Schiffsfriedhof vorbei

Kaum ein halbes Jahr haben die von der sozial-liberalen Bundesregierung neu formulierten Rüstungsexportrichtlinien gehalten, da meldet sich der CDU-Abgeordnete Dr. Werner Marx im Deutschlandfunk zu Wort. Seiner Meinung nach war es nicht sehr sinnvoll, "strenge und für alle Fälle und für alle Zeiten bindende Richtlinien" herauszubringen. Er möchte die Lockerung der Richtlinien, um den Handlungsspielraum der Bundesregierung beim Verkauf von Waffen in Nicht-NATO-Staaten zu erweitern. Bescheiden wie er ist, merkt er auch gleich an, daß es die alleinige Entscheidung der Bundesregierung sein wird, wann wohin welche Waffen geliefert werden und nicht die Entscheidung des Parlaments.

Dem Reporter vom Deutschlandfunk blieb ob solcher Dreistigkeit die Spucke weg. Hatte doch schon in der sozial-liberalen Koalition die Weigerung der Bundesregierung, vor Entscheidungen über Rüstungsexporte ein parlamentarisches Gremium zu konsultieren, beträchtlichen Unmut hervorgerufen.

Man erinnert sich: Da hatte die FDP-Fraktion im Januar 1981 vor dem Hintergrund der erregten öffentlichen Debatte darüber, ob die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Rüstungsexport von 1971 den außen- und sicherheitspolitischen Erfordernissen noch genügten, eine "Arbeitsgruppe Rüstungsexport" gebildet. Sie sollte grundsätzliche Empfehlungen an die Bundesregierung für eine mögliche Neufassung der politischen Grundsätze geben, nicht aber zu aktuellen Problemen des Rüstungsexports Stellung nehmen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe hörten sich die Meinung nicht nur der Regierungsmitglieder, sondern auch der Experten der zuständigen Ministerien zu diesem kniffligen Thema an.

Wie ihre Kollegen von der SPD-Arbeitsgruppe kamen sie zu dem Ergebnis, die bisherige restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik beizubehalten. Die Initiative der Bundesregierung zur Begrenzung des internationalen Rüstungsexportes, wie sie vor der UNO ergriffen worden war, sollte nachdrücklich fortgesetzt werden. Beschäftigungspolitische Argumente durften für die Rüstungsexportpolitik keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Selbst bei Überprüfung der Kriterien für die Rüstungsexporte sollte an dem restriktiven Charakter der Kriterien nichts geändert werden. Über Fragen des Rüstungsexports sollte eine parlamentarische Unterrichtung stattfinden. Schließlich

müßten bei Rüstungsexporten in den Nahen Osten die Sicherheitsinteressen Israels und die geschichtliche Verantwortung der Deutschen gegenüber dem jüdischen Volk beachtet werden.

Nach mehr als einjähriger Arbeit an der Neudefinition wurden am 5. Mai 82 die "politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" veröffentlicht. Die Medienwirkung war immerhin so, daß Befürworter von Rüstungsexportgeschäften wie der Abgeordnete Möl-

TO-Bereichs noch möglich sein, wenn:

- "es um vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen – unter Berücksichtigung von Bündnisinteressen – geht,
- die innere Lage eines Landes dem nicht entgegensteht,
- die Lieferung nicht zur Erhöhung von Spannungen führen,
- eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen nicht besteht,
- die zu liefernden Waffen für Verteidi-



Der Rheinmetall-Vorstand präsentiert Produkte. Nicht alle Rüstungsfirmen haben Anschlußaufträge

lemann zumindest in der Öffentlichkeit von ihren Panzerexportträumen abrückten.

Der Rüstungsexport in Länder außerhalb des NATO-Bereichs unterschied fortan nicht mehr zwischen den "Ländern in Spannungsgebieten" und den "sonstigen Ländern". Die Experten hatten wenig Mühe gehabt nachzuweisen, daß der Begriff "Länder in Spannungsgebieten" untauglich war. In einer Welt, in der in nahezu allen Regionen Spannungen herrschen und in der wegen der weltweiten Abhängigkeiten und der Wechselwirkungen schnell auch auf weit entfernten Regionen überspringen können, war die so eng definierte Absatzbasis für Waffenexporte zu klein geworden. Der Wegfall des Kriteriums "Spannungsgebiet" war für die Wafenhändler schon der halbe Sieg. Denn nach den neuen Richtlinien sollte der Export von Kriegswaffen außerhalb des NA-

gungszwecke bestimmt sind."

Diese Kriterien waren faktisch so wenig restriktiv, daß schon kurz nach dem Ende des Falkland-Krieges die erste von vier auf bundesdeutschen Werften gebauten Fregatten ausgerechnet an die argentinische Marine ausgeliefert werden konnte, was den Werften zwar Millionengewinne einbrachte, aber der Bundesrepublik noch heikle Situationen bescheren wird. Die Fregatte ist nämlich mit acht Exocet-Raketen aus Frankreich ausgerüstet worden und die werden den Argentinern im absehbaren nächsten Gemetzel mit den Briten ganz schön nützlich sein. Angetrieben von britischen Rolls-Royce-Gasturbinen wird das Schiff in Kürze seinen Weg nach Südamerika antreten, vorbei an jenem Schiffsfriedhof, auf dem die bereits versenkten britischen Kriegsschiffe liegen, die möglicherweise noch mit Atomwaffen bestückt sind.



U-Boot Export, Verstoß gegen das Grundgesetz?



Kriegswaffen-Testgelände

Die Gefahren, die durch ungehemmten Rüstungsexport von den Geschäftsmachern verursacht werden, stehen in krassem Mißverhältnis zu den Möglichkeiten des Parlaments, dieses Unwesen unter Kontrolle zu bringen. Ob die neuen Richtlinien diesem Wahnsinn mit Methoden dadurch hätten entgegenwirken können, daß vor jeder Einzelfallentscheidung des Bundessicherheitsrates die Vorsitzenden der Fraktionen des Deutschen Bundestages mit jeweils einem weiteren Abgeordneten vorab informiert werden, ist sehr fraglich. Denn nur zu leicht wird hier

ein Bock zum Gärtner gemacht.

In keinem anderen Land der Welt haben die Waffenexporte in den letzten Jahren so stark zugenommen wie in der Bundesrepublik: Im Durchschnitt der drei Jahre 1974 - 76 lag der Export um 450 % über dem Durchschnitt der drei Jahre 1971 - 73. Dies war schon unter einer sozial-liberalen Regierung möglich. Die große Beschaffungswelle für die Bundeswehr (Leopard 2, Fregatten, Tornado) wird in den achtziger Jahren auslaufen. Nicht alle Betriebe haben Anschlußaufträge der Bundeswehr. Der Druck auf die Bundesregierung, freigewordene Kapazitäten mit Waffenexporten auszulasten, wird außerordentlich groß.

Am 12. April war der "Frankfurter Rundschau" zu entnehmen, daß die neue Regierung die Lieferung von Leopard 2 Panzern nach Saudi-Arabien nun vielleicht doch genehmigen wolle. Ein internes außenpolitisches Papier von CDU und CSU soll unter Punkt 39) feststellen: "Es besteht Einverständnis, daß in nächster Zukunft eine neue Konzeption über den Rüstungsexport entwickelt wird. Dabei sind auch die sicherheits- und finanzpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen."

Wer auch immer diese neue Konzeption entwickelt, darf Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes und § 6 Abs. 3, Nr 1 des Kriegswaffenkontrollgesetzes nicht außer acht lassen. Nach Artikel 26 Abs. 1 des GG sind "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten", verboten.

Hier liegt die Grenze für die Erteilung von Genehmigungen für die Herstellung, Beförderung oder das Inverkehrbringen von Kriegswaffen. Eine Genehmigungserteilung selbst kann den Tatbestand des Artikels 26 Abs. 1 GG erfüllen.

Diese Grenze besteht von verfassungswegen und unabhängig davon, wie ein Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Abs. 2 mitsamt seinen Durchführungsverordnungen und Richtlinien diese Grenze "nachzeichnet".

Ob Handlungen zur Friedensstörung geeignet sind, ist unter Zugrundelegung der realen internationalen Staatenpraxis zu beurteilen. Möglicherweise reicht bereits eine abstrakte Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens aus. "Als störungsgerecht sind daher anzusehen Handlungen, die, gemessen an den objektiven Erfahrungen und realen Praktiken der internationalen Völkergemeinschaft, adäquat kausal zu bewaffneten Auseinandersetzungen im Sinne von Art. 2 Nr. 4 der UN-Charta zu führen pflegen." (K. Hernekamp, Art. 26, Rd.Nr. 18 GG-Kommentar)

Andere Kommentatoren gehen sogar noch weiter. Bleckmann schreibt in "Grundgesetz und Völkerrecht" über das negative Verbot friedensstörender Handlungen hinaus positiv eine Friedenspflicht, ein Friedensgebot vor, ja sogar eine Verpflichtung, "Entspannungspolitik zu betreiben, wenn dadurch berechnete Interessen nicht beeinträchtigt werden."

Bleibt nur zu hoffen, daß im Wege der geistig-moralischen Erneuerung solcherlei Literatur auch Anklang bei den Verantwortlichen findet.

Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung

Ein Heer mißmutiger Greise?

“Wenn das gesamte Arbeitsvolumen bei den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht ausreicht, um allen Arbeitnehmern eine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten, dann muß die Arbeit so verteilt werden, daß jeder die Chance hat, eine gesellschaftlich nützliche Tätigkeit auszuüben.” – “Arbeitsverkürzung, in welcher Form auch immer, ist ein untaugliches, ja sogar kontraproduktives Instrument zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.”

Zwei Zitate, eines von Erich Herrmann vom Vorstand der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, und eines aus einem Flugblatt der “Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V.” machen die Grenzlinien der Befürworter und der Gegner der allseits diskutierten Arbeitszeitverkürzung deutlich.

Die Gewerkschaftsbewegung kehrt zurück zu den Wurzeln: Bereits in der Gründerzeit im vergangenen Jahrhundert stand mit der Forderung, die Arbeiter “nur noch höchstens” zwölf Stunden in die Betriebe zu zwingen, Arbeitszeitverkürzung im Vordergrund und ist seitdem – wenn auch bislang meist unter dem Aspekt menschenwürdiger Arbeitsbedingungen – stete Forderung und mühselig, aber oft erfolgreich verfochtenes Ziel. Nach dem Kampf um eine “normale Arbeitszeit” und den freien Sonntag – in langen Arbeitskämpfen um die Jahrhundertwende erreicht – war der erste große Fortschritt die Einführung der 48 Stunden Woche: 1918 durchgesetzt von der Sozialdemokratie unter wesentlichem Beistand der Gewerkschaften. Dies war im übrigen bis heute die letzte gesetzliche Arbeitszeitregelung. Die Nazis, die jede Hand für ihre Rüstungsmaschinerie brauchten, zementierten 1938 noch einmal die 48 Std./6-Tage-Woche mit großzügigen Regelun-

gen für Mehr- und Schichtarbeit.

Einen neuen Anlauf zu kürzerer Arbeitszeit unternahmen die organisierten Arbeiter in den fünfziger Jahren: Mit dem Slogan “Samstags gehört Vati mir” wurde die Kampagne um die 40-h-Woche eingeleitet. Es dauerte bis Mitte der sechziger Jahre, bis sich die 5-Tage-Woche gegen die Formel $6 \times 8 = 48$ und damit gegen die 6-Tage-Woche allgemein durchsetzte.

Ein langer Weg, der sich in manchen Bereichen nur schrittweise realisieren ließ: In der Druckindustrie sank die tarifliche Wochenarbeitszeit im Oktober 1956 von 48 auf 45 Stunden und ab 1963 kontinuierlich in Halbjahresschritten, bis schließlich im Oktober 1965 die 40-Stunden-Woche Realität war.

Die Geschichte zeigt, daß Erfolge bei der Arbeitszeitverkürzung seit 1918 immer gewerkschaftliche Erfolge waren, die gesetzliche Arbeitszeitregelung ist seit der Weimarer Republik nahezu unverändert. Folgerichtig, wenn auch gegenüber der

Kampagne der fünfziger Jahre unter veränderten ökonomischen Vorzeichen, unternahmen die Gewerkschaften in einer Zeit von 2,5 Millionen Arbeitslosen einen erneuten Anlauf. Die IG Metall wird nach eigenem Bekunden “mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche in die Tariffbewegung 83/84 gehen”. Welche Tabugrenzen von den Arbeitgebern dagegen aufgebaut sind, zeigt nicht nur die Kampfansage der Marktwirtschaftsideologen der anfangs zitierten ASM. Das Institut der deutschen Wirtschaft bemüht sich mit einer 47-seitigen Hochglanzbroschüre, scheinbar schlagkräftige ökonomische Gegenargumente ins Feld zu führen.

Die Arbeitgeber bauen ihre Hauptverteidigungslinie um folgende Argumentation: Die seit Anfang der siebziger Jahre beträchtliche Verteuerung der Produktionskosten (wobei die Kostensteigerung des Produktionsfaktors Arbeit besonders beklagt wird) habe nicht nur zu einer Ertrags- und Investitionsschwäche geführt, sondern auch viele Arbeitsplätze zu teuer werden lassen. Arbeitszeitverkürzung bringe einen Ausfall an Produktion und eine weitere Zunahme der Kosten. Ausweg sei einzig die Rationalisierung und dort, wo Rationalisierung nicht weiter möglich sei, würde die wirtschaftliche Entwicklung weitere Arbeitsplätze kosten.

Fazit: “Die tarifvertragliche Arbeits-



Kampf um Arbeitszeitverkürzung, die Gewerkschaften kehren zu ihren Wurzeln zurück

zeitverkürzung ist im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kein taugliches Instrument. Denn wie eine Kürzung auch immer aussehen mag: Sie steigert die Kosten und verschärft damit die Probleme, mit denen die Betriebe ohnehin zu kämpfen haben, und sie wirkt eindeutig kontraproduktiv dann, wenn sie zu einem Schrumpfen von Produktion und Einkommen führt. Eine Entlastung für den Arbeitsmarkt bringt sie nicht, unter Umständen verschärft sie sogar die Arbeitslosigkeit."

Gewerkschafter kann eine solche Argumentationskette nach der Parole "Arbeitszeitverkürzung nein — weil nicht sein kann, was (für den Arbeitgeber) nicht sein darf" nicht überzeugen. Ökonomen auch nicht. Mitarbeiter des gewerkschaftseigenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in Düsseldorf verdeutlichen die Beweggründe der Arbeitgeber für ihre starre Haltung in Sachen Arbeitszeitverkürzung: "Menschliche Arbeit(zeit) wird an die rentabilitätsorientierten Erfordernisse der Produktion angepasst. Der Widerstand gegen Arbeitszeitverkürzung nimmt in dem Maße zu, wie diese erstens zur Verknappung des Arbeitskräfteangebots beitragen und zweitens eine flexible Personaleinsatzplanung erschweren."

Die Arbeitnehmer-Ökonomen plädieren auch für mehr Ehrlichkeit im Streit miteinander, indem sie Verständnis aufzubringen versuchen für die Arbeitgeberseite: "Gewichtiger als Kostenaspekte müssen aus Arbeitgebersicht die unterschiedlichen Wirkungen auf die Angebots-Nachfrage-Reaktion auf dem Arbeitsmarkt erscheinen".

Ohne Zorn wird festgestellt, was dem



Vorwärts

Gegner nützt, daß z.B. auf der Arbeitgeberseite "die Existenz einer industriellen Reservearmee als durchaus funktional" angesehen wird. Und weiter: "Nützlich ist eine Arbeitskräftereserve in mehrerlei Hinsicht: Erstens bietet ein reichhaltiges Arbeitskräfteangebot stets günstige Voraussetzungen, schnell und flexibel auf wirtschaftliche Expansionen und strukturellen Wandel zu reagieren. Zweitens läßt sich die strukturelle Zusammensetzung der Belegschaften besser und gezielter nach Leistungs- und Verhaltenskriterien

ausliehen. Und drittens verschieben sich die strategischen Verhandlungspositionen weiter zugunsten der Arbeitgeber."

Der Widerstand ist also erklärbar —



Fließbandarbeit: Fluch oder Fortschritt?

doch lassen sich die wirtschaftlichen Argumente schlüssig widerlegen? Relativ einfach haben es die Gewerkschaften den Arbeitgebern bisher mit der schlichten Forderung nach "Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich" gemacht. Diese Bastion — wohl eher für die eigenen Mitglieder und deren Portemonnaies aufgebaut — wird zunehmend durch realistischere Positionen ersetzt.

Man spricht auf Gewerkschaftsseite offen von den Kosten, die bei einer Arbeits-

Arbeitszeitverkürzung — sinnlos, weil zu teuer?

Eine Politik der "kleinen Schritte" würde nach Ansicht der Gewerkschaften nicht zu dem erwarteten Beschäftigungseffekt führen, sondern (so IG-Chemie Chef Rappel) "ganz im Gegenteil die betroffenen Arbeitnehmer über schärferen Rationalisierungsdruck erhöhten gesundheitlichen Gefahren aussetzen". Für die Gewerkschaften ist nur eine Arbeitszeitverkürzung in "großen Sprüngen" erfolgversprechend.

Tatsache ist, daß durch stundenweise Arbeitszeitverkürzung keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden kann. Die "Milchmädchenrechnung" (1 Std. Arbeitszeitverkürzung = 2,5 % Arbeitsvolumen = 0,6 Millionen Arbeitsplätze) geht nicht auf: Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat für die Zeit von 1973 - 79 den Bruttobeschäftigungseffekt der Arbeitszeitverkürzung (der eintreten würde, wenn jede Arbeitszeitverkürzung zu einer entsprechenden Zahl von Neueinstellungen führen

würde) berechnet und festgestellt, daß durch Produktivitätssteigerungen (aufgrund der Arbeitszeitverkürzung), durch Erhöhung der Arbeitsintensität und durch Organisationsänderungen der tatsächliche Nettoeffekt auf 57 % geschmolzen ist.

Weiter noch: Ein Teil dieser zusätzlichen Beschäftigung hat die "stille Reserve" derjenigen, die nicht arbeitslos gemeldet waren, aufgefangen. Ergebnis: Der eigentliche Arbeitslosenentlastungseffekt betrug für den Untersuchungszeitraum 38 %. Es ist fraglich, ob diese Zahl auch für die derzeitige Situation zutrifft, denn eine Erhöhung der Arbeitsintensität und Organisationsänderungen wie in den siebziger Jahren sind heute kaum noch möglich, und die "stille Reserve" dürfte auch wesentlich geringer sein als vor fünf bis zehn Jahren. Selbst wenn diese 38 % das letzte Wort sein sollten; bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden würden über 1,1 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

zeitverkürzung zu zahlen sind — und wer sie zu zahlen habe (siehe Kasten "Arbeitszeitverkürzung — sinnlos, weil zu teuer?"). Die Diskussionsbereitschaft der Gewerkschaften drängt die starren Gegner einer jeden Änderung zunehmend ins Abseits. Auch die parlamentarischen Bataillone der Unternehmer beginnen, wenn auch widerstrebend, darüber nachzudenken, daß man Arbeit neu verteilen muß.

Unter dem Druck anhaltend hoher Ar-

Fortschritt weitergeben

"Ich bin vielmehr der Meinung, daß es sinnvoll ist, die hohen Produktivitätsfortschritte, die wir zur Zeit haben, nicht nur den Unternehmen zugute kommen zu lassen, sondern teilweise auch in Form von kürzerer Arbeitszeit an die Beschäftigten weiterzugeben." (Hans-Jürgen Krupp, Mitglied des Sachverständigenrates und im "Vormärz" wirtschaftspolitischer Berater des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel)

Lohnkostenzuschuß

"Ich stelle mir vor, daß diese Regelung ein Angebot des Staates beinhaltet, bei einer tariflich vereinbarten Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 36 oder 35 Stunden einen finanziellen Beitrag zur Deckung der Kosten von Neueinstellungen zu leisten. Im einzelnen könnte die Regelung so aussehen, daß der Arbeitgeber, der das durch die Arbeitszeitverkürzung frei gewordene Arbeitsvolumen durch Neueinstellungen ersetzt, für einige Jahre einen 50-%igen Lohnkostenzuschuß der Bun-



Hermann Rappe: nicht umsonst desanstaht für Arbeit erhält (der im übrigen aus dem eingesparten Arbeitslosengeld finanziert werden könnte!). Der restliche Teil der Kosten müßte im Rahmen der Tarifverträge beim Ausmaß der Lohnerhöhungen berücksichtigt werden. ... Arbeitszeitverkürzungen in diesem Ausmaß gibt es tarifpolitisch nicht umsonst." (Hermann Rappe, SPD-MdB und Vorsitzender der IG Chemie)



Arbeitsminister Blüm, Arbeitslose: Lieber weniger als gar keine Arbeit

beitslosigkeit erkennt man periphere Aufweichungserscheinungen. Das Institut der deutschen Wirtschaft argumentiert zwar aus dem Vollen gegen "Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich", macht aber vorsichtigerweise gleich dahinter die Rechnung auf, daß auch Arbeitszeitverkürzungen ohne diese Bedingung keinen rechten Nutzen hätten: Der "gesamte Spielraum, der für kostenneutrale Lohnerhöhungen und andere soziale Verbesserungen, einschließlich Arbeitszeitverkürzungen zur Verfügung" stehe, mache gerade 2,5 % (= Zunahme der Arbeitsproduktivität im Jahr) aus. Diese 2,5 %, würde man sie in die Arbeitszeitverkürzung stecken, böten natürlich keinen Spielraum mehr für Lohnerhöhungen. Und hier erhebt das Institut seine warnende Stimme: Ob denn die Arbeitnehmer mehr Freizeit durch "weniger Einkommen und Konsum" einhandeln möchten? Ein geschickter Dreh: Der Verzicht auf Nominallohnsteigerung (von Reallohnsteigerung ist ja seit zwei Jahren keine Rede mehr) wird in dramatische Einkommensverluste umgedeutet. Als ob der Arbeiter nach der Arbeitszeitverkürzung tatsächlich "weniger" in der Lohntüte hätte. In Wirklichkeit hat er eben nicht "mehr", aber daß Arbeitnehmer ein Solidaropfer für ihre arbeitslosen Kollegen bringen könnten, dieser Gedanke paßt nicht in Unternehmerköpfe.

Die Schwarzmalerei in Sachen Wochenarbeitszeitverkürzung und die mißtrauischen Blicke auf gewerkschaftliche Überlegungen (Zitat: "... die angesichts des bekannten Standpunktes der Gewerkschaften rein theoretische Frage nach den Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung wirklich ohne jeden Lohnausgleich ...") weichen einer moralisierenden

Betrachtung, wenn es um Lebensarbeitszeitverkürzung geht: "Die 'Alten' — unter moralischem Druck?" — "Zwangspensionierung" — "... durch Frühpensionierung ein Heer mißmutiger Greise .."

Arbeitszeitverkürzungen sind also aus Arbeitgebersicht nicht nur sinnlos und ökonomisch schädlich, sondern auch arbeitspsychologisch fragwürdig. Das heißt aber nicht, daß Unternehmer keine Phantasie hätten, was den zukünftigen Arbeitsmarkt angeht. Nur muß die Frage nach dem "cui bono" richtig beantwortbar sein: "Gute Beispiele sind das Job-Sharing (zwei Beschäftigte teilen sich einen Arbeitsplatz) und das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen", denn diese Regelungen können "betriebsindividuell, also maßgerecht geschneidert und damit sinnvoll in die Betriebsstruktur eingepaßt werden". Was für die Betriebe gut ist, ist es auch gut für die Arbeitnehmer? Die Wissenschaftler des DGB entdecken den Pferdefuß des Arbeitgeberangebots: Alle Arten der flexiblen und individuellen Arbeitszeitregelung "können dadurch allgemein charakterisiert werden, daß sie durchweg zu Lasten der Beschäftigten gehen".

Als Fazit der Diskussion um Arbeitszeitverkürzung bleibt: Die verhärteten Fronten müssen durchlässig, die Tabus abgebaut werden. Es geht nicht nur um die statistische Zahl der Arbeitsplätze, es geht daum, ob sich eine hochentwickelte Industrienation über 2 Millionen Dauerarbeitslose leisten kann, ohne daß es zu gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen kommt, deren politische Folgen zwar denen der späten zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts nicht exakt entsprechen müssen — aber Ähnlichkeiten wird man schon vorfinden können.

Nicaragua in der Medienberichterstattung

Ost-West-Denkgewohnheiten

Der Frankfurter-Rundschau-Mitarbeiter Anton-Andreas Guha hat kürzlich (FR 29.4.83 sowie am folgenden Tag in der Deutschlandfunk-Sendung "Informationen am Mittag") das politische Geschehen in Mittelamerika und die Politik der USA gegenüber dieser Region in einer Weise kommentiert, wie man sie in bundesdeutschen Medien keineswegs alle Tage zu lesen oder zu hören bekommt.

Ausgehend von Reagans Erklärung, Mittelamerika sei der "Vorgarten der USA" und daher für die Sicherheit der USA und der "freien Welt" besonders wichtig, bemerkt Guha: Die gegenwärtige, fast ausschließlich an militär- und machtpolitischem Denken orientierte Mittelamerika-Politik der US-Regierung sei keineswegs eine Erfindung des "Cowboys" Ronald Reagan; vielmehr fuße sie auf einer langen, bis in die Zeit der Monroe-Doktrin von 1823 ("Amerika den (US-) Amerikanern!") zurückreichenden außenpolitischen Tradition.

Seit jener Zeit hätten die USA immer wieder die lateinamerikanischen Staaten mit militärischen und sonstigen Machtmitteln unter Druck gesetzt, um die dortigen Verhältnisse und Entwicklungen im Sinne ihrer eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen zu beeinflussen. Freilich hätten frühere US-Präsidenten dies nicht, wie Reagan, unter dem Zeichen eines gottgewollten "Kreuzzugs gegen den Kommunismus" getan; vielmehr hätten sie mit "geradezu entwaffnender Nüchternheit" postuliert, daß interveniert werden müsse, wenn das "Kapital unserer fleißigen Bürger bedroht sei. Guha hält es für möglich, daß auch Ronald Reagan ("unwissentlich") ein Sprachrohr solcher Kapitalinteressen ist.

Sicher, Guhas Erkenntnisse und Überlegungen sind keineswegs brandneu. Man kann das alles ausführlich in Büchern wie "Die offenen Adern Lateinamerikas" (von dem Uruguayer Eduardo Galeano) oder "Lateinamerika, Hinterhof des US-Imperialismus" (von Sergio Arce Martinez) nachlesen, die schon seit zehn bis fünfzehn Jahren in deutscher Übersetzung vorliegen.

Umso befremdlicher muß es erscheinen, daß hierzulande die meisten Politiker und Medienleute anscheinend von solchen Hintergrunddarstellungen bis jetzt kaum Notiz genommen haben. Sonst könnten sie wohl schwerlich immer wieder sagen oder schreiben, unsere amerikanischen Verbündeten seien "auf tragische Weise in die Probleme und Konflikte La-

teinamerikas verwickelt", oder gar: in ihrem aufrichtigen und ehrenwerten Bestreben, Freiheit, Demokratie und andere edle Werte der "westlichen" Welt vor den drohenden Gefahren des Weltkommunismus zu schützen, ließen sich die Amerikaner "naiver- und ungeschickterweise" leider immer wieder dazu verleiten, den kommunistischen "Teufel" mit Hilfe reaktionärer oder gar faschistischer "Beelzebuben" fernhalten zu wollen.

Besagte Politiker und Medienleute würden sich dann vielleicht auch nicht mehr damit begnügen, in der Reagan-Präsidentschaft nur so eine Art "Panne" in der politischen Geschichte der USA zu sehen — haben sich doch auch unter Präsidenten wie Eisenhower, Johnson, Nixon

diese derzeit die Lösung von allerlei inneren Problemen für vordringlicher hält als "freie Wahlen", oder weil die Sandinisten die Privilegien der Reichen zugunsten sozialer Verbesserungen für das Riesenheer der armen und unterprivilegierten Mitbürger beschnitten haben oder vielleicht noch weiter beschneiden! Vielleicht würde man sich dann auch mehr Mühe geben, die innere und äußere Situation eines Landes wie Nicaragua und die sich daraus ergebenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten besser zu verstehen.

Was also eine sachgerechte Behandlung solcher für die politische Meinungsbildung so wichtigen Fragen angeht, so läßt der größte Teil unserer Medienwelt da noch immer allerhand zu wünschen übrig — und zwar nicht nur der größte Teil unserer Presseorgane, sondern auch unsere öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunk- und Fernseheinrichtungen, in deren Statuten doch eine besondere Verpflichtung zum Sich-Einsetzen für Wahrheit und Objektivität, für soziale Gerechtigkeit und internationale Verständigung



Von den USA unterstützte Exil-Nicaraguaner: "außenpolitische Traditionen"

und Ford — ja sogar unter so sympathisch wirkenden Demokraten und Menschenrechtsaposteln wie John F. Kennedy und Jimmy Carter — genügend Dinge ereignet, die sich durchaus mit der Reaganschen Mittelamerikapolitik vergleichen lassen, z.B. der Vietnam-Krieg, die Militär- und CIA-Aktionen zum Sturz progressiver Regierungen in Guatemala, Chile und der Dominikanischen Republik, die Unterstützung des Schah-Regimes im Iran und des Somoza-Regimes in Nicaragua, die Schweinebucht-Aktion gegen das Kuba Fidel Castros usw.

Andererseits: Hätten besagte Politiker und Medienleute sich eingehender mit den Ausführungen von Sachkennern wie Galeano und Arce Martinez beschäftigt, dann würden sie vielleicht auch nicht immer wieder eine Regierung wie diejenige der Sandinisten in Nicaragua als "zunehmend undemokratisch" tadeln, weil

verankert ist.

Das hängt — abgesehen von gewissen, noch immer bei uns nachwirkenden "eurozentristischen" Denktraditionen — weitgehend mit dem allgemeinpolitischen Klima zusammen, das sich vor allem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bei uns und in vielen anderen "westlichen" Ländern herausgebildet hat — also nicht zuletzt mit der weitverbreiteten Gewohnheit, das Weltgeschehen weitgehend in das Denkschema des "Ost-West-Konflikts" einzuordnen, also auch ein Denken in "Freund-Feind-Kategorien".

Deshalb sträubt man sich bei uns weitgehend dagegen, den USA eine "imperialistische" oder "brutal-repressive" Politik zuzutrauen — sind doch schließlich die US-Amerikaner unsere engen Freunde und Verbündeten, mit denen wir im gemeinsamen Kampf für die Verteidigung unserer "westlichen Wertegemeinschaft"

(CDU-Vokabular) verbunden sind, deren Hilfe wir — wie uns immer wieder eingetrichtert wird — unseren wirtschaftlichen Wiederaufschwung nach dem letzten Weltkrieg und unsere "Zugehörigkeit zur Gemeinschaft des freien Westens" zu verdanken haben. So kam es, daß nicht nur unsere Politiker, sondern auch die meisten Medienleute in unserem Land sich bei der Darstellung der USA-Politik in verschiedenen Weltregionen bewußt oder unbewußt mit "Glacehandschuhen" versehen und sich auch heute noch weitgehend damit versehen, sieht man einmal von einigen besonders scharfsinnigen und couragierten Journalisten wie Anton-Andreas Guha ab.

Unsere Medien haben sich lange Zeit hindurch herzlich wenig dafür interessiert, was die politischen und sozialen Probleme und Mißstände in einer Region wie Mittelamerika betrifft. Man sprach allenfalls von "Bananenrepubliken, in denen alles drunter und drüber geht". Während der fünfziger und sechziger Jahre war das Augenmerk unserer Medien — ganz im Sinne jenes Ost-West- und Freund-Feind-Denkens — hauptsächlich auf tatsächliche oder vermeintliche Mißstände in Ländern des "Ostblocks" oder des "kommunistischen Totalitarismus" fixiert; dort registrierte man sorgfältig und kontinuierlich jeden Fall von Repression oder Menschenrechtsverletzungen, von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vom Versagen staatlicher Stellen oder von oppositionellen Regungen. Seitdem hat sich dieses Ungleichgewicht um einiges verringert, nicht zuletzt dank dem weltweiten Echo, welches die politischen Bewegungen in verschiedenen Teilen der Dritten Welt gefunden haben, und nicht zuletzt auch dank den politischen Klimaveränderungen, welche sich seit der APO-Zeit auch in unserem eigenen Land ergeben haben. Aber zu spüren ist solches Ungleichgewicht auch heute noch vielfach (man vergleiche z.B. Polen einerseits, Türkei oder Mittelamerika andererseits). Jene antikommunistisch ausgerichteten "Ost-West"-Denkgewohnheiten bringen es auch mit sich, daß viele Journalisten auch heute noch für oppositionelle Strömungen in Ostblockländern weit mehr Interesse und Aufgeschlossenheit zeigen als für "linke" Oppositions- oder Befreiungsbewegungen (für letztere wird auch heute manchmal noch die diskriminierende Bezeichnung "Extremisten" verwendet). Besonders negativ wirkt sich diese Einstellung auf die Information über die Entwicklung in Nicaragua aus, aber auch in den Fällen Guatemala und El Salvador dürfte sie es vielen Bürgern unseres Landes schwer machen, sich ein konkretes Bild von der dortigen Situation zu machen, etwa von den Verhältnissen in den von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebieten El Salvadors.

Hans-Georg Koll

Der maschinenlesbare Personalausweis:

„Man lese und staune“

Ihr Siegeszug ist kaum mehr aufzuhalten. Jene Plastikkarten mit Magnetstreifen, die als Sesam-öffne-dich für die Zufahrt zur Tiefgarage, als Türöffner im Büro, als Scheckkarte für den Geldautomaten und den Kontoauszugsdrucker scheinbar unser Leben erleichtern.

Alle diese Karten enthalten kodierte Informationen über den Inhaber, so daß der Computer genau weiß, wann Sie die Tiefgarage benutzen, wann und wie oft der Angestellte im Büro zur Toilette geht, wann und wo Sie Ihr Geld abheben etc. etc.

Bei diesen Segnungen der Technik will auch der Staat nicht länger zurückstehen und deshalb gibt es ab 1.11.84 den neuen, maschinenlesbaren Personalausweis.

Bald wird dann auch die Polizei flächendeckend mit kleinen, handlichen "Lesegeräten" ausgerüstet sein, die über Funk mit dem Zentralcomputer verbunden sind. Und ausweispflichtig sind nach § 1 des neuen Gesetzes alle Deutschen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und der allgemeinen Meldepflicht unterliegen.

Da das Gesetz aus sozial-liberalen Zeiten stammt, wurde Datenschutz natürlich groß geschrieben. Fast ein Drittel des gesamten Gesetzestextes steht unter der Überschrift "Datenschutzrechtliche Bestimmungen". Und da heißt es vertrauens-erweckend in § 3 Abs. 1:

"Der Personalausweis und der vorläufige Personalausweis dürfen weder Fingerabdrücke noch verschlüsselte Angaben über

die Person des Inhabers enthalten. Die Serien-Nummer darf keine Daten über die Person des Ausweisinhabers oder Hinweise auf solche Daten enthalten."

Aber die folgenden Absätze des § 3 hebeln diesen hehren Grundsatz aus. Danach dürfen die Personalausweisbehörden (Meldeämter) die Serien-Nummer zur "Erschließung ihrer Dateien" verwenden, wobei man wissen muß, daß zwischen Polizei und Meldeämtern ein regelmäßiger Datenaustausch stattfindet.

Ferner darf der Personalausweis zur automatischen Einrichtung oder Erschließung von Dateien zum Zwecke der Grenzkontrolle und der Fahndung aus Gründen der Strafverfolgung und — man lese und staune — der Gefahrenabwehr verwendet werden. Damit ist der ganze Bereich polizeilicher, ordnungsbehördlicher und geheimdienstlicher Tätigkeit abgedeckt. Die Serien-Nummer erfüllt damit voll und ganz die Funktion der als verfassungsrechtlich bedenklich eingestuften Personen-Kennziffer. Einmal mehr verbergen sich hinter der Überschrift "Datenschutz" in Wahrheit Datenweitergabermächtigungsbestimmungen.

Wie das Volkszählungsgesetz ein Produkt aus dem Hause Baum. Innenminister Zimmermann wird seine Freude daran haben.

Die Rechtsverordnung zur Bestimmung der Muster der neuen Personalausweise hat er bereits erlassen.

Hanspeter Knirsch

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND / FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

PASSKARTE
PASSPORT CARD

Typ/Type: P Land/Country Code: D-- Karten-Nr./Card no.: 643404711

Nachname/Surname: MUSTERMANN
Vorname/Given names: RENATE
Nationalität/Nationality: DEUTSCH/GERMAN
Geburtsdatum/Date of birth: 5 AUGUST 58
Geburtsort/Place of birth: F BONN
Ausstellungsdatum/Date of issue: 2 JANUAR 78
Gültigkeitsdatum/Date of expiry: 2 JANUAR 83

Unterschrift des Inhabers/Holder's signature: Hüter Renate Mustermann

PD..643404711MUSTERMANN.RENATE.....
.....D..050858*.....F020178*12P

1984 kommt der EDV gerechte Personalausweis

DDR Staatsbürgerschaft

Anstoß in der Ostpolitik

Als die Jungdemokraten auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz 1980 die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft forderten, rückte FDP-Chef Genscher die Jungdemokraten "in eine nie dagewesene Ferne von der FDP". Thilo Schelling wurde damals zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der DJD mit dem Ressort Frieden und Internationales gewählt und rechtfertigte die Position der Jungdemokraten seitdem in vielen Debatten. Er zeichnet die Entwicklung dieser Diskussion und damit die Entwicklung der Deutschlandpolitik in den vergangenen Jahren nach. Heute ist Schelling stellvertretender Vorsitzender der Liberalen Demokraten, die auf ihrem Parteitag in Kassel Anfang Mai einen Antrag zur Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft beschlossen.

Die Ortsbeschreibung der Jungdemokraten zur Zeit der Bundesdelegiertenkonferenz von Grünberg – vorgenommen vom Bundesaußenminister dieser Republik – muß niemanden mehr schrecken.

Zur Erinnerung: Es ging um die Frage der DDR-Staatsbürgerschaft und damit des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander.

Zur weiteren Auffrischung der Erinnerung: Nicht erst, seit Genscher am Kabinettschreibtisch Strauß und die Seinen (die er zum monatlichen Rapport nach München bestellt hat) Platz genommen haben, läuft in der Deutschlandpolitik nichts mehr.

Über kleine Nadelstiche hinaus, wenn einmal wieder eine Seite die Verletzung des Berlin-Abkommens durch die andere Seite rügt oder über das trüb-dünne Komunique des Schmidt/Lambsdorff-Besuches am Werbelin-See hinaus, hat es keine qualitativen Schritte und Veränderungen gegeben.

Im Gegenteil: Eine gemeinsame Entschließung der Länderkultusminister zur Behandlung der deutschen Frage im Schulunterricht las sich wie Originalton CDU und mal wieder fragte man sich, wie Sozialdemokraten daran wohl mitgewirkt haben können. Diese Empfehlungen spürten die Jungdemokraten in ihrer internationalen Arbeit sofort. Sie waren eben wieder ein Stück Kalter Krieg.

In dieser Situation hatten die Jungdemokraten den Versuch unternommen, im Sinne von Entspannung und Verständigung und zur Ausfüllung des Geistes der Ostverträge vertrauensbildende Schritte anzuregen und überhaupt Bewegung in diese Diskussion zu bringen.

Uns kam es damals nicht darauf an, einen staatsrechtlich wasserdichten Gesetzesentwurf vorzulegen (das kann auch nicht Aufgabe eines politischen Jugendverbandes sein), sondern wir wollten eine politische Forderung erheben, die uns diskussionsreif schien.

Günter Gaus hatte diese Frage als Leiter der Ständigen Vertretung im "Stern" in unserem Sinne dargelegt und diskutiert, im zuständigen Bundesfachausschuß der FDP wurde sie unter Leitung William Borms diskutiert, im zuständigen NRW-Landesfachausschuß unter dem Vorsitz

von Cordes Koch-Mehrin wurde ein Beschluß des Inhalts der DJD-Bundesdelegiertenkonferenz gefaßt, der vom FDP-Landesvorstand allerdings "kassiert" wurde.

Als im Februar 82 Werner Lutz als DJD-Chef eine Delegation in der DDR leitete, wurden auch diese Probleme diskutiert. In Gesprächen – u.a. mit dem 1. Sekretär der FDJ, Egon Krenz – zu denen streitig Standpunkte dargelegt wurden, kam der Anteil der Jungdemo-



Hemmnis für mehr Durchlässigkeit: Streit um die Anerkennung der Staatsbürgerschaft

kraten am Entspannungsprozeß sehr deutlich zur Geltung. Dies berücksichtigend nutzte Krenz den Empfang für Werner Lutz dazu, der Presse mitzuteilen, daß die DDR ab sofort einen Jugend-touristischen Austausch in großer Zahl anbiete. Die Modalitäten sind inzwischen vertraglich mit dem Bundesjugendring geregelt, die ersten Jugendgruppen von hüben wie drüben haben ihre Besuche gemacht.

Aber die Zeiten haben sich geändert:

Diejenigen, die in der FDP für konkrete Schritte in der Entspannungs- und Deutschlandpolitik eingetreten sind, haben diese Sorte Genscher-Liberalismus verlassen (William Borm und Cordes Koch Mehrein leiten heute Fachausschüsse der Liberalen Demokraten) oder haben sich andienend zur Unkenntlichkeit verformt (was dann zu Kampfkandidaturen Ronneburger gegen Hirsch um einen stellvertre-

tenden Bundestagsfraktionsvorsitz führt).

Genscher und die FDP rühmen sich, gegen die immer dreisteren Störmanöver aus München das Bollwerk zu sein und hoffen (von Landtagswahl zu Landtagswahl verzweifelter), daß die Bürger vergessen daß diese FDP es war, die es fertiggebracht hat, daß die Kalte-Kriegs-Sirenen der CSU überhaupt Relevanz besitzen. Ohne die "Wende": würde Strauß im Bayern-Kurier und im Deutschlandmagazin seine Schlicht-Analysen von Gut und Böse in dieser Welt verbreiten dürfen. Heute dagegen – durch Genscher – hat man ihn real zu fürchten.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten, auf der alle diplomatischen Gäste in einem Gesprächskreis mit William Borm und Uli Krüger zusammengekommen waren, umrissen diese beiden das deutschlandpolitische Engagement der LD. Krüger kündigte an, daß die Liberalen Demokraten aktiv in die deutschlandpolitische Diskussion mit eigenen Vorschlägen eingreifen würden. Zugleich bot er der Liberaldemokratischen

Partei der DDR – bei allen Unterschieden im Selbstverständnis dieser Parteien – Gespräche über den Fortgang der Entspannungspolitik an. So werden Krüger und Borm noch in diesem Jahr zu Gesprächen in die DDR reisen.

Vor diesem Hintergrund sind Aktivitäten in der Partei in Richtung auf neue Anstöße in der Ostpolitik zu sehen:

- Frontstellung zu Zimmermanns Verständnis der Ostverträge (mühsam von Kohl gekittet)
- Unterstützung vertrauensbildender Schritte mit der Volksrepublik Polen (die Vertriebenenverbände bekommen wieder Oberwasser)
- Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft für die Bundesrepublik Deutschland und die DDR
- Vorschlag eines Friedensvertrages zur

Regelung der Verhältnisse in Europa.

All dies sind Schritte, die voller Gutwilligkeit im Bestreben um Verständigung unternommen werden. Wenngleich m.E. kein einziger Staat in Europa an einem Friedensvertrag interessiert ist und dieser schon an der Teilnehmerfrage scheitern dürfte, so drückt doch auch dieser Vorschlag das Bemühen nach neuen Schritten aufeinander zu aus.

Daß wir bei der Frage der Regelung der Staatsbürgerschaft peinlich genau auf die Rechte der Berliner im Westen der Stadt achten, versteht sich. Wir respektieren, daß nach dem Vier-Mächte-Abkommen West-Berlin nicht Bestandteil der Bundesrepublik ist; dort ist aber auch festgeschrieben, daß gewachsene Bindungen fortbestehen sollen (einmal ganz davon abgesehen, daß unsere Kolleg(inn)en im LV West-Berlin der aktivste Landesverband überhaupt sind und wir aus ganz parteiegoistischen Gründen unsere Parade-truppe brauchen).

Aber im Ernst: Der Einsatz für die Entspannungspolitik — so "unaktuell" er gerade jetzt erscheint — ist nötiger denn je.

In diesem Jahr werden wir in bilateralen Gesprächen, in Programmanstößen, in Studienreisen unser Engagement umsetzen. Der gute Kontakt zu den Botschaften und die Austauschprogramme sind hier Ausgangspunkte für Aktivitäten auch des einzelnen Mitglieds.

Interessanten an internationalen Maßnahmen — an Entspannungspolitik konkret — mögen sich in der Bundesgeschäftsstelle der Liberalen Demokraten melden.

Beschluß des III. Parteitages der Liberalen Demokraten am 1. Mai 1983 in Kassel:

Neuregelung der Staatsbürgerschaft

1. Unter der Voraussetzung des Fortbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit ist eine Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland neu einzuführen, die — dem britischen Vorbild von 1948 folgend — den deutschen Staatsangehörigen mit Wohnsitz in der DDR oder in den Oder-Neiße-Gebieten das Recht einräumt, nach Verlegung des Wohnsitzes in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin diese nach Abgabe einer entsprechenden Erklärung zu erwerben.
2. Im Rahmen der Neuregelung des Staatsangehörigenrechts ist daher der Deutschen-Begriff des Grundgesetzes, Artikel 116, im folgenden Sinn neu zu bestimmen: "Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, wer die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik besitzt".
3. Im Einvernehmen mit den Alliierten und der DDR ist sicherzustellen, daß diese Neuregelung der Staatsbürgerschaft das Gebiet Berlins (West) vollständig miteinbezieht.
4. Die Staatsbürgerschaft der DDR ist anzuerkennen.

Bildung gegen den Modetrend

"Mehr Bildung, mehr Arbeitsplätze — Notwendigkeiten einer bildungspolitischen Offensive?" hieß das Motto eines zweitägigen Kongresses der Liberalen Demokraten am 14./15. Mai in Bremen. Über 80 Teilnehmer der Fachkonferenz, darunter zahlreiche interessierte LD-Mitglieder aus dem ganzen Bundesgebiet, debattierten zwei Tage darüber, wohin die bildungspolitische Reise gehen solle.

LD-Sprecher Prof. Dr. Hans-W. Alberts: "Darum haben wir Referenten eingeladen, die durchgerechnet haben, wie man bildungspolitische Reformvorstellungen und Lehrerbeförderung trotz leerer öffentlicher Kassen schaffen könnte." So malte denn Peter Grottian von der Universität Berlin das Bild einer utopischen Tarifrunde, als er ausführte, Bundesinnenminister Zimmermann habe soeben das Ergebnis der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst bekanntgegeben. *Anm. der Redaktion: Wir werden Grottians Ausführungen in der nächsten Ausgabe der LD dokumentieren.*

Danach werde ab sofort die 37-Stunden-Woche eingeführt, die unteren Lohngruppen erhielten vollen Lohnausgleich, für die oberen gäbe es eine Gehaltsminderung. Auf diese Weise wären bei Reinvestition der eingesparten Gelder 200.000 bis 300.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, ohne daß der Bürger zur Finanzierung von Arbeitsplätzen u.a. in den Problembereichen Schule, Hochschule und Sozialarbeit seinen Gürtel enger zu schnallen hätte.

Der Beifall des Auditoriums für Grottian offenbarte, daß die meisten Anwesenden durchaus Sympathie für die tabubrechenden Vorstellungen des Berliner Professors zeigten.

Der Bundesvorsitzende der Liberalen Demokraten, Ulrich Krüger, zeigte zu Beginn des Kongresses auf, worum es den Liberalen mit der Fachkonferenz ging: "... die Politik der Bildungsreform wieder aufzunehmen. Auch wenn der Modetrend gegenwärtig anders ist, wir stellen uns dieser Aufgabe und fordern die reformmüden Sozialdemokraten heraus." Die SPD, so ergänzte der Bremer Professor und Mitorganisator des Kongresses, Dr. Ziechmann, habe mit ihrer Schulpolitik einen vielversprechenden Anfang gemacht, sei aber in den Anfängen der Reform stecken geblieben. Und mit Blick auf Bremen fügte er mißbilligend hinzu, daß der Staat heute sogar Bürgerinitiativen stoppe, wie die Auseinandersetzungen um das Weiterbestehen der Bremer Kinderschule e.V. zeige.

Der zweite Gastredner, der in Minden emeritierte Bildungsökonom vom Berliner

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Friedrich Edding, fand es denn auch erstaunlich und erfreulich zugleich, daß sich eine Partei in der politischen Landschaft unserer Tage, zumal mitten in einem Landtagswahlkampf, die Zeit für Bildungsfragen nehme.

Edding sah umfassende Notstände, die die, von den Liberalen Demokraten geforderte bildungspolitische Offensive verlangen würden: das Stagnieren der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit, die Finanzlage, die Umweltverderbnis und die Kriegsgefahr. Diesen Übeln sei nicht beizukommen ohne eine Änderung der Denk- und Verhaltensweisen sowie der Kompetenz in der Breite der Bevölkerung.

Die Formel "Mehr und bessere Bil-



dung für breitere Kreise" sei deshalb eine richtige Antwort auf die allgemeinen Gefahren. Man müsse sich jedoch darüber klar sein, daß die Möglichkeiten direkter Wirkung von Bildungspolitik auf die Erhaltung und Vermehrung von Arbeitsplätzen begrenzt seien.

Mit Nachdruck redete Professor Edding daher dem Teilen von Stellen und der Umverteilung von Mitteln zugunsten der Weiterbildung das Wort und setzte sich für mehr Entfaltung, mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Chancen für örtliche Initiativen und mehr Autonomie der einzelnen Bildungseinrichtungen ein.

Es wird sich bereits am 25. September nach Schließung der Bremer Wahllokale zeigen, ob die "bildungspolitische Offensive" der Liberalen Demokraten die Bürger der Hansestadt überzeugen konnte. In Kürze wollen sich die Bremer Liberalen auf einer ähnlichen Fachtagung mit dem Thema "Gesundheitspolitik statt Krankheitspolitik" auseinandersetzen.

Frauen und Faschismus

Welche Rolle Frauen im deutschen Faschismus gespielt haben, ist bis heute – selbst in der Frauenbewegung – recht umstritten. Frauen hätten Hitler an die Macht gebracht; so heißt die eine These. Sie hätten ihn als charismatischen Führer verehrt, ihn umjubelt, sich in fanatischem Sieghell-Gebrüll ergangen. Nicht weniger laut wird allerdings auch eine andere These vertreten, nämlich die, Frauen hätten damals überhaupt nichts zu sagen gehabt, sie seien ausschließlich Opfer der frauenfeindlichen Ideologie und Politik der Nazis geworden. Faschismus sei allein Männersache gewesen.

Beide Thesen beschränken sich darauf, Zustände zu beschreiben. Sie sind daher beide sowohl richtig als auch falsch.

Natürlich hat es damals Frauen gegeben, die in hysterische Sieghell-Schreie ausbrachen, ohnmächtig wurden beim Anblick des Führers, Frauen, die dem Führer Kinder gebären wollten, Frauen, die ihre Männer und Söhne für den Führer an die Front schickten.

Aber auch die andere These läßt sich ebenso gut durch Dokumente belegen. Nachweislich waren alle wichtigen Positionen und Funktionen im "Dritten Reich" von Männern besetzt – und dies nicht zuletzt auch in den zahlreichen

war zwar in der Weimarer Verfassung bereits festgeschrieben, formalrechtlich also erreicht, die gesellschaftliche Realität sah jedoch (sieht ja bis heute zum Teil) ganz anders aus.

Während des 1. Weltkrieges waren Frauen als billige und verfügbare Arbeitskräfte in allen wirtschaftlichen Bereichen gebraucht und eingesetzt worden. Die meisten Frauen wurden jedoch nur als Hilfskräfte und – was besonders wichtig war – im allgemeinen "versicherungsfrei" beschäftigt, d.h. also ohne die Möglichkeit, sich einen eigenen Sozialversicherungsanspruch schaffen zu können.

Andererseits gelang es in dieser Zeit auch zahlreichen Frauen, in Stellungen zu gelangen, die ihnen normalerweise aufgrund ihres Geschlechts nicht zugänglich gewesen wären, z.B. als Lehrerinnen an Knabenschulen oder auch – nach Kurzausbildungen – als Fachkräfte bei Post, Bahn und öffentlichen Verwaltungen.

Durch die ersten Demobilisierungsverordnungen vom März 1919 und Januar 1920 über die "Freimachung von Arbeitsplätzen zugunsten der von der Front und aus den Kriegsgebieten heimkehrenden Männern" verloren allerdings Millionen von Frauen ihre gerade gewonnenen Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten schon wieder.

Die Berufstätigkeit der Frauen und damit ihre Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten blieben unsicher und den Schwankungen und Krisenentwicklungen der Wirtschaft in der ersten deutschen Republik ganz besonders stark unterworfen. Den allermeisten Frauen war und blieb es unmöglich, sich eine eigene materielle Existenz mit Aussicht auf Zukunftssicherung aufzubauen. Es ist daher kaum verwunderlich, daß sie sich – trotz der gemachten Erfahrungen, "ihren Mann stehen" zu müssen und zu können! – letztlich dann doch wieder an das althergebrachte Küche-Kinder-Kirche-Ethos zu klammern versuchten.

In den wachsenden Verteilungskämpfen der niedergehenden Weimarer Republik schien es eben dann auch für die Mehrzahl der Frauen keine Alternative zur verzweiferten Besinnung auf Haushalt und Familie zu geben. In den Emanzipationsbestrebungen der – vor allem gewerkschaftlich orientierten – Frauenbe-

wegung sahen die meisten Frauen daher auch eher eine Bedrohung als eine Möglichkeit der Befreiung.

Konservative Politiker münzten diese gesellschaftliche Abhängigkeit der Frauen schlaue in ein entsprechendes "Wertesystem" um, wonach die Familie als Keimzelle von grundlegender und bewahrender Bedeutung für die Gesellschaft sei. Sie suggerierten den Frauen, daß sie gerade in diesem familiären Bereich die wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben übernehmen und erfüllen könnten. Sich selbst gaben diese konservativen Politiker als die wahren Interessenvertreter dieser Frauen (-ideologie) aus, indem sie behaupteten, daß der Schutz der Familie nur durch sie gewährleistet würde, und die linken Parteien nur die Zerstörung der Familie betrieben.



Käthe Kollwitz 1924

Schon in der Weimarer Republik wirkte sich diese ideologische Verbrämung der tatsächlichen gesellschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten (wahl-erfolgreich für die konservativen Parteien aus.

Für die faschistische Partei NSDAP selbst haben allerdings bis 1930 weit weniger Frauen als Männer gestimmt und selbst noch 1932 votierten rund 2 % weniger Frauen als Männer für Hitlers Partei. Die Behauptung, daß die Frauen Hitler an die Macht gebracht hätten, ist also nicht aufrecht zu erhalten.

Und trotzdem: Daß selbst Adolf Hitler von den Frauen als seinen "treuesten und fanatischsten Mitkämpferinnen" gesprochen hat, kann nicht einfach ausschließlich als Nazi-Propaganda abgetan werden.

Geschickt und nachhaltig haben es die Nazis geschafft, die Frauen von jeder wirklichen Möglichkeit der Mitgestaltung und Mitbestimmung im politisch-gesellschaftlichen Leben und erst recht natürlich im wirtschaftlichen und militärischen Bereich fernzuhalten und ihnen gleichzeitig dennoch das Gefühl zu geben, eine



Frauen für den Führer

Frauen- und Mädchenorganisationen selbst. Männer trafen Entscheidungen, Männer gaben Befehle, und in der Regel waren es auch Männer, die Befehle ausführten.

Dennoch beschreiben beide Thesen nur scheinbar Gegensätze, tatsächlich sprechen sie aber zwei zusammengehörige Seiten einer Medaille an:

Die Gleichstellung von Mann und Frau

wichtige und einflußreiche Rolle in der Gestaltung der "neuen Gesellschaft" zu spielen.

Dieses gelang vor allem durch die konsequente und umfassende Umsetzung der Nazi-Ideologie vom "wesensmäßigen Einsatz der Frauen". Grundsatz dieser Ideologie war: "Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unverrückbar die kommende Mutter zu sein" (Hitler in 'Mein Kampf').

Sogleich mit ihrer Machtübernahme setzten die Faschisten eine gezielte Propaganda-Kampagne ein, durch die den deutschen Frauen und Mädchen unmißverständlich Sinn und Zweck ihres (gesellschaftlichen) Daseins eingehämmert wurde: Aufopferung in Ehe und Mutterschaft, Dienst an der Familie und am "Volksganzen", so lauteten die immer wiederkehrenden Forderungen, mit denen die dienende, unterordnende Rolle der Frauen in Familie und Gesellschaft festgelegt wurde. Gleichzeitig erfuhren die Frauen in der alltäglichen Propaganda eine schon an Mythos grenzende Glorifizierung ihrer Rolle als der Helferin des Mannes, als Mutter von Helden, als deutsche Kulturgutträgerin und Vermittlerin der neuen Werte.

Diese umfassende ideologische Agitation war so wirksam, daß die Schulreformen der Weimarer Republik, die eine annähernd gleich Ausbildung von Jungen und Mädchen gebracht hatten, zunächst unangetastet bleiben konnten. Erst Ende 1940 wurde sie im gesamten Reich durch die Einführung von "Richtlinien eines neuen Mädchenbildungsplans" für alle Schultypen aufgehoben. Nach diesen Richtlinien war nun auch formal der Anspruch auf eine grundlegende Allgemeinbildung für Mädchen aufgehoben. Jeglicher Lehrstoff sollte so ausgerichtet sein, daß die "körperlich-hauswirtschaftliche Ausbildung" Priorität erhielt. "Lieber zehn Pfund Wissen weniger und zehn Kalorien mehr an Charakter" lautete die Devise der nun überall durchgesetzten Mädchenerziehung.

An höheren Schulen wurden zwar größere Leistungen von den Schülerinnen gefordert, eine umfassende Allgemeinbildung oder gar humanistische Bildung wurde den Mädchen jedoch auch hier vorenthalten. Mädchenerziehung sollte nach dem Willen der Nazis nicht zu einem "Abklatsch der Jungenerziehung" werden. Mädchen sollten vielmehr vorrangig auf ihre Frauenrolle hin unterrichtet werden. Das sogenannte "Pudding-Abitur" (das bis vor einigen Jahren auch noch an unseren Mädchenoberschulen abgelegt werden konnte), galt damals als adäquater Schulabschluß einer höheren Mädchenbildung. Themen- und Aufgabenstellungen aus Haushalts- und Bevölkerungsproblemen bildeten hier den Schwerpunkt.

Seit 1938 bekamen die Mädchen ihr Abiturzeugnis erst ausgehändigt, nachdem

sie ein Arbeitsdienstjahr (z.B. im Haushalt, in der Landwirtschaft, aber auch beim Fahren und Uniformen nähen in Fabriken) verbracht hatten. Ohne Arbeitsdienst kein Abitur, ohne Abitur kein Studium! Viele Eltern versuchten ihre Töchter durch schnelle Verheiratung vor dem Los des Arbeitsdienstjahres zu befreien.

Die Zahl der weiblichen Studierenden sank von 1932 bis 1939 um über 33 %; und der Zugang zu manchen akademischen Berufen war Mädchen und Frauen strikt verboten, so konnten sie bis zum

sie die Frauen aus allen politischen (Entscheidungs-)bereichen fernhielt. "Nicht weil wir die Frauen nicht achten, sondern weil wir sie zu hoch achten, haben wir sie aus dem parlamentarisch-demokratischen Ränkespiel, das die deutsche Politik der vergangenen 14 Jahre bestimmt hat, ferngehalten", erläuterte Goebbels anlässlich einer Ausstellung "Die Frau" im März 33 in Berlin das frauen-"freundliche" Konzept der Nazis, deren Devise in dem Satz des Führers gipfelte: "An die Stelle der politischen Frau tritt heute die deutsche Frau."



Frauen nähen Fahnen, Voraussetzung für das Abiturzeugnis

Ende der faschistischen Herrschaft nicht Richterin oder Rechtsanwältin werden.

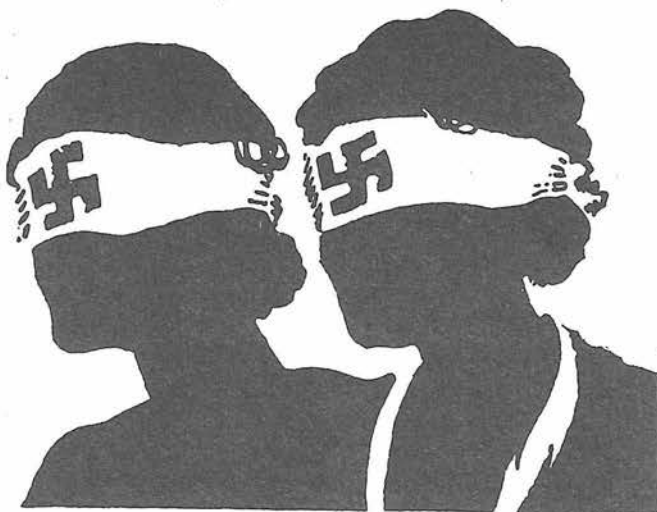
Insgesamt gesehen nahm die Erwerbstätigkeit von Frauen und Mädchen im Laufe der faschistischen Herrschaft jedoch eher zu. So weisen die Statistiken für das Jahr 1939 gegenüber dem Jahr 1933 eine Steigerung der weiblichen Erwerbstätigkeit um 10 % auf; 37 % aller Erwerbstätigen des Jahres 1939 waren Mädchen und Frauen.

Hierin wird deutlich, daß es den Nazis letztlich nicht darum ging, die Frauen und Mädchen ganz aus dem Erwerbsleben zu vertreiben. Mutterschaftsideologie und "wesengemäße" Mädchenbildung hatte vielmehr in erster Linie die Funktion, durch die Hervorhebung der der "Andersartigkeit" der Frau gegenüber dem Mann eine getarnte, dafür umso nachhaltigere Disqualifizierungskampagne der Frauen zu betreiben. Frauen als intellektlose, unselbständige, andererseits aber aufopferungs- und begeisterungsfähige Wesen dienten den herrschenden Männern als eine jederzeit und nach Belieben verfügbare Reservearmee, sei es am häuslichen Herd und für die Produktion von Soldaten, sei es dann später in den Fabriken für die Produktion von Waffen.

Die herrschende Nazi-Männergesellschaft brüstete sich obendrein damit, daß

Und die deutsche Frau sei bescheiden, genügsam, bodenständig, treu an der Seite ihres arischen Mannes, Hüterin und Bewahrerin ihrer kleinen Welt zuhause. So wollten es die Faschisten. Und mit der Saat dieses Frauenbildes trafen sie vor allem bei den bürgerlichen Mittelschichtsfrauen auf recht fruchtbaren Boden. Denn die Mehrzahl dieser Frauen, die aufgrund ihres, oder besser ihrer Männer, gesellschaftlichen Status zur Akzeptierung der Gattinnen-, der Hausfrauen- und Mutterrolle "gezwungen" waren, sahen in der faschistischen Frauenideologie eine Aufwertung ihres Frauendaseins. Wen es da, daß gerade sie als Gattinnen und Mütter zu den eifrigsten Vermittlerinnen der faschistischen Ideologie schlechthin – und wenn es sein mußte, eben auch bis in den "Helden"-Tod ihrer Männer und Söhne hinein – wurden.

Neben den propagandistischen Ehrungen durch die herrschenden Männer ("In meinem Staat ist die Mutter die wichtigste Staatsbürgerin", A. Hitler, 'Ehrenkreuz der deutschen Mutter', Bronze für 4 Kinder, Silber ab 6 Kindern, Gold für mehr als 8 Kinder), die natürlich den Frauen und Müttern aller gesellschaftlichen Schichten – soweit sie arisch waren – galten, profitierten diese Mittelschichtsfrauen zusätzlich auch noch von der Arbeitsmarktpolitik der Nazis. Die zu tau-



Nimm ihnen die Binde von den Augen

Zeige ihnen, daß das „Dritte Reich“ der National-
„sozialisten“, kein Reich von morgen, sondern eins
von vorgestern sein würde! Kultur und Vernunft sind
dieser Partei unbekannte Begriffe. Ihr gilt das Wort
„Fememörder“ als Ehrentitel. Als Frau zu den Na-
tionalsozialisten stehen, heißt sich selbst aufgeben.

Genossin, Du mußt mithelfen,
die Frauen für den Sozialismus zu gewinnen.
Jetzt, anlässlich des Internationalen Frauentages
werben Mitkämpferinnen in Deutschland und aller
Welt für Frieden und Sozialismus, gegen
Naziterror und Krieg! Du darfst dabei nicht fehlen!

Hast Du schon die zweite Genossin gewonnen?

Antifaschistische Aufklärung 1931 in der Frauenbeilage des Hamburger Echo

senden und Abertausenden durch Männer von ihren Arbeitsplätzen in Fabriken und in der Landwirtschaft vertriebenen Mädchen und Frauen – meist der Unterschicht – bildeten nun ein williges und vor allem eben auch billiges Angebots-Heer an hauswirtschaftlichem Dienstpersonal.

Die Masse der Unterschichtsfrauen, die im allgemeinen einen kinderreichen Haushalt zu versorgen hatten, mußten hart arbeiten, mit jedem Pfennig genau rechnen. Das Fleisch im „deutschen Eintopf“ konnte sie sich meistens nur erträumen.

Grund zu Stützung und Unterstützung des faschistischen Regimes und seiner kriegstreibenden Politik gab es für diese Frauen im Grunde am allerwenigsten.

Die meisten von ihnen haben denn auch schweigend ihr eigenes und das Schicksal ihres Landes ertragen. Doch

auch diese Form der weiblichen Ergebenheit hatte ihre stützende Funktion für herrschende Regime.

Die große Mehrheit der Frauen – und darüber gibt es leider überhaupt keinen Zweifel – das unmenschliche und im Prinzip frauenfeindliche Herrschaftssystem der deutschen Faschisten geduldet, gestützt und also mitgetragen.

Aber es gab auch bei den Frauen die andere Seite: Von Anfang an waren Frauen in den verschiedensten Formen des Widerstands am Kampf gegen die Terrorherrschaft beteiligt. Frauen verweigerten den „Sieg Heil“-Gruß und Mutter-schaft. Frauen stellten Anfang 1933 nicht nur 35 % der Arbeitskräfte, sondern viele waren gewerkschaftlich organisiert und meist aktiv an Streiks gegen Lohnabbau etc. beteiligt.

Frauen und Mädchen beteiligten sich

an der Herstellung und Verbreitung von illegalen Aufklärungsschriften, Frauen unterstützten und versteckten Widerstandskämpfer, Frauen halfen den durch Verhaftungen in Not geratenen Familien. Frauen leiteten Widerstandsgruppen und übernahmen mehr und mehr die Aufgaben der verschleppten oder zum Kriegsdienst eingezogenen Männer.

Bereits im Frühjahr 1933 entstanden spezielle „Schutzhaftlager“ für verhaftete Frauen. Unter den hunderten von Antifaschisten, die schon in den ersten Wochen des Nazi-Terrors Opfer der SA wurden, finden sich allein schon 25 Namen von Frauen, Funktionärinnen von KPD, SPD und Gewerkschaften, aber auch „einfache“ Arbeiterfrauen.

Etwa eine Million Deutsche wurden bis zum Kriegsbeginn aus politischen Gründen für kürzere oder längere Zeit festgenommen. Schätzungsweise befanden sich darunter 15 - 20 % Frauen. Die meisten von ihnen kamen aus der Arbeiterbewegung.

TABAK für Pfeife und Zigarette

Wir liefern: praktisch alle Pfeifentabake sowie spezielle Angebote nur für unsere Versandkunden. Z.B.:

Pfeifentabak

„HOLLAND BLEND“

mild, aromatisch, duftend

250 g. NUR DM 13,50 DM

500 g. NUR DM 22,- DM

Solange der Vorrat reicht!

Und auf Dauer:

„Echte Hollandse Sigarettentabak“, Halfzwaar, American, oder Lichte

250 g. NUR DM 14.90

500 Zigarettenhülsen

NUR DM 9,50

TABAKVERSAND HILLE

4459 Getelo 124

Bestellungen bis 50,-DM DM 2,50

Versandkostenanteil, über 50,-frei.

Lieferung gegen V-Scheck oder per Nachnahme (plus Gebühr)

Erfolge der sozialliberalen Koalition für die Frauen

„Nach 30 Jahren einen Teil der Verfassung verwirklicht“

Ingrid Matthäus-Maier, SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitherausgeberin der liberalen drucksachen, hat Bilanz gezogen. In einem umfangreichen Artikel, der in einem Nachschlagewerk im nächsten Jahr erscheinen soll, resümiert die engagierte Streiterin für eine tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen den langen und mühsamen Weg vom Patriarchat zur (formalen) Gleichberechtigung.

Wir dokumentieren im folgenden den Teil des Artikels, der sich mit den Erfolgen und Erfolgsansätzen in Richtung Gleichberechtigung durch die gesetzgeberische und aufklärerische Arbeit der sozial-liberalen Koalition befaßt. Ingrid Matthäus-Maier bewertet aber auch durchaus kritisch die Unzulänglichkeiten und Unvollständigkeiten mancher sozial-liberalen Reformansätze.

Die Etablierung der gewendeten Regierungspolitik der Rechtskoalition läßt kaum Hoffnung auf eine kontinuierliche Fortentwicklung dieser sozial-liberalen Reformarbeiten zu. Im Gegenteil scheint auch hier die Wende nach rückwärts für die Frauen und Mädchen zu den „drei K's“ (Küche, Kinder, Kabelfernsehen) bereits eingeläutet.

„Mehr Demokratie wagen“ war das Motto der ersten sozialliberalen Regierungserklärung. Mehr Demokratie versprach der Bundeskanzler Willy Brandt auch den Frauen. Und in der Tat, die in den siebziger Jahren zugunsten von mehr Frauenrechten durchgesetzten Gesetze betrafen praktisch alle Lebensbereiche der Frauen und sie veränderten den Alltag der Frau tiefgreifend.

Eine umfassende Reform des Familien- und des Ehescheidungsrechts auf der Grundlage partnerschaftlicher Wahrnehmung aller Rechte und Pflichten in den Jahren 1976/77 bildete das Kernstück in der Herstellung der Rechtsgleichheit. Ehefrau kann seitdem auch der Name der Frau werden. Bei einer Scheidung sollen danach die in der Ehe erworbenen Altersversorgungsansprüche aufgeteilt werden; wenn ein Geschiedener sich nicht selbst versorgen kann, hat er Anspruch auf Unterhalt.

Die Diskriminierung auch der Frauen im Unehelichenrecht wurde von der sozialliberalen Regierung beseitigt. Die Renten der Kriegerwitwen wurden 1970 um mehr als 20 % angehoben und dynamisiert, d.h. regelmäßig angepaßt. Die Rentenversicherung wurde für Hausfrauen geöffnet. Frauen mit niedrigen Frauenlöhnen wurden durch die Rente nach Mindesteinkommen bei der Rentenberechnung bessergestellt. Die Voraussetzungen für Witwenrenten bei Geschiedenen wurden verbessert. Die Teilzeitarbeitsmöglichkeit im Beamtenrecht wurde auf Männer ausgedehnt. Die Adoption wurde erleichtert. Eltern erhielten das Recht, sich jährlich fünf Tage je Kind zur Pflege des Kindes bei Krankheit von der Arbeit befreien zu lassen. In der Heimarbeit wurde der Mindesturlaub auf 18 Tage angehoben und der Lohnanspruch enger an den Tariflohn gekoppelt. Die Ehemündigkeit wurde für Männer und Frauen auf 18 Jahre festgelegt. Auch die Kinder deutscher

Frauen erhielten nun wie vorher schon die Kinder deutscher Männer bei Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit. Individuelle Beratung über Empfängnisverhütung auf Kosten der Krankenkassen wurde der möglich gemacht. Die Krankenkassen

sen geblieben war. Durch Modellversuche wurde die Ausbildung von Mädchen in bis dahin als typisch männlich geltenden Berufen gefördert. Zahlreiche bildungspolitische Maßnahmen, darunter vor allem auch der Ausbau der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), wurden gerade auch mit dem Ziel der verbesserten Bildungschancen von Mädchen durchgeführt. Bei mehreren Ländern und bei der Bundesregierung wurden Gleichbehandlungsstellen – allerdings mit ungenügenden Kompetenzen – eingerichtet. Die Unterhaltszahlungen an alleinstehende Mütter und Väter wurden durch Unterhaltsvorschußkassen gesichert, soweit sie von Unterhaltspflichtigen nicht zu erhalten sind. Steuerliche Benachteiligungen von alleinstehenden Eltern wurden beseitigt. Das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und auf



Ingrid Matthäus-Maier: beachtliche Verbesserungen für Frauen

übernahmen die Kosten eines legalen Schwangerschaftsabbruchs.

1976 trat eine für die Frauen zwar völlig unbefriedigende, aber dennoch einige Verbesserungen bringende Reform des § 218 in Kraft, nachdem die vom Bundestag beschlossene Fristenlösung, nämlich: Strafheit bei Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten, am Verfassungsgericht gescheitert war.

Frauen wurde der Zugang zu Ausbildungsberufen, z.B. im Bauhandwerk ermöglicht, der ihnen bis dahin durch arbeitsmedizinisch nicht zu rechtfertigende Arbeitsschutzbestimmungen verschlos-

arbeitsrechtliche Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz wurde als einklagbarer Rechtsanspruch ins Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen. Die Beweislast obliegt danach bei Streitfällen unter bestimmten Voraussetzungen dem Arbeitgeber. Für Stellenausschreibungen wurde eine geschlechtsneutrale Fassung vorgeschrieben.

Die von der Verfassung vorgeschriebene Rechtsgleichheit von Mann und Frau war damit 1981, mehr als drei Jahrzehnte nach Inkrafttreten der Verfassung, weitgehend, wenn auch immer noch nicht

vollständig, verwirklicht. Dies bedeutete eine beachtliche, wenn auch lange nicht zufriedenstellende Verbesserung der Situation der Frauen. Natürlich ist all dies nicht ohne Auswirkung auf die gesellschaftliche Rolle der Frauen geblieben.

...FAKTISCH EINE MÄNNERGESELLSCHAFT...

Die Bildungs- und Ausbildungssituation der Frauen verbesserte sich entscheidend. 1978 hatten 52 % der berufstätigen Frauen eine berufliche Ausbildung statt 38 % im Jahre 1970, während bei den Männern sich dieser Anteil nur von 65 % auf 69 % erhöhte. Mädchen stellten 1980 mehr als die Hälfte der Realschüler, die Hälfte der Gymnasialschüler, 40 % der Studienanfänger und über ein Drittel der Studenten. Hier haben sich innerhalb weniger Jahre tiefgreifende Änderungen vollzogen, die sich bereits jetzt in fast allen Bereichen der Gesellschaft niederschlagen.

Eine der Konsequenzen ist das weitere Vordringen von Frauen in akademische Berufe. Während z.B. Frauen im Jahre 1963 nur 3,5 % der Richter stellten, lag ihr Anteil 1981 schon bei etwa 11 %. Im Berufsleben sind die Unterschiede geringer geworden. Frauen haben inzwischen Zutritt zu Berufen gewonnen, die bis dahin Männern vorbehalten waren.

Die durch die sozialliberale Koalition in der Tat weitgehend mit gleichen Rechten ausgestatteten Frauen trafen bei ihrem Versuch, Gebrauch von diesen Rechten zu machen, allerdings auf eine Gesellschaft, in der Männer auf Jahre und Jahrzehnte hinaus die einflußreichen Positionen — die zwar formal und grundsätzlich auch Frauen offenstehen — faktisch fest in der Hand haben. Trotz alledem ist die Bundesrepublik am Ende der sozialliberalen Regierungszeit faktisch noch immer eine Männergesellschaft.

Frauen sind nach wie vor von den Machtpositionen in fast allen Bereichen der Gesellschaft und des Staates weitgehend ausgeschlossen: in Regierung, Parlamenten, hohen Verwaltungspositionen, in den Gewerkschaften, Verbänden und Kirchen, in der Wissenschaft, der Kunst und dem Sport.

Frauen werden nach wie vor schlechter bezahlt. Vorwiegend von Frauen ausgeführte Arbeiten werden geringer entlohnt und gesellschaftlich niedriger bewertet. Frauen haben schlechtere Ausbildungs- und Aufstiegschancen. Sie sind von vielen Berufen und Arbeitsplätzen nach wie vor ausgeschlossen. Frauen sind von der Arbeitslosigkeit erheblich stärker betroffen. Trotz besserer Schulzeugnisse und Ausbildungsleistungen waren 1980 doppelt so viel Mädchen wie Jungen ohne Ausbildungsplatz. Frauen erhalten niedri-

gere Renten.

Soweit Frauen berufstätig sind, tragen sie die Doppelbelastung noch immer weitgehend allein, die Beteiligung der Männer an der Hausarbeit blieb gering. In den meisten Fällen dominiert nach wie vor der Mann. Belastungen durch Kindererziehung haben sie alleine zu tragen, häufig auf Kosten ihrer Berufstätigkeit.

Frauen sind immer noch Opfer körperlicher Gewalt der Männer, auch in der Ehe. Schläge und Mißhandlungen in der Ehe werden nach wie vor in der Regel als Kavaliärsdelikte behandelt oder ignoriert. Vergewaltigung in der Ehe bleibt wie zu Zeiten, als die Frauen mehr oder weniger als Eigentum des Mannes galten, straffrei. Auch Vergewaltigungen außerhalb der Ehe werden verharmlost. Es werden zehnmal mehr Frauen von ihren Männern als Männer von ihren Frauen umgebracht. Bei Ehegattenmord erhalten Frauen doppelt so oft "lebenslänglich" wie Männer.

Frauen haben noch immer weniger sexuelle Freiheit als Männer — ihnen bleibt hier weitgehend eine passive Rolle zugewiesen. Andererseits sind sexuelle Belästigungen an der Tagesordnung. Trotz erheblicher Proteste müssen sich Frauen immer noch durch Werbung und Medien zu Lustobjekten männlicher Sexualität erniedrigen lassen. Frauen tragen bis heute weitgehend allein die Verantwortung für Empfängnisverhütung. Andererseits wird Frauen nach wie vor von männerberrschenden Institutionen das Recht auf freie Entscheidung darüber verweigert, ob sie eine Schwangerschaft wollen und verantworten können.

Frauen werden durch Erziehung, Schulbücher, Massenmedien und Werbung nach wie vor einseitig in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter dargestellt. Die geschlechtsspezifische Rollenverteilung von Mann und Frau wird hier immer noch festgeschrieben. In der Darstellung der Geschichtsbücher ist die Geschichte eine Geschichte der "großen" Männer geblieben.

EBEN NICHT VON NATUR AUS KONSERVATIV

Der Anteil der Frauen an den Mitgliedern politischer Parteien hat sich in der sozialliberalen Ära deutlich erhöht. Anfang 1980 betrug der Frauenanteil der FDP 23 %, der SPD 22,6 %, der CDU 20,9 % und der CSU 13 %. Frauen machen inzwischen in gleichem Umfang wie Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Der Einfluß der Kirchen auf das Wahlverhalten der Frauen hat abgenommen. Auch Frauen über 60 bleiben nicht länger ein sichereres Wählerreservoir für die CDU/CSU. 1972 hatte die sozialliberale Koalition ihren Sieg vor allem ihren

Stimmgewinnen bei den Frauen zu verdanken. Bei der Bundestagswahl 1980 erhielten die Koalitionsparteien SPD und FDP in allen Altersgruppen bei den Frauen einen höheren Stimmenanteil als bei den Männern.

(Anmerkung der Redaktion: Es gibt keinen wahlanalytischen Hinweis darauf, daß die Frauen besonderen Anteil an der Wende hatten. Und im Parlament waren, wie wir wissen, die damaligen FDP-Fraktions-Frauen die entschiedensten Gegner des Wechsels — bis auf die eine Ausnahme, die sich dadurch zum Generalsekretär hochprofilierter.)

FRAUEN WAREN AUF DEM WEG, EINFLUSS ZU NEHMEN

Frauen erragen immer mehr Mandate in den Gemeindeparlamenten. Anfang 1980 hielten sie in den Gemeinden über 20.000 Einwohner rund 12 %, in den Gemeinden über 100.000 Einwohner über 15 % der Ratssitze. In einzelnen Städten erreichten sie mehr als ein Viertel: Heidelberg 33 %, Freiburg 27 %, München 25 %.

Auch wenn die Zahl der Frauen auf einflußreichen Positionen in Politik und Wirtschaft gering blieb, haben Frauen es doch geschafft, aus ihrer lange Jahre dauernden, fast völligen Beschränkung auf soziale und Bildungsfragen auszubrechen und in allen Bereichen der Politik Fuß zu fassen. Frauen wurden Oberbürgermeisterin von Großstädten, Landesvorsitzende und Spitzenkandidatinnen von Parteien, Vorsitzende politischer Jugendorganisationen, Wirtschaftsministerin, Justizministerin, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Leiterin des Kanzleramts, Bundestagspräsidentin, Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Staatssekretärin im Außenministerium, im Arbeitsministerium und im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Landesbankpräsidentin und Präsidentin des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen.

Frauen beteiligen sich seit der Studentenrevolte Ende der sechziger Jahre in zunehmenden Maße aktiv in außerparlamentarischen politischen Organisationen und in Bürgerinitiativen. Hier wir im Bereich der Bildung sowie beim Umgang der Geschlechter miteinander ist die positive Entwicklung durch den Generationenwechsel unverkennbar.

Unbestreitbar hätte auch eine sozialliberale Koalition noch einen langen Weg von der Rechtsgleichheit bis zur tatsächlich gleichberechtigten Mitwirkung der Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft zurückzulegen gehabt. Ihr Sturz macht die notwendige Weiterentwicklung keineswegs wahrscheinlich. Eher muß mit Stillstand, auf manchen Gebieten sogar mit Rückschritt gerechnet werden.

Landtagswahl in Hessen

Bürger-Vorbild Wallmann gegen Biedermann Börner

Für Wahlkämpfer aller Parteien ist der 25. September ein Fixpunkt im Terminkalender: Wahlen in Bremen und Wahlen in Hessen. Während in Bremen eine ganz normale Legislaturperiode zuende geht, soll in Hessen der Schlußstrich gezogen werden unter eine ein ganzes Jahr währende Phase, in der nicht regiert, sondern nur verwaltet wurde. Denn die letzte Wahl, am 26. September 82, brachte keiner Partei die absolute Mehrheit, und eine Koalition kam auch nicht zustande. So blieb die Regierung Börner "geschäftsführend" im Amt, die Ressorts der ausgeschiedenen FDP-Minister Gries und Hofie wurden von Sozialdemokraten mitverwaltet.

Am 4. August sollen die entscheidenden Weichen gestellt werden: In einer Sondersitzung wird sich der Hessische Landtag mit den Stimmen von SPD und CDU auflösen. Die Grünen als dritte Fraktion im Hessen-Parlament sehen keine Veranlassung, dem Antrag zuzustimmen. Ihr Argument: Das Land wäre durchaus zu regieren gewesen, hätte die SPD nur mehr Entgegenkommen gezeigt.

Die CDU hatte, wie es einer Oppositionsfraktion gut ansteht, in Sachen Neuwahl-Termin immer gedrängt. Sie hatte einen Wahltag noch vor der parlamentarischen Sommerpause vorgeschlagen, war aber am gemeinsamen Votum von SPD und Grünen gescheitert.

Die Begründung der SPD, warum eine späte Wahl besser sei als eine frühe, wird nicht mal in den eigenen Reihen von allen ernstgenommen. Erst habe man den Haushalt unter Dach und Fach bringen wollen (wohl wissend, daß es keine Mehrheit dafür gibt), und außerdem sei es gut für den Föderalismus, die Termine von Bundestagswahl und Landtagswahl zu entzerren. Die SPD war übrigens die einzige Partei, die sich offen zum späten Termin bekannte, während CDU und die darniederliegende FDP immer ein "Je früher je lieber" propagierte.

Nachdem der Wahltag nun in Sicht ist, darf — jenseits des Terminpokers — spekuliert werden. Und überall dort, wo nicht Wunschenken oder Wahlpropaganda im Spiel sind, setzen die Wiesbadener Beobachter auf den Kandidaten der CDU. Sie erwarten den totalen Sieg von Walter Wallmann.

Die Erwartungen sind so eindeutig, daß es ihm letzten Endes wie seinem Vorgänger, dem Dauer-Spitzenkandidaten Alfred Dregger gehen könnte. Fast alle hatten in ihm den neuen Ministerpräsidenten gesehen, ob nun mit oder ohne FDP, und



CDU-Wallmann gibt sich moderat

dennoch reichte es nicht.

Die Chancen für den Frankfurter OB könnten größer sein, weil er durch sein moderates Auftreten und durch seine Überhöhung "über den Parteien" dem Typ entspricht, dem bürgerliche Menschen ganz gern die Macht anvertrauen möchten. Er gilt als liberal, und wenn er sich selbst so bezeichnet, dann nehmen ihm das Leute ab, die das einem Strauß oder Dregger eben nicht glauben. Daß er eine stramm konservative Politik durchsetzt, wo immer das geht, daß er Frankfurt durch Gigantomanie zu einer der höchstverschuldeten Städte gemacht hat,

das alles dürfte für die Wahlentscheidung nicht ausschlaggebend sein.

Dem Bürger-Vorbild Wallmann steht der Biedermann Börner gegenüber. Auch im kommenden Wahlkampf wird er auf Beton setzen und erzählen, daß die Häuser, die er gebaut hat, noch alle stehen. Die einfache Sprache wird dem einfachen Denken entsprechen, und keiner wird vermuten, daß er auch anders könnte. Es wird viele Wähler geben, draußen im Lande, die in ihm ihren Wunschkandidaten sehen, und wenn dann diese Studenten und diese jungen Krakeeler wieder und wieder daran erinnern, daß von diesem SPD-Mann doch auch der Dachlatten-Satz stamme, dann werden sie ihn erst recht wählen. Im übrigen dürfte Börner der einzige Mann im ganzen Hessenland sein, der daran glaubt, er könne ähnlich gut abschneiden wie im letzten September.

Nach allem, was man aus der Staatskanzlei hört, will er nicht wahrhaben, daß seinerzeit der "Schmidtleidseffekt" voll durchschlug. Die Sozialliberalen in Hessen wollten ein Signal nach Bonn senden, daß sie es mies fanden, wie Genscher mit Schmidt umsprang und daß sozialliberale Sympathie selbstverständlich nicht Kohl oder Genscher, sondern Schmidt gehörte.

Die vielen Kurven, die Börner seitdem genommen hat, um einmal den Grünen auszuweichen und dann wieder auf sie zuzugehen, sind im übrigen kaum noch nachzuvollziehen. Und immer setze er damit auch die SPD Wechselbädern aus, wodurch nun alle wie begossene Pudel dastehen. Allein, einen anderen Kandidaten gibt es nicht, wer hätte es schon wagen können, dem Überraschungssieger einen



LD-Vorsitzender Krüger will seine Botschaft vermitteln

Nachfolgekandidaten mit SPD-Parteibuch gegenüberzustellen? So werden zum x-ten Mal politisch aufgeklärte Sozialdemokraten Wahlkampf für einen Mann machen, der ihnen so lieb ist wie Leibweh.

Dem neuen Landtag können zwei Fraktionen angehören, es können aber auch mehr sein. Infrage kommen neben CDU und SPD noch Die Grünen, die FDP und die Liberalen Demokraten. Nicht antreten werden die Demokratischen Sozialisten.

Ob die Grünen erneut in das Wiesbadener Schloß einziehen — sie erreichten beim letztenmal 8,0 % der Stimmen — hängt zum einen davon ab, wem die Schuld gegeben wird, daß es zu keiner rot-grünen Zusammenarbeit kam, zum anderen davon, ob die Grünen mehr als fünf Prozent Stammwähler haben. Da der Ministerpräsidenten-Kandidat der SPD auch nach der Wahl Börner heißen muß, wird kaum jemand aus taktischen Gründen grün wählen, nachdem nun ein ganzes Jahr lang bewiesen wurde, daß politische Kompromisse nicht machbar waren. Negativ auswirken für die Grünen dürfte sich zusätzlich, daß es an Reizthemen a la Startbahn West oder atomare Wiederaufbereitungsanlage fehlt. Und für Wähler, die sich nur mal versuchsweise mit den Grünen einlassen, könnte auch entscheidend sein, wie grundsatztreu sich die grüne Fraktion im Bundestag verhält.

Die FDP wird es in Hessen schwerhaben wie in allen Bundesländern. Der Wechsel in der Führung — Gries wird für den Landtag nicht kandidieren — blieb weithin unbemerkt. Wolfgang Gerhardt als neuer Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der 3,1%-Partei ist still, blaß und unauffällig. Vor allem aber: Die Rechnung kann deshalb nicht aufgehen, weil viele alte linksliberale Mitglieder und Wähler weg sind und für das neue Publikum jedwede Motivation fehlt, die FDP zu wählen. Wer in Hessen nun wirklich und endlich die Wende will, der wird Wallmann wählen, der die Herzen rechter Liberaler im Sturm erobern dürfte.

Schließlich die Liberalen Demokraten: Sie haben, genauso wie übrigens die FDP, zunächst die organisatorische Hürde zu nehmen, ehe sie antreten dürfen. Das sind 50 Unterschriften pro Wahlkreis und 2.000 für die Landesliste. Spitzenkandidat dürfte der Bundesvorsitzende Ulrich Krüger werden. Das verabschiedete Programm ist derart, daß es mit der CDU ganz gewiß nicht zu verwickeln wäre. Und ob die LD die 5%-Hürde schaffen kann, das steht und fällt damit, ob es im Wahlkampf gelingt, die Botschaft zu vermitteln, daß alle diejenigen, die im September 82 die SPD nicht wegen, sondern trotz Börner gewählt haben, diesmal ihre Stimme den LD geben können. Jedenfalls wären das dann weit mehr als 5 Prozent.

FDP Hessen:

„Weil mer se brauche?“

Wie bei den anderen Parteien werden derzeit in Hessen von der FDP Direktkandidaten aufgestellt und eine Landesliste vorbereitet. Zur inoffiziellen Eröffnung des Wahlkampfes fand ein kommunalpolitischer Landeskongreß in Bad Hersfeld statt, der insbesondere auch die Parteispitzen auf Ton- und Lesart des Wahlkampfes einstimmen sollte. Hans-Dietrich Genscher hielt eine erste, als programmatisch gemeinte Wahlrede.

Man sollte meinen, daß alle, die herbeiströmen, jetzt, wo es ums Ganze geht, wo die Partei durch eine glückliche Fügung noch eine Chance hat, in den Landtag zurückzukehren, verlorenes Terrain wiederzugewinnen, bevor die Partei landespolitisch gänzlich erkaltet ist. Das Interesse aber war gering. Der Kleine Saal war nur zu zwei Dritteln gefüllt, obwohl alle Mandatsträger geladen waren und eine Demonstration, wie stark die Basis der FDP in den Kommunen Hessens noch ist, dringend geboten gewesen wäre. Niemand aber hatte dies zuvor verkündet und eine Rolle spielte dabei sicher, daß die wichtigen Entscheidungen ja schon vorweggenommen worden waren.

Dreierlei wurde vorweggenommen. In einem Rundschreiben verkündete vorab Frau Dr. Adam-Schwätzer, daß der hessische Landtagswahlkampf von der Bundespartei geführt werde, die „aktive Mitarbeit“ der hessischen Parteifreunde aber durchaus zur Umsetzung erforderlich sei. „Es geht darum, in Hessen einen ersten Grundstein für die Rückkehr der FDP in die Landesparlamente zu legen.“

Zum zweiten verkündete der Landesvorsitzende Gerhardt in seiner Einführungsrede, daß es keine neuen Argumente gebe, sondern ein gleichartiger Wahlkampf wie zum 6. März geführt werde (Direktstimmen um drei Prozent). „Parteiprogramme brauche ich nicht zu lesen“ verkündete er geradeheraus, wohl meinend, dies sei nun auch für alle Parteifreunde nicht mehr nötig. Er nennt ausdrücklich die Freiburger Thesen als zu den überflüssigen Papieren gehörend und neues Papier brauche auch nicht mehr bedruckt zu werden. Niemand stört sich daran, daß solchermaßen die Parteibasis entmündigt wird.

Schließlich zum dritten stellt der Landesvorsitzende in seiner Vorrede so nebenbei die Koalitionsaussage fest. Zwar hat auch die CDU noch keinen Spitzenkandidaten und keine Liste aufgestellt und kein Wahlprogramm verkündet, und die FDP weiß noch nicht, welche Koali-

tionsvereinbarungen sie durchsetzen will (die alten sicher nicht mehr), aber die Koalitionsaussage zur CDU steht schon absolut fest. Vorbei die Zeiten, wo Parteitage tagelang um die Aussagen gerungen haben, wo Bedingungen gestellt wurden und die FDP mit ihrer Sperrigkeit den meisten politischen Gewinn machte. Heute geht das alles sauber und glatt. Vorbei auch die Zeiten, wo die FDP sich gegen absolute Mehrheiten wandte. Gerhardt meidet sorgsam jedes Wort dazu.

Ein Herr Buss, Vorsitzender einer neu gegründeten Liberalen Wählerinitiative, verkündet denn auch logisch, daß er, Mitglied der CDU, für die FDP kämpfe, ausschließlich um die absolute Mehrheit der CDU zu vermeiden, die er für die eigene Partei nicht für gut hält. So bleibt als Restfunktion der FDP die Durchsetzung innerparteilicher Ziele der CDU bzw. hier einer Minderheit in der CDU.

Hans-Dietrich Genscher, der ebenfalls vorbeigekommen ist, versucht sich mutig in der Landespolitik. Er nennt es einen „Akt politischer Hygiene“, daß die FDP in den Landtag zurückkehre. Doch man wartet vergeblich auf ein kräftiges Desinfektionsmittel, das er dieser Reinemachefrau in die Hand gibt. Er murmelt nur vorsichtig was von Gesamtschule, und alle atmen auf, als er gleich hinzufügt, darauf komme es nun nicht mehr so sehr an. Vielmehr solle die Schule „offen“ sein, für ein neues Geschichtsbewußtsein nämlich. Der deutschen Geschichte solle endlich wieder mehr Geltung verschafft werden. Es solle ein neues Geschichtsbewußtsein gebildet werden und „gefestigte wissenschaftliche Erkenntnisse der Geschichte sollen endlich auch vermittelt werden“. Und plötzlich kommt einem das ganz vertraut vor. Das hatten wir doch schon öfter.

An diesem Vormittag wird auch in der Diskussion kein Konzept geboten, nur Werbesprüche wie „packen wirs an“ oder „wir müssen in Hessen beweisen, daß wir noch wer sind“ und so ein Leipziger Allerlei zum Frühschoppen.

Und um die Stammtischatmosphäre komplett zu machen, beschäftigt sich ein Diskussionsredner mit der Frage, ob der Spruch „weil mer se brauche“ auch nach Nordhessen passe. Denn dort babbeln sie doch nicht ein solches Äpfelwoichinesisch. Daß der Spruch — offenbar neuer Leitspruch des Wahlkampfes — keine politische Aussage beinhaltet, fiel niemand mehr auf.

Widerstand gegen Schnellbahnstrecken Mit BUND gegen Bahn

Umweltschützer sind sich einig, daß die Bahn nach dem Fahrrad das umweltfreundlichste Verkehrsmittel darstellt. Ausbau statt Streckenstilllegung lautet ihre Devise. In Niedersachsen, Baden-Württemberg und Hessen laufen Umweltschützer dennoch Sturm gegen die Ausbaupläne der Bundesbahn. Gerda Pfahl, zugleich Mitglied der Liberalen Vereinigung Hessen und im Landesvorstand des BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland, erläutert diesen nur scheinbaren Widerspruch.

„Eigentlich will sie ja niemand haben, diese Neubaustrecke der Deutschen Bundesbahn zwischen Kassel und Fulda“, berichtet Gerda Pfahl über zahlreiche Gespräche, die sie für die „Arbeitsgemeinschaft gegen die Schnellbahn“ führte. In ihr haben sich nordhessische Bürgerinitiativen mit dem BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland zusammengeschlossen, um „die Ausführung einer unsinnigen Trassenplanung doch noch zu verhindern“. Stattdessen soll ein alternatives Konzept des BUND durchgesetzt werden, das den Verkehrsstrom ab Göttingen teilt und ihn einerseits über die Main-Weser-Bahn (Kassel-Marburg-Gießen) und andererseits über die alte Strecke (Bebra-Bad Hersfeld) führt. Das würde die Neubaustrecke überflüssig machen.

Für Gerda Pfahl sprechen gewichtige Gründe gegen das Schnellbahn-Konzept der Bundesbahn:

„Verkehrspolitisch verfolgt das Kon-

zept der DB eine Zentralisierung von Zügen auf wenigen Hauptstrecken und baut gleichzeitig den Schienenverkehr in der Fläche ab. Nur noch Großstädte werden angefahren, Nebenzentren werden abgekoppelt, z.B. Bebra, der zweitgrößte Güterbahnhof Hessens. Da immer mehr Nebenstrecken abgebaut werden, stellt die Schnellbahn keine Alternative zum Auto dar: Im Gegenteil werden weitere Straßenkilometer in Hessen neu gebaut werden müssen; weiterer Verkehr wird massenhaft auf die Straße verlagert.“ Aufgrund der wenigen Haltepunkte in Hessen (Kassel und Fulda) müßten lange An-

fahrtswege zu den Bahnhöfen in Kauf genommen werden — was die Ersparnisse an Reisezeit schnell wieder aufbrauchte: für die Umweltschützer ein typisches Merkmal großtechnischer Projekte.

Raumordnerisch gesehen durchquert die Schnellbahn Hessen am Rande als reine Transitstrecke und läßt die wichtige Achse Kassel-Marburg-Gießen-Frankfurt, bereits heute ohne Intercity-Bedienung, weiterhin unterversorgt und unattraktiv. Abgehängt von der Schiene werden dann Städte wie Bebra (heute noch zweitgrößter hessischer Bahnhof und wichtiger Knotenpunkt) und Bad Hersfeld.

In ökonomischer Hinsicht kritisiert Gerda Pfahl „das technisch überholte, unsinnige Doppelkonzept Personen-/Güterverkehr auf einer Strecke“. Es belaste die Neubaustrecke im mittelhessischen Bergland mit enormen Kosten für Brücken, Tunnel, Einschnitte, Überholbahnhöfe alle 20 Kilometer, weil durch die angestrebte Geschwindigkeit von 250 km/h



Umweltschützer wollen Nebenstrecken erhalten

Umweltschützer wollen Nebenstrecken erhalten nur größte Kurvenradien und geringste Steigungen möglich sind. Allein der hessische Abschnitt kostet über fünf Milliarden DM (Hannover-Würzburg 13 Mrd. DM). Das bewirke schon heute

- einen faktischen Investitionsstopp auf Nebenstrecken, die nicht zum Kernbereich gehören,
- die endgültige Aufgabe der Erschließungsfunktion der Bahn, d.h. forcierte Stilllegungen und Ausdünnungen,
- anwachsenden Rationalisierungsdruck, d.h. Entlassungen, Versetzungen und Fortfall von Ausbildungsplätzen (z.B. in den Ausbesserungswerken in Fulda

Umweltschützer wollen Nebenstrecken erhalten nur größte Kurvenradien und geringste Steigungen möglich sind. Allein der hessische Abschnitt kostet über fünf Milliarden DM (Hannover-Würzburg 13 Mrd. DM). Das bewirke schon heute

Umweltschützer wollen Nebenstrecken erhalten nur größte Kurvenradien und geringste Steigungen möglich sind. Allein der hessische Abschnitt kostet über fünf Milliarden DM (Hannover-Würzburg 13 Mrd. DM). Das bewirke schon heute

HESSSEN 1983



URLAUB MIT DER BAHN



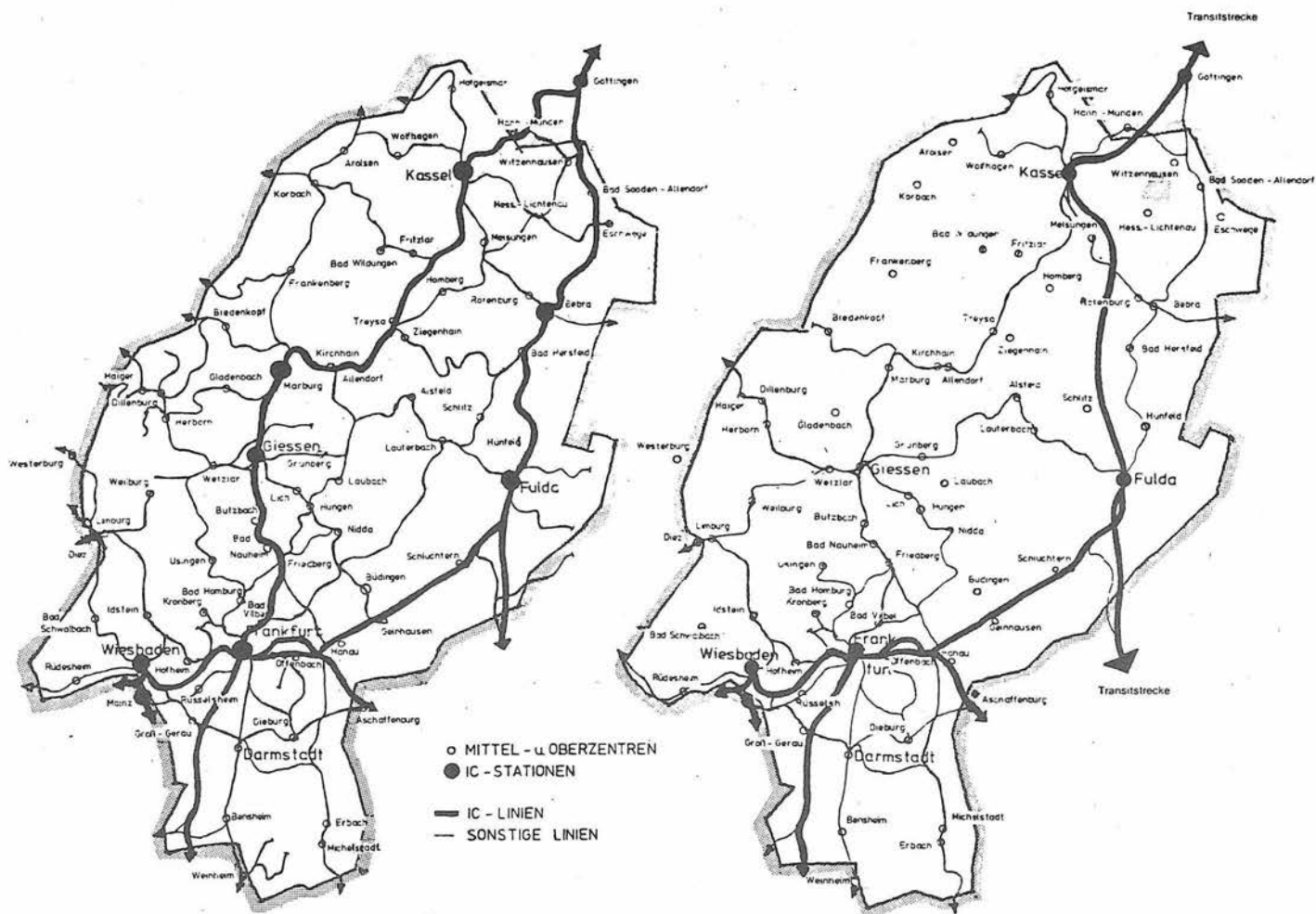
Werbung des Landschaftsverbrauchers DB und Kassel).

Die Ansicht, die Neubaustrecke sei auf Grund des gewaltigen Investitionsvolumens ein aussichtsreicher Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit bezeichnen Umweltschützer als ein Märchen: „Der großtechnologische Charakter der Bauten führt dazu, daß die Aufträge an Großbetriebe und Spezialfirmen gehen, während für die regionale Wirtschaft eher nur 'Brosamen' übrig bleiben. Das befürchtet sogar die IG Bau Steine Erden, die in einer Resolution kleine Baulose, genügend Zeit sowie das Verbot der Auftragsvergabe an billige Ostblockländer fordert.“

Die Wiederinstandsetzung eines flächendeckenden Schienennetzes mit schnellen Fernverbindungen würde hingegen den kleineren, regionalen und lohnintensiven Betrieben Arbeit auf Dauer bieten.

Auch in ökologischer Hinsicht wird das Schnellbahnkonzept als „wahnsinnig gewalttätig“ angesehen: Trasse, Stromtrasse, 'Geisterbahnhöfe', Kurvenradien und geringe Steigungen sowie Deponien bewirkten einen enormen Landschaftsverbrauch. Nicht die Bahnlinie werde der Landschaft eingepaßt, sondern diese solange umgekrempelt, bis sie für die Monsterrasse passe. Gerda Pfahl nennt Zahlen für Hessen: Von 111 Kilometern sind

46 km Tunnel



BUND - Konzept: dezentral

BUNDESBahn - Konzept: eine Linie

- 20 km Einschnitte
- 12 km Aufschüttungen
- 13 km Talbrücken
- 7 km ebenerdige Strecke.

Ferner gibt sie zu bedenken: Allein der Landverbrauch in Hessen beträgt ca. 700 ha Wald und Wiesen (Deponien und Stromtrasse nicht eingerechnet); mit dem Erdbraun aus Tunneln und Einschnitten werden Täler zugeschüttet, Feuchtgebiete und wertvolle Biotope vernichtet; durch die Tunnel werden Quellgebiete zerstört, Bäche trockengelegt und unberührte Täler (z.T. Landschafts- und Naturschutzgebiete) rücksichtslos mit Brücken überspannt.

Die hessischen Umweltschützer verweisen auch auf die sozialen Folgen der Schnellbahn. Da ist zum einen der dicht besiedelte Süden der Stadt Kassel, wo die Menschen von zahlreichen Häuserabbrissen, gigantischen Baustellen bis zu zehn Jahren direkt vor ihrer Haustür, von Lärm, Dreck, Gestank, Straßenverlegungen, Ortskernzerstörung genervt werden. Da sind zum anderen die Menschen in bisher leidlich unberührten ländlichen Gebieten, wo Wohnqualität und Arbeitsplätze, vor allem im Fremdenverkehr, ruiniert werden.

Staatsverdrossenheit müsse schließlich die Konsequenz sein. Durch "verfrühten

Baubeginn (so jetzt durch den Tunnelanstich im Schlitzer Land) entsteht möglicherweise der Sachzwang einer bestimmten Trassenführung, bevor alle Planungsverfahren abgeschlossen und alle technischen Probleme gelöst sind". Bei den betroffenen Bürgern wachsen die Ohnmachtsgefühle gegenüber den übermächtigen Behörden, die "ja doch machen, was sie wollen". Die Resignation in weiten Kreisen stehe in krassem Widerspruch zu verbrieften Rechten, die durch die Einschüchterungsversuche mancher Politiker beschnitten würden und an landesherrliche Rechthaberei früherer Zeiten erinnere.

Die Schnellbahn, so das Fazit der Initiative, werde unter Verschweigen ihrer wahren Auswirkungen zu einem "verbesserten Bahnangebot" verniedlicht und führe letztlich zu weiterer massenhafter Verlagerung des Verkehrs auf die Straße. Investitionen in dieses Projekt seien letztlich Subventionen des Straßenverkehrs. "Das Schnellbahnkonzept ist entstanden in der Wachstumseuphorie Anfang der siebziger Jahre zusammen mit Kanal und Flughafenprojekten. Es hat die gleichen verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt wie diese Bauten. Wir sollten alles daran setzen, dieses Bahnkonzept

abzuändern." Ihr Motto lautet: "Wer für die Bahn ist, der muß gegen die Schnellbahn sein."

In den letzten Monaten erkennen die Bürgerinitiativen insbesondere seit der Vorverlegung amerikanischer Truppenteile näher an die DDR-Grenze, daß der Bau der Strecke auch militärisch interessant sein könnte: Die Trasse führt wenige Kilometer an Gundhelm vorbei, wo sich zur Zeit ein Militärdepot, vermutlich für Giftgas, in Bau befindet. Militärstrategen könnten, so die Vermutungen, auf den Gedanken kommen, daß sich der 11 km lange Tunnel dort mit seinen 600 m langen Fensterstollen auch für ihre Bedürfnisse einplanen läßt.

Nördlich von Fulda wird die Schnellbahn teilweise vierspurig gebaut, zufällig (?) in der Nähe des Eisenergs bei Schlitz, wo zur Zeit die Zerstörung eines Waldgebietes durch Panzerübungen Proteste hervorruft.

Auch im weiteren Verlauf böten sich 46 km Tunnel durchaus für eine militärische Verwendung an. Ökologen und Friedenskämpfer werden sich auch hier zusammenschließen, um, wie es Gerda Pfahl deutlich ausspricht, "sich gegen diese ständige Lebensgefahr für die Bevölkerung zu wehren".

(Liberalen Parteien in Europa Teil III /Schluß)

„Zwischen dem Idealismus der Anhänger und dem Realismus seiner Führer“

Der Lib-Lab Pakt zwischen Liberalen und Sozialdemokraten stellt sich jetzt den Unterhauswahlen in Großbritannien. Die Entstehung dieses Bündnisses bildet einen Schwerpunkt der letzten Fortsetzung der Reihe über die liberalen Parteien in Europa, die aus der 'Haagse Post' übernommen wurde.

„Wir glauben, daß es möglich und erstrebenswert ist, das Land ohne ständige Wechsel von einem Extrem ins andere zu regieren“, sagt Alan Beith, „Chefeinpeitscher“ der Liberalen im britischen Parlament. „In anderen Ländern – Deutschland, Schweden, Holland – fallen die politischen Veränderungen weniger stark aus als bei uns, wo die Stahlindustrie nationalisiert, dann privatisiert und aufs neue nationalisiert wird, um dann wieder privatisiert zu werden. Die zwei großen Parteien wachsen immer weiter auseinander, und die Polarisierung ist viel stärker als in anderen europäischen Ländern“.

Die linksliberalen Parteien haben ein schizophrenes Verhältnis zur Polarisierung. Einerseits drohen sie zwischen den beiden großen Mächten von links und rechts zermahlen werden, andererseits können sie als kleine Partei zwischen den beiden großen das Zünglein an der Waage spielen und so – wie in der BRD – einen übergroßen Einfluß bekommen. Außerdem kann die Verhärtung einer dauerhaften Polarisierung beim Wählervolk zu einer Präferenz für die gemäßigten Mitte-Parteien wie in England und Italien führen. Die britischen Liberalen haben durch ihr Bündnis mit den von der Labour-Partei abgespaltenen Sozialdemokraten Wind in die Segel bekommen. Ihr Anführer David Steel steht in Umfragen immer wieder unmittelbar hinter Frau Thatcher, wenn es um die Frage geht, wen der englische Wähler als Premierminister bevorzugen würde. Fast 40 % halten ihn für den geeignetsten. Steel, einst Einpeitscher der Fraktion, wurde als anständiger, etwas „pfadfinderähnlicher“ Schotte zum Parteiführer gewählt, nachdem der Skandal um Jeremy Thorpe die liberale Fahne verunziert hatte.

Thorpe war es als Nachfolger des begnadeten Redners Jo Grimond schon recht gut gelungen, die alte Liberale Partei aus ihrer Isolation zu führen. Er wirkte und klang zwar ein bißchen wie ein Gentleman alter Schule, zeichnete sich jedoch durch ein modernes Vorgehen aus. Für viele verkörperte er offensichtlich die neue Mittelklasse: die Arbeitnehmer mit dem weißen Kragen, die sich nicht mehr bei Labour und ganz und gar nicht bei den Konservativen zu Hause fühlten.

Wenn Alan Beith erklärt, wo die Liberalen ihre Stimmen holen, fängt er mit der traditionellen Klientel an: kleine Bauern, die nonkonformistischen Kirchen wie die Methodisten und Baptisten und

Flecken im schottischen Hochland und in Wales. Doch dann kommt er auf den „Orpington-Wähler“, den Einwohner jenes Distrikts, in dem die Liberalen 1962 einen sensationellen Sieg erzielten, den sie als Meilenstein ihres neuen Erfolges betrachteten. Es ist der junge Mann, von



Maggie Thatcher von LIB-LAB gefährdet? Hause aus Labour, der vorankommen will, ein eigenes Haus gekauft hat, aber fühlt, daß die Konservativen eine Reiche-Leute-Partei, also nichts für einfache Menschen seiner Art sind. Er ist offen für neue Ideen, für die EG, für eine vernünftige Betrachtung der Zukunft des Landes.

Labour-Führer James Callaghan stellte die britischen Liberalen in den siebziger Jahren vor ein klassisches Dilemma; wollten sie seine Minderheitsregierung unterstützen oder Schuld sein an einer Machtübernahme durch die Konservativen? Die liberal party schloß den berühmten „lib-lab-Pakt“, der mit dem Katergefühl endete, nur als Stimmenlieferant benutzt worden zu sein, ohne daß dem etwas gegenüberstand im Sinne einer Reform des Wahlrechts, daß die kleine Partei stark benachteiligt. Der lib-lab-Pakt machte viel böses Blut unter den liberalen Anhängern, und als die Partei schließlich eine Allianz mit den Labour-Überläufern Roy Jenkins, Shirley Williams und David Owen einging, wurden bei Nachwahlen auf den Plakaten in manchen Wahlkreisen die ersten drei Buchstaben durchgestrichen. David Steel

jedoch hatte Lehrgeld bezahlt und lotste seine Partei als stärksten Partner durch die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten.

Die Allianz ist ein Pakt zwischen „Generalen ohne Armee“ (Jenkins und die seinen) und einer „Armee ohne Generale“ (die Liberalen), wie Dahrendorf es ausdrückt. Um für die zwei großen Parteien eine wirkliche Bedrohung zu sein, wird sie bei den Wahlen rund 33 % der Stimmen erhalten müssen. Dabei stehen die Liberalen für mindestens 15 % der Stimmen. Die Anhänger sind in den letzten zehn Jahren durch eine sehr aktive Politik auf lokaler Ebene gewonnen worden. Ihr Erfolg erklärt sich aber auch dadurch, daß sich jeder, der mit der Politik von Labour oder den Konservativen unzufrieden war, bei den Liberalen wiederfinden konnte. „Es ist“, sagt Dahrendorf, „im Grunde eine Protest-Partei. Es kostet wenig, sie zu wählen. Man hat nie das Gefühl, die falsche Regierung gewählt zu haben, denn man wählt ja keine Regierung. Ich sage manchmal zu David Steel: Sobald du anfängst zu regieren, bist du die Hälfte deiner Wähler wieder los.“

In Italien kehrt sich die Mode gegen die Polarisierung. Die Christdemokraten werden für eine wachsende Zahl von Wählern altmodisch, und die Anziehungskraft der Kommunisten auf junge Wähler läßt nach. Die Parteien in der Mitte sind stark im Kommen, besonders die Sozialisten von Bettino Craxi, aber auch die verschiedenen liberalen Strömungen. Linksliberale in den anderen europäischen Ländern sehen mit Neid auf die Partito Repubblicano Italiano (PRI), die mit nur wenigen Prozent – zuletzt 4,5 – schon seit langem Anteil an der Regierungsmacht hat. In vergangenen Regierungen hat sie sogar einen populären Ministerpräsidenten gestellt: den ehemaligen Florentiner Professor Giovanni Spadolini.

In der Gestalt des Historikers, die er gerne annimmt, beschreibt Spadolini seine Partei als die Partei des „weltlichen Italien“, des „anderen Italien“ oder eines „Italiens des Protestes, der Ketzerei und des Widerstands gegen das Italien undeutlicher parlamentarischer Mehrheiten“. Das ist schöne Rhetorik und zeugt von historischem Wissen, in dem man hierzulande gerne schwelgt, aber der Grundton ist realistisch. Natürlich ist auch die PRI die Partei der „Intellektuellen und technischen Kader“ und daher „modern und effizient“, aber sie verkörpert zugleich das Erbe der italienischen Erhebung. Die Republikaner ehren Giuseppe Mazzini,

den Mitbegründer der Ersten Internationale, als ihren Vorfahren. Nach der Verwirklichung des italienischen Einheitsstaates setzten die Liberalen die konservative Tradition von Cavour fort, während die Republikaner und die Sozialisten um das Gedankengut von Garibaldi und Mazzini kämpften. Seltsam genug bietet dadurch das italienische Spektrum an Freisinnigen fast das gleiche Bild wie in den Niederlanden. Von der Liberalen Partei spaltete sich der linke Flügel ab, der mit Hilfe von Ökologen, Pazifisten und Verfechtern von Ehescheidung und Abtreibung in der Radikalen Partei von Marco Panella Einfluß bekam. Dazwischen steht labil die Republikanische Partei. Die PRI legte 1895 ihr Programm eines allgemeinen Wahlrechts, der Wehrpflicht und des nicht kirchlichen Unterrichts vor. Die Partei bekam in Mittelitalien, der Toskana, der Romagna und Latium, festen Boden unter den Füßen. In der Stadt Velletri hat sie bis auf den heutigen Tag die Mehrheit. Im Gegensatz zu den geistesverwandten Parteien im Ausland verfügen die Republikaner sogar über eine Art Massenorganisation mit einer sicheren Anhängerschaft unter den Arbeitern, sei sie auch nur regional.

Nach sechsjährigem Lavieren in immer wieder wechselnden Koalitionen erreichten die schwedischen Liberalen bei den letzten Wahlen ihren historischen Tiefpunkt von 7,5 %. "Unser Liberalismus wurde im vorigen Jahrhundert geboren, aus Protest gegen die königliche Autokratie, soziale Ungerechtigkeit und eine Repression, die schwer über dem ganzen Land lag," faßt ein Parteiideologe kurz die Geschichte zusammen. "In den Städten kämpften wir für Freiheit der Presse, Meinungsfreiheit und für den freien Handel, doch das Wichtigste war unser Eintreten für Gerechtigkeit und Demokratie auch auf dem flachen Land. Aber schnell nahmen uns die Sozialdemokraten die Initiative aus der Hand, und unsere Anhängerschaft bröckelte ab. Von den Stimmen aus dem Jahr 1956 haben wir nach einem kleinen Aufleben Ende der sechziger Jahre nur noch ein Drittel behalten." Und er deutet – er will anonym bleiben und selbst in einer holländischen Wochenzeitung nicht mit Namen genannt werden – die Gesichtslosigkeit der Liberalen als Ursache an: "Wir beginnen jetzt einzusehen, daß unser Geschacher mit den anderen Parteien der Mitte unser politisches Programm immer diffuser gemacht hat. Das hat unser Profil gekostet."

Im benachbarten Dänemark war die geistesverwandte Venstre-Partei in Siegestimmung, als sie in den Koalitionsverhandlungen nicht weniger als acht Ministeressel herauschlagen konnte. Die Partei steht in einer pazifistischen, soziallibe-



Die liberale Fahne verunziert: Jeremy Thorpe (rechts)

ralen Tradition und fand mit ihrem Streben, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte einzudämmen, lange Zeit viele Anhänger unter Beamten, Landwirten, Intellektuellen und kleinen Mittelständlern. Die Partei trat für geistige und politische Freiheit ein und kann zu der bürgerlich radikalen Strömung in Westeuropa gerechnet werden. Die acht Ministerposten sind ihr jedoch schlecht bekommen: Noch bevor der konservative Premierminister Poul Schlüter sein drastisches Sparprogramm bekannt gemacht hatte, war klar, daß besonders die Budgets der liberal geführten Ministerien hiervon getroffen werden würden – Landwirtschaft, Bildung, Wirtschaft, Finanzen. Fast täglich demonstrierten in der Hauptstadt aufgebrachte Dänen gegen einen der liberalen Minister.

"Vorläufig sind die Zeiten schlecht", stellt der Niederländer Jan Brinkhorst von den "d 66" fest. "Unser Menschenbild ist positiv, aber wenn sich die ökonomischen Strukturen verhärteten, zeigen unsere Wähler eine Neigung zu den alten Fluchtwegen mit ihren Quasi-Sicherheiten, und das bietet unsere Strömung nicht" Überall in Europa erleben die linksliberalen Parteien am Ende der sechziger Jahre eine Art Revival und einen Zustrom von ungedulden Jüngeren. "Die Welle von 68, in Holland von 66, ist für diese Strömung sehr wichtig gewesen," erklärt Ralf Dahrendorf. Die liberalen Parteien wurden offensichtlich als weniger verkrustet erkannt und kamen den Bedürfnissen mit ihrem vertrauensweckenden Fortschrittsoptimismus entgegen. Nach dieser

glücklichen Periode ebbte die Welle nach der Ölkrise wieder ab. Man könnte fast meinen, daß der Linksliberalismus in der Demokratie eine Art Luxuserscheinung ist.

Das nächste Dilemma der in die Enge getriebenen linksliberalen Parteien zeichnet sich in der Rüstungsfrage ab. Der Kongreß der britischen Liberalen hat sich gegen die Aufstellung von Mittelstreckenraketen ausgesprochen, im Gegensatz zur Parteiführung. In den Niederlanden hat Jacob Kohnstamm auf einer Rundreise durch die Partei eine ständige Zunahme des Pazifismus festgestellt – ganz in Übereinstimmung übrigens mit der Tradition der freisinnigen Demokraten, die eine Zeitlang nicht nur für eine internationale Rechtsordnung, sondern auch für eine einseitige Abrüstung eintraten. Auch in den Niederlanden wenden sich die Parteiführer gegen diese Stimmung in ihren eigenen Reihen. Der scheidende Fraktionsvorsitzende Brinkhorst warnte: "Wenn man diesen Weg einschlägt, ist die Partei zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die Versuchung ist immer da: Wir lassen uns in unserem politischen Handeln stark ethisch leiten und sind dadurch von Natur aus dicht an einer Bekenntnispartei. Aber wir dürfen uns nicht vor der Verantwortung drücken und in das einseitige Denken des Pazifismus verfallen. Unsere Chance zu überleben wird durch die Symbiose von Idealismus und Realismus bestimmt." So droht dem Linksliberalismus in Europa die Vernichtung zwischen dem Idealismus seiner Anhänger und dem Realismus seiner Führer.

Ende

Für Homosexuelle in Hamburg: Magnus-Hirschfeld-Centrum

Den in und um Hamburg lebenden homosexuellen Männern und Frauen steht künftig im Stadtteil Eppendorf ein Kommunikations- und Beratungszentrum zur Verfügung, das auch all denen offenstehen soll, die den Dialog mit den Homosexuellen nicht scheuen und sich über diese Form der Sexualität informieren wollen. Benannt wird das Zentrum nach dem führenden Vertreter der Bürgerrechtsbewegung dieser Minderheit in der Weimarer Republik, Dr. Magnus Hirschfeld.

Seit der Entschärfung des § 175 StGB bekennen sich auch in der Hansestadt immer mehr Homosexuelle zu ihrer Veranlagung. Hamburg bietet für sie mittlerweile eine Vielzahl von Kneipen und Diskotheken, Clubs und Emanzipationsgruppen. Nach dem Willen seiner Träger soll das Magnus-Hirschfeld-Centrum alle bestehenden und noch zersplitterten Aktivitäten zusammenfassen, neue Angebote und Projekte ermöglichen und ein Zuhause für die Gemeinschaft aller homosexuellen Männer und Frauen einrichten.

Das Konzept des Zentrums beinhaltet zwei Komponenten: Im Erdgeschoß und in den Kellerräumen der ehemaligen Großbäckerei im Borgweg entsteht das Kommunikationszentrum, im 1. Stock hat das Beratungszentrum seine Arbeit bereits aufgenommen.

Die Hamburger Homosexuellenorganisation UHA (Unabhängige Homosexuelleninitiative e.V.) zeichnet für das Kommunikationszentrum verantwortlich. Es soll auch über die "Nachtkultur" hinaus einen Treffpunkt gerade für diejenigen unter den Betroffenen bilden, die sich nicht – oder noch nicht – einer Schwulen- oder Lesbengruppe angeschlossen haben. Das Zentrum versteht sich jedoch nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zu den bestehenden Lokalen. Workshops und Hobbygruppen werden in den Räumen ebenso Platz finden wie Film- und Vortragsveranstaltungen, Seminare und Ausstellungen. Gleichzeitig wird damit ein Forum der Begegnung zwischen homo- und heterosexuellen Menschen geschaffen.

Die UHA versteht das Zentrum nicht als ihr "Vereinsheim", sondern hat ihre Bereitschaft angekündigt, die Gruppenräume auch anderen Gruppen zur Verfügung zu stellen. Um die Kosten für den Umbau so niedrig wie möglich zu halten, legen nicht nur UHA-Mitglieder Hand an, außer Angehörigen einer anderen Gruppe und "Nichtorganisierten" arbeiten auch Heterosexuelle, die sich mit den Zielen dieser Einrichtung solidarisieren, bei der Renovierung mit.

Das Beratungszentrum wird von dem Verein INTERVENTION betrieben, der sich für diesen Zweck gegründet hat. Damit wollten die Initiatoren dem Mißstand Rechnung tragen, daß auch heute noch

homosexuelle Menschen in eine Außen-seiterrolle gedrängt werden, wenn sie sich nicht den Normen einer heterosexuell geprägten Gesellschaft unterwerfen. Beziehungängste, Kontaktprobleme, sexuelle Schwierigkeiten, Selbsthaß, Anpassungsdruck und Minderwertigkeitsgefühle ließen schon manchen in Alkohol-, Tabletten- und Drogenkonsum flüchten, unter Depressionen leiden oder Selbstmordversuche unternehmen.



Schirmherrin Helga Schuchardt

Qualifizierte Hilfeleistung war bisher nur selten möglich, weil sich die staatlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen, sowie Emanzipations- und Selbsthilfegruppen, als vielfach überfordert erwiesen. Den genannten Problemen will das Beratungszentrum mit einem breiten Angebot von psychosozialen Maßnahmen entgegenreten. Mittelfristig ist vorgesehen, den interdisziplinären Charakter der Arbeit durch das Zusammenwirken von Ärzten, Therapeuten, Sozialpädagogen, Psychologen und Juristen zu verstärken.

In den Kreis der Ratsuchenden rechnet das Zentrum insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, da Eltern, Erzieher und Lehrer sich kaum in der Lage zeigen, junge Menschen sachlich über Homosexualität und die damit verbundenen Probleme aufzuklären.

Viele Jugendliche, die erkennen, daß sie homosexuell sind, geraten mit ihren Eltern oder Erziehungsberechtigten in Konflikt. Deshalb soll die Beratung auch bei betroffenen Eltern und Pädagogen ansetzen. Ferner gehören auch Ehepaare zu den Zielgruppen, denn die homosexuelle Veranlagung eines Ehepartners ist häufig nicht nur eine Zerreißprobe für die Ehe, sondern auch für das Verhältnis zu den Angehörigen.

In Zusammenarbeit mit anderen Hamburger Therapieeinrichtungen ist schließlich die Beratung von Suchtgefährdeten und -abhängigen vorgesehen. In der zweiten Jahreshälfte wird der Aufbau eines täglichen Telefondienstes in Angriff genommen, der – nach dem Vorbild der Telefonseelsorge – Rat- und Hilfesuchenden zur Verfügung steht.

Kommunikations- und Beratungszentrum sehen sich nicht als isolierte Einzelkämpfer gegen die Diskriminierung der Homosexualität, sondern gegen die Unterdrückung der Sexualität überhaupt. Insofern werden stets gemeinsame Stoßrichtungen mit der Frauenbewegung (§ 218) betont. Hierbei knüpft das Zentrum an die Ziele des von Magnus Hirschfeld 1919 in Berlin gegründeten Sexualwissenschaftlichen Instituts an. Am 6. Mai 1933 wurde es von den Nationalsozialisten geplündert, die Bibliothek fiel vier Tage später der Bücherverbrennung zum Opfer. Genau fünfzig Jahre nach der Zerstörung des Instituts fand in den Räumen des neuen Magnus-Hirschfeld-Centrums in Hamburg ein Gedenknachmittag statt.

Die Finanzierung des Zentrums bereitet den Verantwortlichen immer noch Kopfzerbrechen; ein eigens eingerichteter Förderkreis, in den interessierte Bürger einmalig oder monatlich Spenden einbringen können, kann die Unkosten bei weitem nicht decken. Die Freizeitarbeit der Mitglieder und Freunde, finanzielle Mittel des Bezirksamtes Nord und der GAL bildeten zwar einen nicht unerheblichen Grundstock, jedoch sind weitere Mittel erforderlich, die z.T. durch Benefizveranstaltungen erbracht werden sollen.

So wird für den 15. Juni in der Hamburger Musikhalle eine Gala vorbereitet, zu der sich über hundert Künstler kostenlos zur Verfügung gestellt haben, darunter eine Big Band und ein komplettes Sinfonieorchester. Für diese Veranstaltung hat – auf Betreiben der Kultursenatorin Helga Schuchardt – der Hamburger Senat die Schirmherrschaft übernommen. Eine Folge weiterer Veranstaltungen werden im Magnus-Hirschfeld-Zentrum im Rahmen der 4. Hamburger Schwulen- und Lesbenwochen, Stonewall '83, vorbereitet.

Magnus-Hirschfeld-Centrum
Borgweg 8
2000 Hamburg 60

Liberales Zentrum Eimsbüttel

Die Ottersbekallee im Hamburger Bezirk Eimsbüttel ist eine relativ ruhige Wohnstraße mit fast ausschließlichem Altbaubestand, wenige Gehminuten vom nächsten U-Bahnhof entfernt. Hier fanden Hamburger Liberale 1979 mit einer ehemaligen Laden-Galerie die richtigen Räumlichkeiten zur Verwirklichung einer Idee: der Gründung eines Liberalen Zentrums Eimsbüttel.

„Von einer möglichen Konzeption her gab es im Bundesgebiet ja bereits interessante Beispiele, z.B. Köln und Freiburg, die in Ausstattung und Angebot wahre Herausforderungen bedeuteten. Auch in Hamburg wollten wir nicht nur einen Treffpunkt für Parteigremien auf Bezirksebene schaffen, sondern mitten in Eimsbüttel eine offene Begegnungsstätte für den sozial, kulturell und politisch interessierten Bürger“, erinnert sich mit Elisabeth von Wangenheim eine der Aktiven des Zentrums an die vorherigen Gespräche im damaligen FDP-Bezirksverband Eimsbüttel.

Entsprechend wurde das Programm des Zentrums, das am 12. April 1980 seine Eröffnung feierte, recht vielfältig gestaltet: Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen politischen und kulturellen Problemen, diverse Nachbarschaftspartys, Vorstellungsnachmittage und -abende von Vereinen aus der örtlichen Umgebung, musikalische Frühschoppen, Reiseberichte, Filmabende, Begegnungsveranstaltungen mit ausländischen Gruppen, Dichterlesungen und natürlich Ausstellungen.

So zeigten Hamburger Künstler Ölbilder und Zeichnungen, zweimal wurde eine Ausstellung mit Kunsthandwerk ausgerichtet, Fotoausstellungen entstanden parallel zu politischen Diskussionsveranstaltungen, Reiseschilderungen wurden durch Fotoserien ergänzt. Eine Besonderheit mit sehr schönen Exponaten bot eine Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung: „Kunst aus der Bedrängnis“ – Arbeiten Fuhlsbütteler Strafgefangener.

So eine kurze Auflistung der Aktivitäten liest sich recht leicht, die kontinuierliche Arbeit, Vorbereitung und ständige Unterhaltung des Zentrums sind das keineswegs. „Es mag auch anderen Zentren so ergehen, daß sich die Mühseligkeiten dafür nur auf den Schultern von wenigen Aktiven verteilen“, beklagt sich einer von ihnen, „manches Mal wollte einen da schon der Mut verlassen, last not least muß die ganze Sache ja auch ständig fi-

nanziert werden, allein die Miete verschlingt hohe Kosten.“

In dem für Liberale denkwürdigen und krisengeschüttelten Jahr 1982 wurden im Verein ausführliche Gespräche darüber geführt, inwieweit eine Zukunft und Weiterarbeit des Liberalen Zentrums möglich und sinnvoll sein könnte. Gerade in Hamburg kehrten viele Liberale der FDP den Rücken, zeichnete sich eine totale Zerstreuung ab.

Inzwischen ist das Zentrum zu einem Ort geworden, der als Treffpunkt verschiedener liberaler Organisationen eine wichtige Bedeutung hat. Als zunehmend unabhängiger gewordener Verein sieht das Liberale Zentrum seine Arbeit nicht an bestimmte liberale Organisationen gebunden. Die Aktivistin Elisabeth von Wangenheim hält als parteilose Liberale diesen Sinn und Zweck zur Zeit für das wichtigste Anliegen des Liberalen Zentrums.

Bildungswerk der Liberalen Zentren
Die dreizehn nordrhein-westfälischen Liberalen Zentren haben auf einer gemeinsamen Sitzung einen Förderverein gegründet. Sein Ziel ist es u.a., als anerkannter Träger der Weiterbildung die Veranstaltungen der einzelnen LZ zu unterstützen.

Vorsitzender des Fördervereins wurde Michael Kleff. Anlaufadresse des Vereins ist das LZ Köln, Roonstr.69, 5000 Köln.

Programmübersicht des Liberalen Zentrums Eimsbüttel

Mai/Juni: amnesty international, die Gruppe Eimsbüttel stellt sich vor; Fotoausstellung, Vortrag, Lesung

Ende August: Datenschutz – Informationstechniken in der öffentlichen Verwaltung: Stand und Perspektiven, computerlesbarer Personalausweis; mit Dr. Klaus Brunnstein, Professor für angewandte Informatik an der Universität Hamburg

September: Friedenspolitik aktuell; zerbricht die westliche Verteidigungsgemeinschaft? Mit General a.D. Gerd Bastian MdB und einem Referenten aus dem Auswärtigen Amt

Oktober 1983: Augenzeugenbericht: die Deutsche Demokratische Partei im Hamburg der Weimarer Republik; mit Dr. Erich Lüth, Publizist und Senatspressesprecher a.D.

November: Zeichnungen und Aquarelle von Ute Jacobs und Jens Ohde;

Beginn einer Reihe zum Thema „Liberalismus in der Sackgasse?“ Referate, Diskussionen, Filme

1. - 4. Advent: Ausstellung „Kunsthandwerk in der Adventszeit“

Liberales Zentrum Eimsbüttel
Ottersbekallee 1
2000 Hamburg 19
Tel. 040/404082

Hotel „Burgau“

Besitzer: Dietmar und Ilse Görner

St. Vither-Str. 16

5108 Monschau/Eifel

Telefon: 02472/2120

Zimmer mit Dusche, WC, TV

Terasse und Liegewiese

Rodelbahn

städt. Schwimmbad und Sauna (3 Min.)

Parkplatz am Haus

Dieses Haus im Stil und mit dem Komfort unserer Zeit ist bestens geeignet für Ihren Urlaub sowie für Ihre Seminare und Tagungen im gemütlichen Rahmen.

Übernachtung mit Frühstück ab 30,- DM, Preise für Halbpension, längere Urlaubsaufenthalte, Seminare und Tagungen auf Anfrage.

Liebe Leserinnen, Liebe Leser

die letzte Ausgabe der liberalen drucksachen berichtete darüber, wie die Verhandlungen in den einzelnen Bundesländern über den Fortbestand des Rings Politischer Jugend (RPJ) laufen. Über den RPJ werden die öffentlichen Gelder an die politischen Jugendorganisationen verteilt. Einige Zeitungskollegen schrieben daraus eine eigene Meldung, ohne selber den aktuellen Stand zu recherchieren. Am wenigsten gelang die Aufbereitung der Frankfurter Rundschau. Ausgerechnet hierauf verfasste dann der Vorwärts einen Kommentar, wiederum, ohne auch nur ein Ortsgespräch mit den Jungdemokraten oder den Jusos zu führen. Das Prinzip der "stillen Post" hält Einzug in die Redaktionen.

Gelegentlich werden wir gefragt, warum einige Beiträge nicht mit Namen gezeichnet sind. In aller Regel handelt es sich dabei um Artikel, die von Redaktionsmitgliedern, häufig gemeinsam, verfasst worden sind. Gelegentlich erhalten wir Beiträge von Profi-Kollegen, die keine dummen Nachfragen ihrer Arbeitgeber provozieren möchten. Schließlich gibt es Leser, wie diesmal ein FDP-Mitglied aus Hessen, die andere Gründe haben, lieber anonym zu bleiben.

Erstmals gab es in der Redaktion eine Kampfabstimmung. Martin Budich konnte sich nicht damit durchsetzen, in der Rubrik der die-das-letzte die in der Nähe von Erfurt gefundenen Tagebücher eines H.D. Genscher zu veröffentlichen. Seiner Meinung nach hätte dann die Geschichte des Koalitionswechsels in wesentlichen Teilen neu geschrieben werden müssen. Man vermutet, daß Martin Budich nun versuchen will, in den Herausgeberbeirat zu kommen, um dies an der Redaktion vorbei durchsetzen zu können.

Insgesamt ist die Situation für die liberalen drucksachen-Macher zur Zeit nicht sonderlich erfreulich. Wenn sich das Anzeigenaufkommen und/oder die Abonnentenzahl nicht erheblich erhöht, oder andere Finanzbeteiligungen gewonnen werden können, dürfte unser Projekt dieses Jahr nicht überleben. Wenn jeder Leser nur einen weiteren Abonnenten wirbt, ist die Zukunft der Zeitschrift gesichert.

Da alle Redakteure ehrenamtlich für die liberalen drucksachen arbeiten, ist zwar kein Arbeitsplatz gefährdet, doch ein weiterer Hoffnungsträger für die Zukunft des Liberalismus würde entfallen.

Wir würden gerne weiter Zeit und auch Geld opfern, um diese Zeitschrift am Leben zu erhalten, doch hierfür brauchen wir Ihre Unterstützung.

In diesem Sinne
Ihre drucksachen-Macher

Ich unterstütze die liberalen drucksachen mit einem Abonnement

(Name)

(Adresse)

O 10,50 DM (1/4-Jahr) O 21,- DM (1/2-Jahr) O 42,- DM (1/1-Jahr)

O habe ich auf das Postscheckkonto Volker Perthes, 23934-431, beim Postscheckamt Essen, BLZ 360 100 43, überwiesen

O liegen als Scheck bei

O Ich möchte Werbeexemplare der liberalen drucksachen a 1,50 DM haben

O Ich möchte eine Anzeige schalten und die Preisliste haben

O Ich möchte mich finanziell am Verlag beteiligen

(Name)

(Adresse)

(Unterschrift)



IMPRESSUM

Herausgeber:

Drucksachen-Verlagsgesellschaft mbH,
Elbestr. 30, 4630 Bochum

Herausgeberbeirat:

William Borm, Hinrich Enderlein, Sibylle Engel, Friedrich Hölscher, Hanspeter Knirsch, Jürgen Koppelin, Wolfgang Lüder, Werner Lutz, Ingrid Matthäus-Maier, Christoph Strässer, Theo Schiller, Helga Schuchardt

Redaktion:

Martin Budich (verantwortlich), Wolfgang Froese, Marianne Hochgeschurz, Michael Kleff, Dieter Noth, Heidrun Schmitt, Michael Staack

Redaktionsanschrift:

Elbestr. 30, 4630 Bochum
Tel. (0234) 502197

Bonner Büro:

Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1
Tel. (0228) 210950

Anzeigen und Vertrieb:

Heiko Melcher

Abo-Bedingungen:

Einzelheft 3,50 DM, Abonnement über 1/4 Jahr 10,50 DM, für 1/2 Jahr 21 DM, für ein Jahr 42 DM

In dem Preis ist die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten.

Druck und Titelsatz:

Druckerei Hartmann, Ahaus

Auflage: 6.000

Fotonachweis: dpa, Knirsch, Melcher, Schröder

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1/83

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Einsenden an:

liberale drucksachen
Elbestr. 30
4630 Bochum

„Polit-Primadonna“

Ralf Dahrendorf, in London arbeitender Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, bereitet seine Rückkehr in die Bundesrepublik vor. Für die baden-württembergische FDP soll er bei den Landtagswahlen im kommenden Frühjahr im Wahlkreis Stuttgart I kandidieren.

Die FDP in Baden-Württemberg hofft, mit einer CDU-Koalitionsaussage die 5%-Hürde zu überspringen und gleichzeitig die CDU um die absolute Mehrheit zu bringen. Dahrendorf soll dann Kultusminister in einer CDU/FDP-Landesregierung werden.

Ein liberaler Professor steht als Gegenkandidat für Dahrendorf schon so gut wie fest. Friedrich Neunhöffer soll als Landesvorsitzender der Liberalen Demokraten gegen „die importierte Polit-Primadonna“ antreten, um „deutlich zu machen, daß es noch eine Partei gibt, die in der Tradition der Freiburger Thesen“ steht.

Einfacher Mensch

Josef Ertl, verabschiedeter Bundeslandwirtschaftsminister, der den Amtsverlust noch nicht verwunden und dem FDP-Chef Genscher die schneller Preisgabe des Ministeriums in den Koalitionsverhandlungen nicht verzeihen hat, strebt nach neuen Ufern. Neben Helmut Schäfer, dem Vorsitzenden des außenpolitischen Frak-



tions-Arbeitskreises, rückte Ertl jetzt als zweiter FDP-Vertreter in den Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestags ein.

Dem abgehalfterten Bayern gelang damit noch ein kleiner Triumph: Seiner

Dauer-Widersacherin Hildegard Hamm-Brücher, jüngst auch aus dem FDP-Landesvorstand abgewählt, blieb der Zutritt zu diesem begehrten Parlamentsgremium versperrt. Ertl, neuer außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, wird auch die Außenpolitik mit seinem in Brüsseler Nachtsitzungen geschärften gesunden Menschenverstand bewältigen. In seiner Abschiedsrede als Landesvorsitzender der bayerischen Freidemokraten faßte er vor kurzem noch einmal sein Credo zusammen, dem er in neuer Funktion treu bleiben will: „Liberal sein, heißt Mensch sein, ein ganz einfacher Mensch sein. Es gibt nichts Herrlicheres, als ein ganz einfacher Mensch zu sein.“

Geschäftsführer

Georg Hundt, 29-jähriger Diplom-Pädagoge aus Hagen, ist neuer Bundesgeschäftsführer der Liberalen Demokraten. Von 1978 bis 1980 war Hundt stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungdemokraten und arbeitete dort schwerpunktmäßig in den Bereichen Bündnispolitik und Berufsverbote/Grundrechtsabbau.



Afrika-Experte

„Wenn er weitergegensichert hätte, säße er heute wohl am Kabinettsstisch“, mutmaßte der SPIEGEL im Dezember 1982. Stattdessen sitzt er inzwischen als Hinterbänkler in der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Seine Emanzipation vom Genscherismus hat Günter Verheugen (39) mit einem deutlichen Karriere-Knick bezahlt. Zu „sagen“ hat er vorläufig nur etwas als „Berichterstatte-



in „Fragen des südlichen Afrika“ sowie in Fragen des „Internationalen Umweltschutzes“. Als ordentliches Mitglied des Auswärtigen Ausschusses wird Verheugen zudem in den Unterausschüssen „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ sowie „Außereuropäische Kulturpolitik“ arbeiten. Bei letzterem kann er nahtlos da weitermachen, wo er sein FDP-liberales Engagement mit einem Grundsatzreferat beim Internationalen Symposium der Friedrich-Naumann-Stiftung 'Nord-Süd-Dialog' in Palermo, genau sechs Tage vor seinem Parteiwechsel, beendet hat. Befreit von „The Masters Voice“ scheint Verheugen sich nun auch in Fragen der „Nachrüstung“ zu fühlen: „Selbstverständlich bin ich gegen die Stationierung!“

Neuer Schatz

Ulrich Krüger, 41-jähriger Architekt aus Friedrichsdorf/Taunus, wurde auf dem III. Bundesparteitag der Liberalen Demokraten in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Er erhielt 208 der 251 abgegebenen Stimmen. Neue Schatzmeisterin der LD wurde Ingeborg Conrads, Steuerberaterin aus Duisburg, mit 238 von 254 Stimmen. Ihr Vorgänger, Michael Kleff aus Bonn, wurde stellvertretender Vorsitzender.

Desweiteren gehören dem neuen Bundesvorstand an: Heidemarie Lehmann, Heinz-Hermann Storck (beide Hessen), Anton Fischer (Bayern), Heinz Löffler (West-Berlin), Hanno Jochimsen (Hamburg), Hanspeter Knirsch, Thilo Schelling, Silke Groht (alle NRW), Evelyne Schröder (Bremen), von Kaufmann (Schleswig-Holstein), Dietke Hartermann (Rheinland-Pfalz), Georg Schmige und David John Williams (beide Baden-Württemberg).

DIE BUNDESREGIERUNG INFORMIERT:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



Nr. 45/S. 421 Bonn, den 10. Mai 1983

Bulletin

Kohls Sprecher: Peter Boenisch

Peter Boenisch, 56 und schon ein bißchen weise, hat gestern wieder gesagt, daß er „im Beruf schon alles gehabt hat“. Und daß er trotzdem immer mehr wollte. Morgen wird er Kanzler Kohls offizieller Sprecher, mit tiefer Berliner Stimme. Und mit Herz dazu.

Peter Boenisch, Vater Deutscher, Mutter Russin, sagt einfach: „Ich möchte dem Staat dienen.“ Er hätte den mit 12 000 Mark monatlich dotierten Job in Bonn auch ohne Geld genommen – er hat viel Geld.

Eine schillernde Figur, dieser 1,86 Meter große, 170 Pfund schwere Peter Boenisch: Flakheifer, Fallschirmspringer, Erfolgsjournalist. Und Fußballfan, der noch mehr Golf und Pferde liebt; den Schönes freut und der reichlich Schönes zusammentrug: Zwei herrliche Häuser in Ber-

zahn Jahre als Chefredakteur der BILD-Zeitung und später der „Welt“ ein verbissener Arbeiter, häufig mit 16-Stunden-Tag. Er fühlte sich mit dem Beruf verheiratet, seine Ehe zerbrach.

Der Neue an Kohls Seite verehrt Adenauer (wie Kohl), ist gut Freund mit Strauß (aber seltener seiner Meinung). Er kennt das Leben („Wie ein Paternoster, immer rauf und runter“), spricht, schreibt und denkt auch so. Dieser Satz aus Kohls Regierungserklärung trägt Boenischs Handschrift: „Wir wissen: Der Staat allein kann die Probleme nicht lösen. Er soll dies auch gar nicht versuchen. Die Regierung braucht und will die Mitverantwortung aller Bürger.“

100 rote Nelken für den „Vorwärts“

Wie wird der früh ergraute „Pepe“ Boenisch, mit Schuhgröße 46 auf großem Fuß, in Bonn ankommen? Er wird sich zu helfen wissen. Dem SPD-Blatt „Vorwärts“ schickte er 1976 zum 100. Geburtstag 100 rote Nelken.

Beim Bonner Presseball: Peter Boenisch (56) mit der blonden Susanne Fischer (28), seit sechs Jahren seine Lebensgefährtin. Sie studiert Kunstgeschichte. Peter Boenisch hat mal verraten, daß er blonde Frauen bevorzugt.
Fotos: R. Schulze-Vorberg



**Mann
des Tages**

lin und auf Sylt, voll mit englischen Möbeln, chinesischen Teppichen, einer Badewanne für zwei und vielen maßgeschneiderten Anzügen.

Boenisch – ein Mann, dem Aussehen über alles geht? Falsch! Er fährt auch in Jeans auf dem Fahrrad. Er war die

Peter Boenisch (ehemaliger BILD-Chef) ist neuer Regierungssprecher.

edition liberales zentrum köln

Im Rahmen der Arbeit des Liberalen Zentrums Köln erscheinen in der clubeigenen "edition" in unregelmäßigen Abständen Langspielplatten, Broschüren, Bücher und Plakate von Künstlern und Autoren, die einmal in den Räumen des politisch-kulturellen Clubs aufgetreten sind. Dabei handelt es sich um Produktionen mit geringer, limitierter Auflage, die im Handel nicht erhältlich sind. Die "edition liberales zentrum köln" ist der Versuch, soziale, kulturelle und politische Kommunikation nicht nur verbal zu beschwören, sondern gerade solchen Künstlern und Autoren ein Forum zu bieten, die ihre kulturellen Aktivitäten neben ihrem Berufsalltag entwickeln. Das LZ gibt ihnen somit die Möglichkeit, sich einem größeren Publikum vorzustellen. Die bisher in der "edition" erschienen Platten bzw. Bücher können Sie mit dem Coupon bestellen. Sie unterstützen damit die politische und kulturelle Arbeit der Liberalen Zentren.

ELZ
1003



DM 20,-

Merry Go Round / Boog it — Die dreiköpfige Gruppe "Merry Go Round" präsentiert auf "Boog it" ein Feuerwerk von gekonnten Gesangsdarbietungen im Stil ausgeklügelter dreistimmiger Vokallnummern der Swing-Ära, nach dem Vorbild der Mills Brothers und zwei ironisch aufgetischte deutsche Schnulzen — ein Ohrenschmaus für Freunde von Musik, die Spaß macht.

ELZ
1004



DM 18,-

Sammel's Hot Shot's / Hello Everybody — Ob's nun New-Orleans-Jazz mit Swing-Einschlag ist — darüber läßt sich streiten. Worüber sich nicht streiten läßt, ist die Bombenstimmung, die Semmel's Hot Shots während ihrer Auftritte begleitet. Das Erfolgsgeheimnis der Gruppe: Spaß und Spontaneität beim Spielen ihrer heißen Rhythmen.

ELZ
1001



DM 18,-

Karl-Heinz Hense / Lieder aus eigener Schreibe — Die Freiheit im Staat, die verloren zu ghen droht, weil der Materialismus, das Duckmäusertum und Karrieredenken immer mehr zunehmen — das ist das Generalthema der Platte. Dabei kam etwas unverwechselbar Eigenes heraus — politische und philosophische Reflexion, Satire und Situationskomik sowie subjektive Empfindungen der Wehmut und des "Frusts".

ELZ
1002



DM 18,-

Konrad Beikircher singt H.C. Artmann "med ana schwoazzn dintn" — auf dieser Platte stellt der Liedermacher Beikircher, ein Südtiroler und Wahlbonner, eine Auswahl aus seinen Vertonungen von Texten des Lyrikers H.C. Artmann vor. Ein "Muß" für die Musikfreunde, die ein Faible für den Schwarzen Wiener Humor haben.

ELZ
1005/6



DM 30,-

Gernot von Baer & Karl-Heinz Hense / Demokratische Lieder — Gedanklicher Ausgangspunkt für diese Doppel-LP ist die Überzeugung, daß Herrschaft — in welcher Form auch immer — Sache des Volkes ist. Und daß diese Überzeugung längst kein Allgemeingut ist — fast so wenig, wie sie es im 19. Jahrhundert war. Deshalb sind historische und aktuelle Lieder miteinander verbunden worden — in Text und Musik.

ELZ
1007



DM 18,-

Heinz-Peter Katlewski singt Volkslieder und Balladen aus Schottland — Heinz-Peter Katlewski sammelt und singt in seiner Freizeit traditionelle schottische Balladen und Volkslieder. Die Schallplatte dokumentiert seinen Ausschnitt aus seinem umfangreichen Liederrepertoire. Der Titel "Fain would be in the North Country" ist eine Liebeserklärung an Schottland — an das Land, die Leute und die Geschichte.

DM 5,-



Hermann Wallmann / Gedichte und Prosa — Hermann Wallmann wurde am 15. März 1948 in Rheine geboren. Er ist Lehrer und lebt in Münster. Der Band enthält "Naturgedichte", "eher öffentliche Gedichte", Gedichte zur "Kommunikation", Gedichte zu "Sprache und Literatur" und Prosa.

DM 5,-



Heinz-Peter Katlewski / Come all ye Tramps and Hawkers — Die 54-seitige Broschüre enthält neben den schottischen Originalversionen zahlreicher Volkslieder und Balladen auch die deutschen Übersetzungen und kurze Erläuterungen.

DM 7,-



Klaus Hansen & Arnold Schmieder / Human macht der Zweifel — Klaus Hansen und Arnold Schmieder gehören dem Autoren syndikat "Fliegender Robert" an. "Fliegender Robert" ist ein Oralverlag: er verlegt seine Texte, indem die Autoren sie vortragen. Die 78-seitige Broschüre mit Gedichten und Prosa ist somit eine einmalige Ausnahme.

DM 8,-



Karl-Heinz Hense / Texte — Karl-Heinz Hense hat in der 95-seitigen Broschüre mit viel Erzähl-talent und Gestaltungskraft in den Kapiteln "Monster", "Eine Knobelrunde", "Tagträume", "Hense-leien" und "Erbanlagen" wie auf seiner Platte etwas Eigenes geschaffen. Auch hier herrschen politische und philosophische Überlegungen vor, ohne daß Satire und persönliche Empfindungen vernachlässigt würden.

DM 7,50



Anne-Marie Fabian / Ihn'n kann ich's ja sagen — Das ist die Devise des Gemüsehändlers Willi Mattusek in den Berliner Geschichten von Anne-Marie Fabian. Mattusek übergibt mit seinem Obst und Gemüse seinen Kunden zugleich Ratschläge für deren wertvollen Lebenslauf. Er ist unermüdlich in der Wiedergabe von Geschichten aus seinem Leben, aus der Politik, seinen Erlebnissen.

DM 7,-



Werner Lansburgh / Tagebuch einer gescheiterten Heimkehr — Werner Lansburgh stammt aus Berlin und mußte 1933 emigrieren. Als Wanderer zwischen drei Sprachwelten schrieb er neben deutschen auch schwedische und englische Bücher. Bekannt wurde er auch durch die Liebesgeschichte in den Briefen an "Dear Doosie".

DM 10,-



Zu den Themen der "Demokratischen Lieder" paßt ein von dem Bonner Künstler Bernhard Pawel Woschek gestaltetes Plakat zu einem aktuellen Text von Karl-Heinz Hense: "So mancher Staat läßt sich eine gerechte Ordnung was kosten. Zum Beispiel die Freiheit der Bürger."

COUPON
An das „Liberales Zentrum“
Roonstr. 69
5000 Köln 1
Hiermit bestelle ich folgende Artikel:

Name: _____
Anschrift: _____